

Expedition: Herrenstraße Nr. 20.  
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten  
Bestellungen auf die Zeitung, welche in fünf  
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal  
erscheint.

# Breslauer



# Zeitung.

No. 169. Morgen-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Sonntag den 10. April 1859.

## Telegraphische Depeschen.

London, 9. April. Die „Times“ veröffentlicht soeben folgende Depeschen:

Turin, 8. April. Der britische Gesandte ist heute nach London abgereist.

Wien, 8. April. Die Krisis ist bevorstehend. Fünfzigtausend Mann marschieren heute und in den nächsten Tagen von hier nach Italien. Sechszigtausend Mann werden hier, siebzigtausend Mann in Böhmen und Mähren concentrirt und die anderen Reserveeinheiten einberufen.

London, 9. April. In der heutigen Nachtsitzung des Unterhauses unterblieb eine Interpellation Palmerstons, nachdem Disraeli die auswärtige Diskussion für nachtheilig erklärt. Letzterer verspricht für die kommende Woche Mittheilungen über Englands Verhältnisse zum Auslande und dann die Diskussion zu gestatten.

Der Minister kündigte ferner an, daß die Prorogation des Parlaments am 19., die Auflösung später stattfinden werde. Palmerston und Russell beklagen die Verzögerung. Malmebury, im Oberhause Mehliches sagend, hofft zu beweisen, daß die Regierung das Möglichste für die Friedens-erhaltung aufgebracht habe.

(Wiederholter Abdruck, da vorstehende Depesche nicht mehr in alle Exemplare des gestrigen Mittagblattes aufgenommen werden konnte. D. R.)

Berliner Börse vom 9. April, Nachmittags 2 Uhr. (Angekommen 4 Uhr 10 Min.) Staatsanleihe 82½. Prämien-Anleihe 114½. Schlei. Bank-Verein 78 B. Commandit-Antheile 92½. Köln-Minden 128. Freiburger —. Oberschlesische Litt. A. 118. Oberschlesische Litt. B. 112. Wilhelmsbahn 45 B. Rheinische Aktien —. Darmstädter 76. Detscher Bank-Aktien 37. Oesterreich. Kredit-Aktien 76½ B. Oester. National-Anleihe 65½ B. Wien 2 Monate 86. Medlenburger 47. Kaiser-Briege 50. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 49½. Oester. Staats-Eisenb.-Aktien 132½. Car-novitzer 36. — Sehr flau, weichend.

Berlin, 9. April. Roggen steigend. Frühjahr 41½, Mai-Juni 42, Juni-Juli 43, Juli-August 43½, September-Oktober —. Spiritus fest. Frühjahr 19½, Mai-Juni 19½, Juni-Juli 20½, Juli-August 21, September-Oktober —. Rübsöl unverändert. Frühjahr 12½, September-Oktober 12½.

## Telegraphische Nachrichten.

Turin, 8. April. Massimo d'Azeglio ist, von Rom zurückgekehrt, hier ein- getroffen.

Rom, 5. April. Die päpstliche Regierung bereitet ein auf den Kongreß bezügliches Memorandum vor, welches demnächst der Öffentlichkeit übergeben werden soll.

Es sollen darin die Vorbehalte der päpstlichen Regierung gegen jede Einmischung (ingérence) des Kongresses in ihre inneren Angelegenheiten aus- andergelegt werden.

Triest, 1. April. Dem amtlichen Blatte zufolge hat Se. Maj. der Kö- nig einem Staatsrathe präsidirt. Ihre königl. Hoheiten der Kronprinz und des- sen Gemahlin sind heute von Caserta eingetroffen, um den königl. preussischen Majestäten ihren Besuch abzulassen.

Triest, 5. April. In Anbetracht des Befindens des Königs wurde ein Con- sultium abgehalten. Die fünf dazu berufenen Aerzte haben die Unheilbar- keit des Zustandes des erkrankten Königs erkannt.

In den höchsten Gesellschaftskreisen herrscht große Aufregung, und wird die Wiedereinführung verfassungsmäßiger Zustände verlangt.

Konstantinopel, 2. April. Am 29. v. M. sind zwei Dampfer mit Trup- pen für das Lager von Schumla nach Varna abgegangen. Militäres Aristarchi, früherer Kaputiaja in der Wallachei, ist zum Gouverneur von Samos, des Sul- tans Schwiegersohn Ruri Pascha zum Mitgliede des obersten Justizrathes, Admet Pascha, arabischer Armee-Obergeneral gleichzeitig zum Gouverneur von Damaskus ernannt worden. Bei den Heften treten viele Freiwillige ein. Neun- zig Soldaten des griechischen Bataillons von Samia sind nach der Türkei de- sertirt; die Wehrzahl ist freiwillig zurückgekehrt, viele wurden gefangen, 25 Mann sind, von den Gendarmen verfolgt, in die Gebirge entwichen.

Smyrna, 2. April. Wegen Ermordung eines Franzosen im Judenviertel zeigte sich unter den Griechen und Levantinern eine fanatische Aufregung ge- gen die Israeliten. Die hiesige Douane ist von dem armenischen Banquier Mijirloglou um 32,750,000 Piastra gepachtet worden.

## Inhalts-Übersicht.

Breslau. (Die Kriegs- und Friedensfrage.)

Preußen. Landtags-Verhandlungen. Berlin. (Sinken der Friedenshoffnungen. Unterfützung der österreichischen Congreß-Bedingung durch Preußen und England.) (Vom Hofe.)

Deutschland. Aus Baden. (Der Agendenstreit.) München. (Freiherr v. Schrend. Geheß über den Militär-Credit.)

Oesterreich. Wien. (Die Kriegsrüstungen. Eine bevorstehende Zusammen- kunft der Kaiser von Ausland und Frankreich.) (Die Stellung des wiener Kabinetts.)

Italien. Neapel. (Rüstungen.)

Frankreich. Paris. (Das Journal des Debats.)

Großbritannien. London. (Die Verurteilung an das Land.)

Fenilleton. Sonntagsblätter. — Aus Berlin. — Kunst und Literatur. —

Wienschen.

Provinzial-Zeitung. Breslau. (Kirchliches. Sitzung der Stadtverordneten.

Tragesbericht.) — Correspondenzen aus Löwenberg, Schweidnitz,

Brieg, Loslau, aus dem Kreise Rosenberg (Reise des Hrn. Hausmi-

nisters).

Handel etc. Vom Geld- und Productenmarkt.

Eisenbahn-Zeitung.

Inhalts-Übersicht zu Nr. 168 (gestriges Mittagbl.).

Preußen. Berlin. (Amtliche Nachrichten. Hof- und Personalnachrichten.

Aus der Kammer. — Militärisches. — Das Personal im preussischen

Staate.) Bonn. (Wiederbelegung der Curatorstelle.)

Oesterreich. Wien. (Rüstungen in den Donaufürstenthümern.)

Italien. Sardinien. (Canovus Memorandum.)

Frankreich. Paris. (Kriegsrisico. Scene im Theater.)

Großbritannien. London. (Parlament.)

Rußland. (Die russischen Finanz-Angelegenheiten.)

Breslau. (Polizeibericht. Mittheilungen aus Freiburg und Oberschlesien.)

Telegraphische Course, Börsen-Nachrichten und Productenmarkt.

## Breslau, den 9. April.

Die Taube mit dem Delzweige, auf deren baldiges Eintreffen man schon mit Sicherheit rechnen zu dürfen glaubte, hat sich in eine Ente

verwandelt; die schon als erfolgt angekündigte Verständigung der Groß- mächte über das Congreß-Programm scheitert an der von Oesterreich gestellten Vorbedingung: der Entwaffnung Sardinien's.

Es ist also nicht bloß der Erfolg des projectirten Congresses, son- dern selbst die Möglichkeit des Zusammentretens zu demselben in Frage gestellt.

Was aber außer Frage ist, das sind die fortgesetzten Rüstungen Oesterreichs, Frankreichs und Sardiniens, welche mindestens von Seiten des erstgenannten Staates so weit gediehen sind, daß der Anspannung aller Kräfte, wenn sie nicht bald den Spielraum kriegerischer Thätigkeit finden, eine gefährliche Abspannung folgen müßte.

Was aber ferner mehr und mehr außer Frage gestellt wird, das ist die Urheberchaft eines Kampfes, welchen zu beschwören sich die Diplo- matie vergeblich bemüht hat.

Die Klagen über Oesterreichs „Hartnäckigkeit“ verstummen, je mehr und mehr die Welt sich über die französische Auflösung der italienischen Frage klar wird.

Es kam der französischen Politik zu flatten, daß man sich lange Zeit über die Natur des Collisionssalles täuschte und daß die Frie- densliebe unserer Zeit nur allzu geneigt ist, sich selbst mit dem Opfer des Rechts, genug zu thun, statt sich die dem Lord Derby fälschlich in den Mund gelegte Maxime anzueignen: Den Ersten, welcher den Frieden stört, schlagen wir nieder!

Wie weiland in der orientalischen Frage die Diplomatie keinen Anstand nahm, der Pforte zu ratthen, den Präensionsen ihres übermächtigen Nach- bars auf Kosten ihrer Souveränitätsrechte nachzugeben, und wie das Nachspiel der orientalischen Frage — die russische Doppelwahl, alle Aussicht hat, in einem dem Geiste des pariser Friedens widerspre- chenden Sinne abgeschlossen zu werden; so muthet man Oesterreich zu — um des lieben Friedens willen, von Herrn Cavour sich vorschrei- ben zu lassen, was künftig Rechts sein solle in Italien.

Und es kam den Gegnern Oesterreichs zu flatten, daß ihre vorgege- benen Beschwerden volksfreundliche Sympathien weckten; es gelang ihnen die Frage, welche klar gestellt, dem „Schmerzgeruf Italiens“ gegenüber den Zornesruf Europas zum Echo geben mußte, arglistig zu fälschen.

Allmählig ist man zu der Ueberzeugung gekommen, daß die italie- nische Frage nur ein glücklich erfundener Vorwand ist, um nach der Demüthigung Rußlands, die Demüthigung Oesterreichs herbeizuführen und das System des europäischen Gleichgewichts über den Haufen zu werfen, welches, wenn es überhaupt einen Sinn hat, nur darauf abzie- len kann: das individuelle Belieben nicht zur Quelle des europäischen Rechts werden zu lassen.

Nicht um die Specialverträge Oesterreichs handelt es sich; auf diese kam man überhaupt erst zu sprechen, als es sich darum handelte, die Frage diplomatisch zu stellen; vielmehr gilt es der Stellung Oesterreichs in Italien überhaupt, und Hr. Cavour ist ehrlich genug, in seinem jüngsten Memorandum einzugehen, daß eine definitive Lösung der italienischen Frage nur durch die Entfernung Oesterreichs aus Italien zu ermöglichen sei, während er zur vorläufigen Beilegung der Frage Vorschläge macht, welche jene Beseitigung anbahnen.

Daß Oesterreich bei Zeiten die wahre Bedeutung der italienischen Frage erkannte, gereicht seinem Scharfblick zur Ehre, daß es nicht Lust hat, sich selbst zu exaltiren, wird ihm Niemand verdenken, daß aber jetzt, wo sich in Europa die Ueberzeugung Bahn bricht, daß das Schicksal, welches man Oesterreich bereiten will, auch jedem anderen Staate Europas droht, wenn man einer einzelnen Macht gestattet, das Schicksal über Europa sich anzumachen — diese Ueberzeugung muß ganz Europa zum Bundesgenossen Oesterreichs machen, weil es gilt: das europäische Recht gegen Ullrapation zu wahren.

Glücklicher Weise mehren sich die Anzeichen, daß die Verständigung mindestens zwischen Oesterreich, Preußen und England im Wachsen be- griffen ist und daß der Keim einer Koalition gegeben ist, welcher, wenn er gleich bei dem Verlaubaren der sardinisch-französischen Präension Triebkraft gezeigt hätte, die Welt vor der Unruhe der letzten drei Mo- nate bewahren und das unaufsehbare Unheil eines jetzt so wahrschein- lich gewordenen Krieges beschwören müßte.

Aber — spät ist noch nicht zu spät; nicht zu spät, um eine Wieder- holung früherer Erlebnisse und Leiden zu verhindern; vielleicht selbst nicht zu spät, um den bedachten Frevol an der Ruhe Europas noch im letzten entscheidenden Augenblicke zu bannen.

Zedenfalls sind die Dinge auf einen Punkt gekommen, daß der nächste Tag schon über die Frage Entscheidung bringen kann: Ob Krieg, ob Frieden?

## Preußen.

### Landtags-Verhandlungen.

L. C. C. Dreundreißigste Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr.

Am Ministerische: v. Auerswald, Simons, v. Batow, Graf Bäder, v. Beth-

mann-Hollweg und die Regierungs-Commissarien Friedberg und Richter.

Das Haus ist Anfangs, namentlich auf der Linken, nur mäßig besetzt; die

Tribunen sind schon früh gefüllt.

Später erscheint in der Hofloge der Prinz Friedrich Wilhelm.

Abg. Gneist: Ich bin in der vorliegenden Frage nicht auf demselben Standpunkte wie die königliche Staatsregierung, bin vielmehr grundsätzlich ein Gegner der Civilehe. Ich glaube aber, daß wir unsere Ehen überhaupt nicht ministeriell oder antiministeriell werden schließen wollen, und daß wir auch von verschiedenen Standpunkten aus über wesentliche Voraussetzungen dieses Geheßes, einig sein können. Namentlich darin, daß die vorhandene Ver- wirrung in Kirche und Staat an einem Punkte angelangt ist, an welchem auf der Stelle geholfen werden muß denen, welchen ihr Recht verweigert wird. Es ist ein Kriegszustand des Königs in der Kirche gegen den König im Staat vorhanden, für den es in der preussischen Geschichte keinen Vorgang, im mo- narchischen Staat keine Möglichkeit der Dauer giebt. Wenn ein gewissenhafter Regent in Erfüllung der dringenden Pflichten des Königthums eine Hebung dieses Zustandes will; wenn die Staatsregierung in verständlicher, schonender, möglichst wenig präjudizirender Weise diese Lösung vorschlägt, so halte ich es für recht, weniger von den Gründen zu sprechen, aus denen der Nothstand her-

vorging, sondern zuerst von den Mitteln der Abhilfe. Und dabei muß ich an- erkennen, daß 1) die Staatsregierung diesen Gegenstand als eine alte, böse Erb- schaft vorgefunden hat, für deren Austrag sie bereitwilliges Entgegenkommen fordern darf; 2) daß die notwendige Hilfe nicht auf dem Verwaltungswege, sondern durch Gesetz erfolgen muß, wenn nicht noch einmal die Gefahr einer Verfassungsverletzung erfolgen soll; 3) daß es nicht möglich ist, zwischen heute und morgen das Gegenheil von allem dem zu prolaminiren, was seit langen Jahren in dieser Frage geschehen ist, ohne daß wir die Würde der Monarchie schwer gefährden. Von diesem Standpunkte aus hoffe ich, daß gerade diejen- gen, welche sich als besondere Träger des monarchischen Prinzips betrachten, auch mit ganz besonderer Bereitwilligkeit der Staatsregierung entgegenkommen werden, da der bestehende Zustand der Rechtsverwirrung die Monarchie an ihrer tiefsten Wurzel trifft. — Ferner aber ist es eine sehr verschiedene Sache, ob wir diesen Gesetzentwurf als einen „Retter in der Noth“ oder als die Grund- lage eines neuen Eherechts ansehen, als einen „Friedensschluß“ zwischen Kirche und Staat. Und da von diesem weiteren Gesichtspunkte die Abtimmung fast über alle Fassungsversuche abhängt, möchte ich diesen Standpunkt aussprechen in aller Offenheit und Entschiedenheit, mit welcher feste Ueberzeugungen sich aussprechen dürfen. — Wenn die Civilehe die ersehnte Lösung unserer Konflikte enthielte, so glaube ich, würde diese nabeliegende Lösung sich schon vor Men- schenalter gefunden haben. Die Verurteilung auf England paßt für unsere Frage nicht. In England gehörte früher jeder Unterthan von Rechts wegen zur Staatskirche; und darum wurden früher Millionen Dissenters und Katholiken zu einer Gleichstellung vor einer Kirche gezwungen, der sie nicht angehörten. Von diesem Gewissensdruck mußte die Civilehe endlich befreien. Noch weniger paßt der Vergleich Frankreichs, wo die Civilehe das Band zwischen Kirche und Staat wieder anknüpfen half, nachdem es völlig zerfallen war. Wir haben weder den lieben Gott abgelegt, noch den Papst gefangen genommen, und haben nicht nötig, beide wieder in den vorigen Stand einzufügen. Wir haben keine Revolution gehabt, nach welcher Kirche und Staat sich ihren Platz erst wieder aufsuchen hätten. Die Länder der Civilehe haben neben sich eine starke, mit Staat, regierender Familie und regierender Klasse eng verschwisterte Staatskirche, während der deutsche Staat zwei starke, widerstrebende, zugleich mit provinziellem Antagonismus erwachsene Kirchen mit starkem Arm zur Ein- heit zu verbinden hat. Fremde Zustände haben je überhaupt für uns nur einen Werth zur Diagnose der eigenen. Das rechte Verhältniß zwischen Kirche und Staat werden wir nicht aus England und Frankreich lernen wollen — wir Deutsche, deren ganze Geschichte beweist, daß es uns am meisten Ernst ist mit diesem Verhältniß, ernster als irgend einem Volke dieses Ertheils. — Die An- schauungen unseres Volks über Ehe, Kirche, Staat, sind in der That ernster und tiefer als irgend ein Arrangement Englands mit seiner Staatskirche oder des französischen Kaiserthums mit Papst und gallianischen Freiheiten. Wir können und wollen den rechtlich erzwingbaren und den sittlich religiösen Theil der Ehe nun einmal nicht von einander reißen; darum haben wir festgehalten an der kirchlichen Gleichstellung, so sehr dem Privatrechtsjuristen die sogenannte klare Auseinanderlegung gefallen mag. Noch heute kann das Volksbewußtsein die sittliche Weihe und Unverletzlichkeit der Ehe nicht trennen von dem Ort und der Symbolik der deutschen Trauung, die nicht bloß in kirchlicher, sondern in volkshümlicher Auffassung ein beider Kirchen gemeinsamer religiöser Act geworden. Dem einen oder andern studirten Mann, dem philosophirenden Handwerker oder Ma- schinenbauer mag hier und da eine Idee von Civilstandsregister und Vertrags- schließung gekommen sein; die große Masse der denkenden und fühlenden Be- völkerung weiß und will sie nicht. Und auch jenen hochgebildeten und philoso- phirenden Männern, auch den hochgestellten, die sich hier versammeln, um Ge- setze zu beraten, bedeutet in mancher kritischen Stunde die Erinnerung an das Versprechen am Altar doch etwas mehr als die Erinnerung an einen Wochen- deputiren und ein Register. Wir verständigen uns an einem tiefen Character- zug unserer Nation, wenn wir das „Mangel an Bildung“ nennen wollen! Wir sind einmal, wie wir sind; und weil wir so denken, haben wir deutsche Frauen, und darum verdienen wir sie zu haben. — An diesem Zug haben wir festge- halten, obgleich kein Volk mehr dabei gelitten und gekämpft hat in zwiefältiger Kirche. Denn dieser Zwiespalt traf zusammen mit einer Entwicklungstufe des Staatswesens, in welcher es entschieden nur ein Eherecht geben kann, in welchem eine provinzielle Declination möglich ist, aber kein Doppelrecht. Wer Herr der Ehe ist, ist Herr des Volkslebens. Indische Kasten, Bürger und He- loten, Semperfreie und Leibeigene mögen ihr eigenes Eherecht haben, unser Staat in seiner heutigen Entwicklung hat diese Einheit als absolute Forderung, der deutsche Staat als erste. Die katholische Kirche selbst hat uns diese Forder- ung gelehrt; sie mußte im Mittelalter zur Staatsgewalt werden, um ein sitt- liches Eherecht zu schaffen, und als sie Herrin der Ehe, war sie damit schon Herrin des Staats geworden, und hat uns eben damit bis heute unüberwind- liche Verwundlung zurückgelassen zwischen dem, was der Kirche einst als höch- ster Staatsgewalt gebührte, und dem, was ihr als Kirche gebührt. Dies Ver- hältniß drohte zum offenen Bruch zu werden in dem ganzen sittlichen Zustand der Nation, als mit der Glaubensspaltung die alte naturwüchsliche Einheit sich löste. Innerhalb dieser schweren Aufgabe, in dem stetigen Kampf spießbürger- eiferlicher Kirchen haben wir allmählig, aber fest nach einem Ziele gerichtet, die rechten Wege gefunden. Es war die Macht, welche alles Unlösliche und Unvereinbare vereint hat, vereint und vereint wird — das legitime Königthum. Die so aufwachsende Staatsgewalt hat sich schrittweise des erzwingbaren Theils der Ehe wieder bemächtigt. Ihr standen dabei Organe zu Gebote, die eben so überlegen den kirchlichen ihrer Zeit, wie einst die Kirche des Mittelalters dem Papstbium, — Organe, welche (wenn auch im Gewande ihrer Zeit) die sittlichen Elemente der mittelalterlichen Gesetzgebung wohl aufzunehmen, d. h. aus dem Streif der Confessionen zu retten, auf einem höheren Standpunkt die notwen- dige Einheit wiederzufinden wußten, — immer aber dabei die Kirchenfittigkeit be- wahren, und mit ihr in Form und Volksbewußtsein die Einheit des Rechtslichen und Sittlichen in der Ehe. — Durch seine Geschichte und seine Lage gezwun- gen, ist unser Staat darin als Muster vorangegangen, hat bald bewußt, bald unbewußt für die Aufgabe der Zukunft gearbeitet, — für die Möglichkeit eines großen deutschen Staats mit der wesentlichen Grundlage der Einheit d. h. einem Eherecht und doch mit zwei selbstständigen Kirchen, die, gleich eng mit dem Volksbewußtsein verbunden, gleiche Ansprüche auf Selbstständigkeit und Ehre haben. Dieser Entwicklungsgang, möglichst schonend, Anfangs in administra- tiven Unordnungen, dann in Gesetzen, hat sich endlich zusammengefaßt in eine Zeile unseres Gesetzbuchs: § 136. Eine vollgiltige Ehe wird durch die priester- liche Trauung vollzogen. Dieser Satz schließt ein gewissenhaftes Volk zu einem Staatswesen zusammen, in dem es kein corpus catholicum und evangelicum mehr giebt, geben soll und geben kann. Er giebt den Kirchen im Eherecht ihre reinste und tiefste Stellung, und das um so mehr, nachdem der Staat auch die unfürliche Aufgabe auf sich genommen hat, die sittlich aufgelöste Ehe zu constataren, indem er der Kirche nur den Segen läßt, und in der Trauung die Anknüp- fung des Seelsorgers im häuslichen Leben der Eheleute, da wo kein Verus ist, als Lehrer und Seelsorger. Dies Verhältniß gerade hat uns vor dem Disfi- dententhum bewahrt, wirksamer und würdiger, als eine Miskenennung der Po- litzeigewalt auf Gebiete, für die sie nicht bestimmt ist. Dies Verhältniß genügt dem, dem die religiöse Seite der Ehe die Hauptsache ist; es genügt freilich nicht dem, dem die Macht zu binden und zu lösen, die Jurisdiction der Kirche, die Gesetzgebung, die politische Macht der Kirche die Hauptsache sind. Dennoch hat sich dies Recht durchgesetzt trotz des Widerstrebens einer Geistlichkeit, die nie- mals in voller Uebereinstimmung damit sein konnte. Eine Geistlichkeit, die im Solität lebt, und eine Geistlichkeit, welche in der Ehe lebt, werden stets sehr ver- schiedene Eherechte wollen. Beiden gegenüber mußte der Staat die Gleichstel- lung festhalten, wenn er Herr im Lande bleiben wollte, er mußte also die Trauung erzwingen, weil sie untrennbar im Volksbewußtsein von einer rechten Ehe — Vorbedingung der Parität, Einheit, des Friedens. Und in dem stillen Bewußtsein dieser Nothwendigkeit hat die Geistlichkeit sich Menschenalter hindurch gefügt, so lange sie den Staat stark wußte. Als aber die Zeit kam



vor beinahe einem Menschenalter, wo dieses Staatswesen nicht mehr mit dem Volksbewusstsein eins war, wo sich die Staatsregierung, nur von Beamten be-  
rathen, stark gemacht hatte gegen jede gerechte Forderung reichthümlicher Ver-  
fassung, da war sie schwach geworden gegen jede Forderung, die mit der Vo-  
lksgehalt nicht zu bekämpfen war. Die kirchlichen Sonderungsneigungen, seit  
verflochten mit provinziellen Eigenheiten, standen hier in dem günstig-  
sten Standpunkt gegenüber der schwächsten Seite des Staats. Und siehe da, die  
Staatsgewalt gab nach, sie gab die gemäßigten Eben Breis, sie wich von Vo-  
sition zu Position zurück, bis man, als das Zurückweichen des Staates allmählich  
gewöhnt, auch die Scham abzulegen begann, und diesen Zustand nun eine starke  
Regierung nannte. Sie löste alle Verbindung mit der einen Kirche so weit,  
bis alle Möglichkeit des Regierens aufhörte. Wo so die eine Kirche wieder zur  
Herrin des Eherechts wurde, konnte die andere nicht Dienerin bleiben. Schon  
Ehren halber konnte die andere Kirche hinter diesem Groberungszuge gegen die  
Staatsgewalt nicht zurückbleiben, es entwickelte sich nun jene heilige Anar-  
chie, wie sie ihr Hauptredner zu nennen pflegt, die sich weiter zu förmlichen  
Verbindungen gegen die Landesgewalt collocationirte, und endlich zu dem selbst-  
ständigen Erheben, daß das kirchliche Auftragswort, man müsse Gott mehr ge-  
horchen als den Menschen, zur Grundlage von Institutionen des preuß. Staats  
werden konnte. Es ist nur Selbsttäuschung, zu glauben, daß dieser Zustand ge-  
heilt werden könne durch Ausdehnung und weitere Nachgiebigkeit. Die Civil-  
eile, wenn sie dies beabsichtigt, als dauerndes Institut zieht sich einseitig dem Staat  
aus dem Konflikt, aber nur um die Unterthanen dafür schuldlos den Unterschie-  
dungslehren, dem Glaubenseifer und der Herrschsucht ihrer geistlichen Oberen  
zu überliefern. Denn die freie Kirche bedeutet bei dem bermaligen Zustand  
der Kirchenverfassung auf beiden Seiten nichts weiter als das freie Walten der  
geistlichen Oberen über ihre Pfarrfinder. Wir construiren jetzt eine künstliche  
Ehe, welche dem Volk stets fremd bleibt. Wer eine ordentliche Ehe will, muß  
sie bei der Kirche nachsuchen, die nach ihren Dogmen gewähren und versagen  
soll. Für den gewissenhaften schwächeren Theil, für die Masse des Volks, auf  
die es ankommt, bleibt nichts übrig, als sich fügen. Die katholische Kirche  
hat ihr gesondertes Eherecht seit Jahrhunderten, hiennebst verschieden vom  
Landesgesetz; der evangelische Oberkirchenrat ist eben damit beauftragt, sein  
Separatum zu ermitteln. Die katholische Kirche hat die volle Macht, ihr Recht  
durchzusetzen, die evangelische Kirche hat sie halb. Jede Rücksicht der Mäßigung  
ist weggefallen, für die gemäßigten Parteien der Geistlichkeit jeder Halt. Der Staat  
functionirt damit die Wiederherstellung jener Klust im Eherecht, die unser Volk,  
Commune, unser Staat von unten auf spaltet, und wenn ihr Luft und Raum  
gegeben wird, nicht inne hält, sondern immer weiter auseinander fließt und  
auseinander treibt. Ein preussischer Staat, der so ein neues corpus catho-  
licum und evangelicum von unten auf erzeugt und nährt, kann nicht der  
zukünftige deutsche Staat sein, der vor allen Dingen beider Kirchen einheitlicher  
und gerechter Herr sein muß. Oder glauben Sie, daß das das Bild unseres  
zukünftigen Deutschlands ist: eine Ehe, in welcher der Geistliche die Frau ercom-  
municirt, oder die Trauung verweigert, weil der Mann die Kinder in der Re-  
ligion seiner Väter und seines Landesherren zu erziehen wagt; eine Ehe, welche  
die eine Kirche segnet, und der die andere flucht unter dem Patronat desselben  
Landesherren und desselben Gesetzes? Dies soll der neu entdeckte Zustand der  
freien Kirche sein, dies der Fortschritt und das wahre Verständnis unserer neuen  
Staatsverfassung? Trauungsverweigerung und Excommunication für den, der sein  
Landesgesetzliches Recht fordert, sind nichts Leichtes, sondern das Schwerste, was einen  
Unterthanen auf diesem Gebiet treffen kann, und wenn man nicht gar zu staatsmän-  
nisch denkt, sind dies nicht Dinge, die in unserem Staat der Einzelne mit seiner  
Kirche auszumachen hätte. Der Einzelne soll hier mit der ganzen Kirchen-  
hierarchie ausfechten, was die Staatsgewalt sich nicht mehr auszukämpfen ge-  
traut, während es doch einfach Pflicht des Staats, gegen die Pflicht des Königs  
ist, — das, was er für recht hält, zu vertreten gegen die kirchlichen Gewalten.  
Wenn die eine Kirche den Frieden bricht, gezeuhtige Bedingungen für die  
Geistlichkeit hinstellt, ercommunicirt, wird etwa die Gleichheit dadurch wieder  
bergestellt, daß nun auch die andere Kirche von Kirchenzucht und Ausschließung  
zu reden anfängt? Wir Alle wissen, daß die Macht der Geistlichkeit auf beiden  
Seiten sehr ungleich ist, daß dieser staatsmännliche Vergleich die eine Kirche zur  
Herrin des Eherechts macht, die andere zur Dienerin. Oder glauben Sie, daß  
die jegige Mißhandlung der gemäßigten Eben von zwei Seiten etwa das treue  
Abbild ist der Verbrüderung und der Verschmelzung der beiden großen Kirchen  
in einem großen Staatswesen, welches doch nie etwas anderes sein kann als  
eine gemischte Ehe der beiden Kirchen selbst? Nein, alle diese Neutralitäts-  
Erklärungen der Staatsgewalt sind nichts als Transactionen von Staatsmän-  
nern und Kirchenmännern, die Alles bedacht und Alles erzwungen haben, nur  
eins vergessen: das deutsche Volk. — Ich weiß, welche Frage auf diese Dar-  
legung folgen muß: Wie ist es praktisch möglich, eine kirchengewalt zur Nach-  
giebigkeit zu nöthigen? Ich könnte darauf erwidern: Die Erfahrung von  
Menschenalter hat gezeigt, daß der Staat diese Gewalt besitzt, und diese Er-  
fahrung beweist mehr als die letzten Eindrücke von zwanzig anomalen Jahren,  
auf denen unsere Vorstellungen stehen. Allein ich will mir die Sache so leicht  
nicht machen. Ich gehe zu, daß in der katholischen Kirche eine inoponante  
Macht gegenübersteht, die nur einer ebenbürtigen Macht weicht. Diese eben-  
bürtige Macht war der absolute Staat, so lange er eine absolute Nothwendig-  
keit war, und seiner Autorität hat die katholische Kirche überall nachgegeben und  
nachgeben müssen. Der absolute Staat hat aufgehört und mit ihm die Wir-  
ksamkeit seiner Mittel. Für Polizei und Disciplinargewalt ist die katholische  
Kirche unzugänglich und wird es hoffentlich bleiben. Für denjenigen, für den  
es nach seinem gewohnten Gebantengang nichts Praktisches im Staat giebt, als  
das, wozu Polizei reicht, für den giebt es keine Abhilfe aus gänglicher Katho-  
lischkeit. Wo wir in der Verwaltung auf wirklich selbstständige Korporationen  
treffen, sind die gewohnten Mittel unserer Verwaltungsbeamten zu Ende. Diese  
Verlegenheiten werden sich aber künftig hundertfältig wiederholen. Die künftigen  
Kreis- und Kommunalverbände werden hoffentlich auch Körperschaften  
werden, die ihre Angelegenheiten selbstständig verwalten, und ein Artikel, der  
das sagt, wird fortgesetzt genau so lauten wie Art. 15. Ich bitte Sie, lesen Sie  
in den Art. 15 statt Kirchen-, Kreis- und Kommunalverbände und die Ver-  
wechslung, die bei dem Art. 15 geschehen ist, wird Ihnen sofort in's Auge

springen. Was würden Sie dazu sagen, wenn dann künftig Jemand den  
Schluß machen wollte: „Art. 15 proklamirt die Unabhängigkeit der Kommunen  
vom Staat. Hieraus folgt, daß der Staat die Diener der Kommunen nicht  
zwingen kann, kommunale Handlungen vorzunehmen, weil dies verfassungswi-  
drig wäre.“ — Sie sehen wohl, daß bei dieser Art Verfassungssatzel zu um-  
schreiben jede Regierung im Lande überhaupt aufhören müßte. Die Verwech-  
slung, aus der die unbarmherzigen Doctrinen hervorgehen, die man dem  
Art. 15 unterlegt, entstehen naturgemäß daraus, daß unsere ganze Verwaltung  
die Verwaltung eines absoluten Staates ist, während die Verfassung aus Vor-  
bildern stammt, die ein ganz anderes Verwaltungssystem haben. Wenn ein  
Verwaltungsbeamter und eine wirklich freie, d. h. nur gesetzlich beschränkte, Kor-  
poration, die sich einander noch niemals gesehen haben, sich zum erstenmal er-  
blicken, so können Mißverständnisse nicht ausbleiben. Ich bitte Sie aber zu er-  
wägen, daß wir denn doch in einem neuen Staatswesen leben, in welchem in  
neuen Formen und in neuem Geist das Volk zu seiner Dynastie, die Dynastie  
zu ihrem Volke zurückkehrt, wo das Volk sich in seinem Königthum wiederfindet,  
der König in den Vertretern des Landes. Da ist eine neue Macht von großer  
Tragweite entstanden, es ist dieselbe Macht, der, so lange es eine christliche euro-  
päische Geschichte giebt, die allgewaltige katholische Kirche stets nachgegeben hat.  
Schon unsere Vorfahren mußten das, so lange sie ständisch einig waren.  
Dauernd machte dieselbe Erfahrung die uns stammverwandte Nation, weil sie  
ständisch einig blieb. Allein zu solcher Verfassung gehört auch ihr eigenes Ver-  
waltungssystem. Solche Sätze wie Art. 15 sind fortgesetzt übertragen aus ihrem  
lebendigen Vorbild. Allein weggelassen sind dabei zwanzig weitere Sätze, die  
die Verfassung mit der Verwaltung verbinden, z. B. der Satz, daß Geistliche,  
die sich zu Trauungsweigerungen gegen die Landesgewalt verbinden, wegen Con-  
spiration mit ein oder zwei Jahren Gefängnis zu bestrafen, daß kirchliche Er-  
lasse, durch welche gezeuhtige Bedingungen der Trauung, der Kindererziehung  
u. s. w. proklamirt werden, unter das Prämunire fallen, dessen Strafen ich  
nicht nennen will, um nicht zu verlegen. Der weitere Satz, daß Geistlichen  
durch Strafbefehle auch zu Pfarramtshandlungen gezwungen, wegen Kompetenz-  
übertretungen gestraft werden, und zahlreiche andere Sätze, durch die man,  
ohne einen Kultusminister, gewaltige und mächtige Kirchen regiert, d. h. zu  
Pfarramtshandlungen und Unterlassungen genötigt werden, und das ohne alle  
Ordnung und ohne Mätyrtyr zu schaffen. Eine andere Weise, einen ver-  
fassungsmäßigen Staat verfassungsmäßig zu regieren, giebt es überhaupt nicht.  
Die Mittel unseres absoluten Beamtenstaats sind dazu eben so oft viel zu  
dürftig, als viel zu weitreichend. Abstrakte Sätze wie den Art. 15 zu han-  
deln mit den dürftigen Mitteln unseres Kultusministeriums, wird allerdings  
auf die Dauer nicht möglich sein. Soll Art. 15 eine volle Wahrheit werden,  
so giebt es dazu nur einen Weg, d. h. der Regierung die Mittel widerzugeben,  
um zu regieren, d. h. um die königlichen Pflichten zu erfüllen, die erfüllt werden  
müssen, um Einheit des deutschen Volkes zu erhalten, und dies Mittel ist im  
freien Staat, der nicht mit Obergewalt, sondern über selbstständige Korporationen  
herrscht, nur eins — etwas Neues, noch ganz ungewohntes — das  
Strafgesetz über den freien Korporationen. Und dies Strafgesetz ist sehr wohl  
vereinbar mit der wahren Freiheit der Kirche. Hier ist der Ort, wo wir der  
heiligen Anarchie ihr gemischtes Wort zurückgeben können, hier ist es  
wahr, daß der Zwang die wahre Freiheit enthält. Der Staat erbt die Kor-  
poration, das freie Element eines freien Staatswesens, wenn er sie zwingt, die  
Grenzen inne zu halten, in welchen sie frei in diesem Staate leben kann und  
über die hinaus ihre Freiheit ja nur die Unfreiheit aller anderen ist. Und  
wenn dies Ziel den Zeitgenossen zu fern erscheinen möchte, so sind zwei Dinge,  
die uns dabei helfen werden. Dies eine sind die guten alten und festen Tra-  
ditionen unseres Königsstaates, das andere ist das gute Gewissen, mit dem wir  
für die Lebensbedingung unserer Landesverfassung streiten, in dem gegenwärtigen  
Preußen für das zukünftige Deutschland, in dem zwei Kirchen sein werden,  
aber nur ein Gott, ein Staat und eine Ehe. Wir können einen Nothbehelf für  
einen Nothstand annehmen, aber unsere Verhandlungen werden nicht bloß ein  
Protest, sondern zugleich ein Wendepunkt sein, an welchem sich die Nation auf  
ihre alte Landesrecht, ihr „Grundrecht auf Trauung“, besinnen wird, und sich  
klar machen, daß, wer ein freies Staatswesen begründen will, vor Allem das  
Privatrecht und in ihm das Recht der Familie ehren muß. Es giebt in der  
That nur eine feste Position für dies Gesetz, wie für die ganze Frage in dem  
mittelalterlichen Wort: *Nolumus legem terrae mutare.*

Abg. Osterath gegen den Gesetzentwurf unter großer Unruhe des Hau-  
ses: Der Herr Vorredner habe gegen die Civil- und sich dennoch  
entschlossen, für die Gesetzesvorlage zu stimmen; er (Redner) dagegen fordere  
auf, daß wer nicht mit dem Gesetzentwurf zufrieden sei, auch dagegen stimmen  
und sich nicht mit der Verantwortlichkeit Anderer trösten möge. Einen Zustand  
habe der Vorredner als normal bezeichnet, wo die Gesetzgebung, hoch erhaben  
über die Confessionen, mit Gesetzesvorlagen über das Eherecht vorgehe; gegen-  
wärtig sei jedoch ein Zustand noch nicht da; wäre er aber vorhanden, dann  
müßte eine Codification des gesamten Eherechts stattfinden, nicht aber, wie  
in dem vorliegenden Entwurf, die Einführung der facultativen Civil- und  
Kirchenverordnungen. Der Vorredner habe auch englische Strafgeseze angeführt; er  
(Redner) lobte es, daß wir diese nicht hätten; sie seien auch unmöglich, da ja  
neben der richterlichen noch die priesterliche Gesetzgebung nach dem Gesetzentwurf  
stehen bleiben solle. Als Grund für den letzteren sei angeführt, die Civil-  
eile sei nothwendig, weil der jetzige Zustand in Folge der Trauungsweigerungen  
untragbar sei. Doch dies gelte nicht für die 7 Millionen Katholiken, nicht für  
die Dissidenten, welche die Civil- und Kirchenverordnungen nicht für die, die  
aus der Kirche nicht austreten wollten und sich doch mit den Satzungen der-  
selben im Widerspruch befänden. Für diese allein könne solch ein wichtiges  
Gesetz nicht erlassen werden. Auch folge aus dem Artikel 19 der Verfassung,  
auf den man sich berufe, nicht die facultative, sondern allein die obligatorische  
Civil- und Kirchenverordnungen. Ferner sei in diesem Artikel die Einführung der allge-  
meinen Civil- und Kirchenverordnungen vorgeordnet; beides sei nothwendig, eines ohne das andere nicht  
möglich. Die Civilstandsbeamten würden sich wohl finden und auch die Kosten  
könnten aufgebracht werden, wie das in der Rheinprovinz schon der Fall sei.  
Für die obligatorische Civil- und Kirchenverordnungen würde er nach dem Art. 19 der Ver-  
fassung stimmen; die facultative könne er nicht befürworten.

Zustizminister Simons: Der Gesetzentwurf ist aus den sorgfältigsten Er-  
wägungen hervorgegangen. Am wenigsten hat dabei die Absicht obgewaltet,  
fremde Institutionen ohne Wahl und Noth bei uns einzuführen. Es liegt darin  
klar vor Augen, daß die Nothwendigkeit, die Gesetzgebung in Bewegung zu  
setzen, durch Thatsachen und Vorgänge hervorgerufen ist, welche nicht auf dem  
Gebiete des bürgerlichen Rechts entstanden sind, welche aber die Regierung  
genötigt haben, oft wiederholten gerechten Beschwerden über tief eingreifende  
Bedürfnisse und Zerwürfnisse, so viel an ihr liegt, Abhilfe zu verschaffen. Es  
ist die Bewegung auf dem kirchlichen Gebiete, welche zu dieser Nothwendigkeit  
geführt hat; es kann auch nicht umgangen werden, auf diesen Entstehungs-  
grund des Einschreitens immer wieder zurückzuweisen, weil es vor allen  
Dingen nothwendig ist, daß man sich die zwingenden Thatsachen vergegenwärti-  
gigt. Zunächst waren es allerdings die kirchlichen Trauungsweigerungen, welche  
von den Geistlichen ausgingen, die es ablehnten, geschiedenen Personen zu einer  
neuen Ehe zu verhelfen, obwohl nach der Landesgesetzgebung der anderweit ab-  
zuschließenden Ehe ein Hinderniß nicht entgegenstand. Die Personen waren  
genötigt, sich an die Geistlichen zu wenden, weil das Landesgesetz über die  
Form der Ehe nur den bereits angeführten § 136 des Landrechts kannte. Die  
Landesgesetzgebung hatte diese Bestimmung getroffen, weil sie von der Voraus-  
setzung ausging, daß zwischen ihren Satzungen und den Grundsätzen der evan-  
gelischen Kirche ein Zwiespalt nicht obwalten könne. Das Landrecht enthält  
nur eine Bestimmung darüber, wie zu verfahren ist, wenn ein kath. Geistliche  
die Schließung einer Ehe verweigern sollte, welche nach dem Landesgesetze zu-  
lässig ist. Gegen diese Bestimmung sprechen erhebliche Bedenken; ich muß sie  
aber anführen, weil sie bestätigen, daß das Landesgesetz von der Voraussetzung  
ausgeht, daß zwischen ihr und der evangelischen Kirche ein Zwiespalt nicht ein-  
treten könne. Diese Anschauung hat sich länger als 30 Jahre bewährt, indem  
während dieser ganzen Zeit nicht ein einziger Conflict vorgekommen ist. Erst  
im Jahre 1831 ereignete sich in Pommern ein einzelner Fall, in welchem ein  
evangelischer Geistliche sich weigerte, ein Ehepaar zu trauen; 1833 folgte der  
zweite Fall in Westfalen, und etwas häufiger traten die Fälle im Jahre 1845  
ein, in welchem Jahre sie hauptsächlich durch die Anschauungen eines einzelnen  
Geistlichen hier in Berlin hervorgerufen wurden. Von den in die Jahre 1833  
bis 1851 fallenden Trauungsweigerungen gehörte ein Drittel der Wirksamkeit  
dieses Einzelnen an. Es wurde damals gefragt, ob gegen die Geistlichen nicht  
ein Zwang zulässig sei, ob sie nicht auf dem Disciplinar- oder criminalrechtlichen  
Wege anzuhalten seien. Der Ausfall dieser Erörterungen ging dahin, daß man  
das freie Ermessen des einzelnen Geistlichen nicht hindern dürfe. In den Jah-  
ren 1846—54 kamen in der Provinz Brandenburg nur 21 Fälle vor; in den  
übrigen Provinzen gar keine. Anders gestaltete es sich im Jahre 1854, wo  
eine principiell entgegengesetzte Auffassung des bisherigen Verfahrens gegenüber  
bei vielen Organen der Kirchenbehörden sich geltend machte, und von diesem  
Jahre an nahmen die Trauungsweigerungen zu, so daß man sich zuletzt auf  
dem kirchlichen Gebiete veranlaßt sah, eine Ordnung einzutreten zu lassen, jedoch  
in einer Weise, welche die Conflicte nicht beseitigen konnte. Durch die Kabi-  
nets-Ordre vom 8. Juni 1857 wurde das Bedenken einzelner Geistlichen besei-  
tigt, die Geschiedenen wurden zunächst an die Consistorien verwiesen, und  
gegen deren Entscheidung stand der Recurs an den Oberkirchenrat offen. Diefelbe  
Ordnung erkannte aber auch die Nothwendigkeit an, daß dem Vorgehen der Kirche  
in dieser Richtung als nothwendige Ergänzung die Aushebung der Civil- und  
Kirchenverordnungen werden müsse, welche nicht geknüpft ist an den Austritt aus der  
Kirche. Seitdem haben die Conflicte in steigender Progression zugenommen;  
ich kann es nicht umgehen, auf die Zahlen zurückzukommen, weil sie bisher  
nicht mitgetheilt sind. Die Ermittlungen im Jahre 1858 haben ergeben, daß  
gegen 2000 Fälle der Trauungsweigerungen vorgekommen sind, von denen etwa  
1000 durch anderweitige Einsegnung erledigt, gegen 1000 aber unerledigt ge-  
blieben sind. Sie können hiernach die Folgen auf dem sittlichen Gebiete ermessen.  
Es ist wenigstens mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß in derselben  
Weise auch die wilden Concupiscenzen sich vermehrt haben. In allen Fällen be-  
ziehen die betreffenden Personen rechtskräftige Erkenntnisse im Namen des Landesherren,  
die ihnen eine anderweitige Schließung gestatten. Dennoch kommen diese Per-  
sonen nicht zum Ziele. Es ist wohl unvernünftig, daß auf diese Weise ein  
tiefes Miß in das System und Gebiet des Civilrechts ausgeführt ist, und daß  
die Ursache dieses Mißes nicht ihren Ursprung auf dem Gebiete des Civilrechts,  
sondern lediglich in dem Verhalten der Kirchenbehörden zu suchen ist. Daß  
eine solche Lage als ein Nothstand bezeichnet werden muß, wird Nie-  
mand bestreiten. Eine zweite Veranlassung, welche auf die Civil- und  
Kirchenverordnungen, das sind die Rechtsverhältnisse der Dissidenten. Ich bin kein Freund  
von ihnen, aber ich erkenne an, daß man Jedem, der ein ihm gewährt-  
gesetztes Recht in Anspruch nimmt, dasselbe nicht vorenthalten darf. (Bravo  
rechts.) In der Bezeichnung als Dissident hat sich immer ein gewisser Mangel  
erkennen gemacht, indem man annahm, daß er noch andere als religiöse Zwecke  
verfolge. Ich enthalte mich darauf einzugehen, setze dem aber nur die Behauptung  
gegenüber, daß es auch Dissidenten giebt, denen man den Vorwurf der  
Unfrömmlichkeit in keiner Weise machen darf, höchstens den Vorwurf der Ueber-  
frömmlichkeit. Auch diese Gemeinschaften berufen sich auf die verfassungsmäßigen  
Rechte. Es kommen nun hauptsächlich zwei Gesichtspunkte in Betracht, welche  
eine Fürsorge in jeder Beziehung rathsam erscheinen lassen. Den einen Punkt  
habe ich schon angedeutet; ich dehne ihn dahin aus, daß, abgesehen von allen  
verfassungsmäßigen Bestimmungen, es eine Härte sein würde, wenn man dem  
Betroffenen die Familie und deren Bande entziehe. Es liegt aber auch im  
Interesse aller Staatsangehörigen, daß sie darüber nicht in Zweifel sind, ob  
gewisse Personen durch ein rechtskräftiges Eheband verbunden sind, oder nicht.  
Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit noch einen kurzen Blick auf die Bewe-  
gung der Gesetzgebung auf diesem Gebiete in Frankfurt zu thun. Ich führe  
Sie dabei nicht in die Revolutionszeit zurück, wenn ich auch anerkennen muß,  
daß die jetzige Gesetzgebung in ihren eigentlichen Grundlagen jener Zeit ange-  
hört; durch die ganze Rechtsgegeschichte geht das Bestreben, die Alte des Fami-  
lienlebens unter allen Umständen rechtsgültig festzustellen. Es haben in Frank-  
reich die Mitglieder der reformirten Kirche sehr trübe Zeiten durchlebt; ich er-  
innere an die Epoche, welche der Aufhebung des Eides von Nantes folgte, eine  
Epoche, in welcher sie fast rechtlos dastanden. In den letzten Jahren vor Aus-

## Sonntagsblättchen.

Endlich hält der Frühling seinen Einzug mit grünen Standarten  
und schmetternder Vögelmusik; „der alte Winter in seiner Schwäche zieht  
sich in ferne Berge zurück!“ Mag er oben dem silberbärtigen Gott  
Ritzgeß mit seinen Schneefedern und Eiskristallen die Pusteln  
schmücken helfen; mag er oben am Rande des großen und kleinen Tei-  
ches mit den Schneevögeln horsten, den Holzschitten die steilen Hänge  
hinab eine willkommene Bahn bereiten und dem feurigen „ersten Lieb-  
haber“ des Gebirges den Weg zur Melkerin in der verschneiten Nach-  
barbaude erschweren — hier hat er seine Rolle ausgespielt; hier  
sollen die jungen Blattaugen der Spiräen nicht mehr in seinem Flocken-  
gewölke erblinden und die bunte Toilette der Krokus nicht mehr von  
seinen abellauigen Schnee- und Regengüssen verunstaltet werden!

Der lange Kampf zwischen Frühling und Winter hat ganz Bres-  
lau in eine verschuppte Stimmung versetzt, welche eine allgemeine Un-  
zufriedenheit mit dem Geschehe zur Folge hat. Die Beamten sind un-  
zufrieden mit ihrem Gehalt, die Soldaten mit dem Friedenskongreß,  
die Kaufleute mit den Kriegsdrohungen, die Schauspieler mit den Re-  
censenten, die Männer mit ihren Frauen, die Frauen mit ihren Män-  
nern, die Mädchen der „wandernden Bundeslade“ mit den neuen Herr-  
schaften, bei denen sie jetzt ihre vierzehntägige Probezeit befehen —  
ja selbst das breslauer Ballet soll nicht so tanzlustig sein, wie sonst!

Strenge Moralprediger mögen die Einflüsse des Wetters auf das  
menschliche Gemüth gering achten, aber die Stimmung spielt eine  
größere Rolle in der Welt, als man gewöhnlich glaubt. Der gute  
Wille ist da oft nur der Kapellmeister, der ganz richtig den Takt schlägt  
— aber was hilft es ihm, wenn er ein Orchester von verstimmt-  
ten Instrumenten dirigirt? Nur ein ohrenzerreißendes Charivari kann  
da die Folge sein! Eine von Märzschauern und verpölkten Winter-  
launen verregnete Stadt ist ein solches verstimmtes Orchester von Men-  
schen. Noch giebt es keine Statistik der „Stimmungen“, man  
müßte sie schreiben, indem man das Barometer und Thermometer zur  
Hand nimmt, um die Luft- und Wetterpiegelungen der menschlichen  
Seele klar zu machen. Selbst die rauhe Stimmung auf der Börse, die  
sich nachher zu Hause fortzusetzen pflegt, und oft die Courfe des ehe-  
lichen Glückes herabdrückt, hängt nicht bloß vom Narren der pariser  
Wetterfahnen ab, sondern ebenso oft vom tiefen Stand der Barometers-  
säule, der die Nerven und dadurch die Schwingen der Spekulation lähmt.  
Früher vermied der Aberglaube einzelne Tage in der Woche, z. B.  
den Freitag, wenn es wichtige und entscheidende Unternehmungen galt!

Echte Menschenkenner dagegen wählen niemals einen stürmisch-regnig-  
ten März- oder Apriltag, wenn sie sich an die Nachschleife eines Mit-  
menschen wenden. An einem solchen Tage ist es gefährlich, um die  
Hand eines geliebten Mädchens anzuhalten; denn da hängt der Him-  
mel nicht voller Geigen, sondern voller Körbe; es ist bedenklich, um die  
Einwilligung der Eltern zu einer ersehnten Verbindung nachzuforschen;  
denn der künftige Schwiegervater sträubt sich gegen die Last, die ihm  
aufgebürdet werden soll und hat einen besonders scharfen Blick für die  
Schattenseiten des Bewerbers; es ist nicht rathsam, einen Vorgesetzten  
um Urlaub, um eine Beförderung, Gehaltserhöhung oder sonstige Ver-  
günstigung anzusprechen; am allerwenigsten aber, um ein Darlehn  
zu bitten; denn in Geldsachen hört bekanntlich überhaupt die Gemüth-  
lichkeit auf, umwievielmehr an einem ungemüthlichen Tage!

Ein rechtzeitiger Blick auf den Barometer ist mehr werth, als die  
Lektion von hundert Seiten in Knigges „Umgang mit Menschen“. Das  
merkt auch ihr armen Supplikanten, ihr weißen Sklaven, die ihr  
vom Gesicht dazu verurtheilt seid, als eine fleischgewordene „Bittschrift“  
durch das Leben zu wandern, von Adresse zu Adresse, bis das abge-  
griffene Couvert das letzte schwarze Siegel erhält, mögt ihr schwierige  
Hände haben von rauher Tagearbeit oder die Glacehandschuhe aus-  
ziehen, eh' eure Hand am grünen Tische die Feder fährt!

Die kleinen Supplikanten des Lätare-Sonntags mit ihren von Haus  
zu Haus tönenden Liedern und den grünen Sommerfäben in ihrer  
Hand sind der poesielosen Zeit auch nicht mehr willkommen und müssen oft  
abgehen ohne „Fennige“ und „Mehlweizen“. So wird Lätare für  
sie kein Rosen-Sonntag, wie er genannt wird, weil an ihm der Papp  
die goldene Rose weihte, kein Brod-Sonntag mit dem Coangelium  
der Speisung der 5000 Galiläer, sondern echtes Mittfasten, und sie  
beeilen sich, den stöhnenden Tod ins Wasser zu stürzen, der oft genug  
sich später revanchirt, und manches Opfer der Noth in den Fluten  
begräbt.

Am wohlgelegensten mögen sich die Nomaden unserer Jahrmarktsbuden  
in der Sonne des Aprils begen! Hat doch diese bunte herrenlose  
Welt; dies Reich der Pfefferkuchen, Hosenträger, Blechwaren und Stahl-  
federn jetzt einen „König“, der jüngst in den Zeitungen seine Thronrede  
vor allen breslauer Kammern und Kämmerchen hielt! Wir meinen  
den „Nähdelfürst“, der durch Bande von beispiellos wohlfeilem  
„Zwirn“ die Herzen seiner Unterthanen an sich fesselt und im Augen-  
blick eine fein gehöhrte Armee von Miniatur-Bayonnetten mobil macht!  
Von der Macht dieses Monarchen darf man nicht zu gering denken;

denn wenn er auch nicht die europäischen Börsen beherrscht, so ist ihm  
doch die ganze Frauenwelt unterthanig! Und das sind selbst das Scep-  
ter schwingende Basallen! Die „Nähdelfürst“ spielt eine große Rolle im  
Frauenleben. Sie ist die Vertraute ihrer einsamen Gedanken; an ihr  
lernen sie das geschickte „Einfadeln“, das sie zu ihren kleinen Intrigen  
brauchen, und die „feinen Stiche“, die sie bei der Konversation in An-  
wendung bringen. Durch solch ein Nähdelför schlüpfen sehr viele  
Sauser und Wünsche, sehr viele zollfreie Herzengedanken, auch einige  
schwarze Geisterchen des Neides und der Eifersucht mit dem Fädchen  
hindurch! Der Nähdelfürst herrscht über viele tausend „Nähdelfür-  
stinnen!“

Glücklicherweise unterrichtet uns die Bühne über die geheim abge-  
karteten Feldzugspläne der Frauen. So in dem neulich aufgeführten  
Stückchen: „Wenn Frauen weinen“, das bereits einmal mit Frau  
Frieb-Blumauer hier in Scene gegangen. Hier wird nicht ohne  
Humor geschildert, wie eine vielersahrene Wittwe, welche bereits zum  
zweitenmal das eheliche Joch auf sich genommen, eine junge Anfängerin,  
die noch kaum die Flitterwochen überstanden, in die Geheimnisse der  
weiblichen Kriegskunst einweicht. „Die Kunst zu weinen“ ist der letzte  
entscheidende Trumpf, den die Frau ausspielt, um das Spiel zu ge-  
winnen. Frau Weiß spielte die außerordentlich routinirte Ehegattin  
ebenso gewandt, wie Frä. Galtzer die gelehrtige Schülerin, bei der zu-  
legt die echte Herzensempfindung in unverfälschten Thränen über die  
angelernte Weisheit fließt.

R. G.

## Aus Berlin.

[Winters Abschied und L. Landsbergers Verlegenheit. Die Concurrenz des  
Natur- und Kunst-Schauplazes. Zur Charakteristik der englischen Bühne.]

Sean Paul hat einmal für die schönsten Augenblicke einer Gesell-  
schaft diejenigen erklärt, in welchen man schon zum Scheiden gerüstet,  
Gut und Stoch in der Hand sich doch nicht entschließen kann, fortzu-  
gehen. Der diesjährige Winter schien den erwähnten Ausdruck des  
seligen Poeten irgendwo aufgeschnappt und mehr als uns lieb, Be-  
herzt zu haben.

Das Frühlingsäquinoctium, die althergebrachte Bürger- und Po-  
lizeistunde für jeden wohlherzogenen Winter, ist länger vorüber. Schon  
mehr als acht Tage vorher schien er, seiner bisher gezeigten Milde  
getreu, einen freundlichen Abschied von uns nehmen und, Gut und  
Stoch in der einen Hand, mit der andern die Thürflinke ergreifen zu  
wollen, um seinem draußen harrenden und drinnen mit Sehnsucht er-



bruch der Revolution in Frankreich ward die bürgerliche Gesetzgebung in der Ueberzeugung, daß man den Anhängern der reformirten Kirche die Rechte nicht verjagen könne, zu einem Gesetz vom 28. November 1787 geführt, welches den Mitgliedern der reformirten Kirche die Eheschließung vor dem Richter gestattete. So verfuhr man in jenem Lande, und ich glaube, wir sind nicht in der Lage, den Dissidenten weniger zu gewähren, als damals die französische Gesetzgebung einer Religionsgesellschaft gewährte, welche in keiner Weise zu den beginnlichen gehörte. Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht, daß der Regierung eine Reihe von Beschwerden zugegangen sind. In einer derselben liegt der Fall vor, daß ein dissidentisches Ehepaar in einer der betreffenden Seite eingeräumten Kirche durch den Religionsdiener der Seite eingetraget wurde. Das Paar hat nichts anderes gewünscht, als daß es in einer rechtlichen Ehe lebe; nachdem der Mann gestorben war, betritt das Vormundschafts-Gericht den rechtlichen Schluss der Ehe, und die Kinder erhielten nicht die Rechte der ehelichen Kinder. Sowohl das Consistorium, wie das Obergericht bestätigten diese Ansicht, und die Witwe drückt nun ihren Schmerz über dieses Verhältniß in der Petition aus. In einem anderen Falle starb die Frau mit Hinterlassung eines Kindes, und auch das Kind starb bald nachher; der Fiskus wurde Erbe des Kindes, und der überlebende Vater konnte die Erbschaft nur im Wege der Gnade erlangen, indem der Fiskus zu seinen Gunsten darauf verzichtete. Man kann allerdings sagen, die betreffenden Personen trügen selbst Schuld an der Ungunst der Verhältnisse; es bleibt aber thatsächlich ein nicht minder großer Uebelstand, daß solche Erscheinungen überhaupt vorkommen können, und man kann sich deshalb gewiß nicht der Anschauung entziehen, daß es selbst im Interesse der staatlichen Verhältnisse und der öffentlichen Ordnung liegt, eine Abhilfe zu schaffen. Es sind nun verschiedene Auswege vorgeschlagen, welche näher liegen als die Einführung der Civilehe. Zunächst hat man auf die Verordnung vom 30. März 1847 verwiesen, wonach es Jedem freistehe, aus der Kirche auszuweichen. Das ist aber nicht der Standpunkt, auf welchem wir uns nach dem ganzen historischen Hergange befinden. Die Verordnung hat die wichtigsten Bedenken gegen sich: sie macht die Benutzung von einer Erklärung abhängig, die nicht der Staat giebt, sondern die Kirche. Es liegt aber auch eine große Härte darin, den Personen, welche in diesem Nothstande eine Abhilfe anrufen, eine solche zu empfehlen; denn die Eheschließenden verlangen nichts anderes, als was bis zu den 30er Jahren völlig ausnahmslos von allen Geistlichen der evangelischen Kirche gewährt ist. Wie läßt sich nun diesen Leuten gegenüber behaupten, daß sie mit einemmal so arge Sünder geworden seien, daß sie aus der Kirche ausweichen müssen. (Rechts: Sehr richtig!) Die Consistorien, die in den 30er Jahren gefragt wurden, ob gegen die sich weigernden Geistlichen ein Zwang zulässig sei, haben sich bis auf zwei für die Zulässigkeit des Zwanges ausgesprochen. (Hört, hört!) Um so weniger läßt sich behaupten, daß es gegen die Lehren der evangelischen Kirche sei, daß unter solchen Umständen eine Ehe durchaus unzulässig sei. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß die Obern der Kirche gar nicht die Lobredner des Austritts aus der Landeskirche sind, daß sie darin vielmehr selbst eine Härte finden. Von einem der geistlichen Richter ist darauf hingedeutet, daß ein Mittel in der Aufhebung des Art. 19 der Verfassung zu finden sei, weil man sich nicht scheuen dürfe, die bessernde Hand an die Verfassung zu legen. Ich enthalte mich, auf eine Erörterung dieser Frage einzugehen. Nach Art. 107 ist es im Allgemeinen zulässig; man kann aber hinzufügen, daß eine Befreiung des Art. 19 der Verfassung die Frage nicht erledigen würde. Ich halte es gewissermaßen für gleichgültig, ob Art. 19 in der Verfassung steht oder nicht, weil ich die Ueberzeugung bin, daß in Folge der anderen verfassungsmäßigen Bestimmungen, namentlich der Art. 12 und 15, immer wieder auf die Civilehe als das einzige Correctiv und Auskunfts-mittel zurückgewiesen wird. Diese Verfassungsartikel werden immer unangefochten bleiben müssen; ich glaube, daß jeder Versuch, sie zu beseitigen, ein vergeblicher sein wird, daß selbst der Versuch die allertauglichsten Folgen für das Land nach sich ziehen müsse. Wenn sie aber bestehen bleiben, so sind die diejenigen Ausgangspunkte, von welchen man immer wieder darauf zurückkommt, daß man zu der Civilehe in der einen oder anderen Form schreiten muß. Namentlich hat ein Mitglied darauf hingewiesen, daß ein Auskunfts-mittel sich dadurch darbiete, wenn der Staat sich in seiner bürgerlichen Gesetzgebung der kirchlichen Gesetzgebung völlig unterordne. Ich glaube, das ist bei unseren Verhältnissen ganz unmöglich. Ich muß auch hier noch einmal auf das französische Recht zurückkommen. Bald nach der ersten Restauration am 8. Mai 1816 erging in diesem Lande das Gesetz: „die Ehescheidung ist aufgehoben.“ Ich brauche Ihnen nicht näher auseinanderzusetzen, daß diesem Vorgange zu folgen eben so unmöglich ist, und es fragt sich, ob auf diesem Wege dem Nothstande abgeholfen werden kann. Ich habe noch der sogenannten milden Praxis zu erwähnen, die der Ober-Kirchenrath befolgt, und auf welche hingewiesen ist. Allein auch diese Verweisung kann als eine genügende nicht angesehen werden; denn wenn auch in dem zweiten Theile der Vorlage eine Reduktion der landrechtlichen Scheidungsgründe in Vorschlag gebracht wird, so bleibt immer noch eine Reihe von Gründen übrig, welche das bürgerliche Recht, nicht aber die Kirche anerkennt. Dadurch kommt, daß auch die milde Praxis in sofern eine strenge ist, als sie einen Anspruch des für schuldig erklärten Theils auf eine neue Ehe während des Lebens des andern Gatten, nicht anerkennt. Auf beiden Seiten hin hilft also diese milde Praxis dem Conflict in keiner Weise ab. Es kommt hinzu, daß ja auch Niemand vorhersehen kann, ob nicht mit dem Wechsel der Personen die Praxis sich ändert. Es muß sich also immer mehr und mehr die Ueberzeugung beseitigen, daß die Abhilfe nur auf einem anderen Wege zu erreichen ist, und dies ist die Ausbesserung der Civilehe, welche ihrem Grundsatze nach schon in der Verordnung v. 30. März 1847 für die älteren Provinzen enthalten ist. — Es bleibt nur schließend noch übrig, das Verhältniß der Gesetzesvorlage zu Art. 19 der Verfassungs-Urkunde hervorzuheben. Art. 21 der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848 stellte die Civilehe als unabwieslich dar, indem er sie in der Form der obligatorischen vorschrieb. Aber durch diese Bestimmung wurden so große Beschwerden im Lande hervorgerufen, eine so große Unzufriedenheit erzeugt, daß dieselbe bei der Beratung der Verfassung zu einer Reihe von Abänderungsvorschlägen führte, deren einer auch in den Art. 19 der gegenwärtigen Verfassungsurkunde übergegangen ist. Durch die gegenwärtige Fassung ist die obli-

gatorische Civilehe beseitigt worden. Bei der Annahme des Artikels in dieser Fassung war die Absicht, den Gedanken und das Prinzip der Civilehe an und für sich beizubehalten, nur die Nothwendigkeit der obligatorischen Civilehe auszuschließen, und die Lösung der Frage, in welcher Form die Civilehe einzuführen sei, der Zukunft zu überlassen. Daraus folgt, daß die obligatorische Civilehe dem Art. 19 grundsätzlich nicht zuwider ist, wenngleich damals die Nothwendigkeit dieser Form ausgeschlossen wurde; es kann aber dem Sinne der damals gefassten Beschlüsse nicht zuwiderlaufen, eine andere Modification der Civilehe, die fakultative Civilehe, zuzulassen. Das Institut in dieser Ausprägung hat zahlreiche Angriffe erfahren, namentlich durch ein hervorragendes Mitglied des anderen Hauses, welches damals einen der gegenwärtigen Gesetzesvorlage entsprechenden Antrag stellte. Zahlreiche Amendements wurden gestellt, und schließlich in der Richtung, in verschiedenen Fassungen die Nothwendigkeit der fakultativen Civilehe in der Verfassung ausdrücklich anzudeuten. Eines von diesen Amendements ist auch von dem Abg. für Lublin (Graf Renard) mit Unterstützung, der sich gestern so entschieden gegen die fakultative Civilehe ausgesprochen hat. (Seitert.) — Der Minister liest das Amendement vor. Dasselbe verlangt die Einführung der fakultativen Civilehe unter völliger Gleichstellung mit der kirchlich geschlossenen Ehe. Unterzeichnet ist dieses Amendement: v. Ledtich, (Hört, hört!) Graf Renard u. i. w. (Seitert.) Eine Reihe anderer Abänderungsvorschläge verfolgte wesentlich dieselbe Tendenz. — Den Vertheidigern der fakultativen Civilehe gegenüber wird behauptet, daß dieselbe im Prinzip nach von der obligatorischen wesentlich verschieden, wesentlich bedeutender als die obligatorische Civilehe sei. Das ist eine Ansicht, zu welcher ich mich nicht verstehen kann. Das Prinzip der obligatorischen Civilehe beruht darin, daß das bürgerliche Recht keine andere Ehe für nach seinen Vorschriften gültig anerkennt, als die, welche auf bürgerlichem Wege geschlossen ist; daß das bürgerliche Gesetz sich gar nicht darum kümmert, ob nach der kirchlichen Eheschließung der Segen der Kirche gesandt wird oder nicht, sondern es der freien Entscheidung der Eheschließenden überläßt, ob sie dies thun wollen. Es kommen auch in den Ländern, in welchen die obligatorische Civilehe besteht, Fälle vor, in denen die kirchliche Trauung nicht nachgesucht wird, wenngleich die Zahl dieser Fälle beschränkt ist; es lassen sich auch in der Rheinprovinz, obgleich die Sitte mächtig ist, dergleichen Fälle nachweisen, Fälle, in denen Ehen vor dem Civilstandsbeamten geschlossen werden, welche von beiden Kirchen oder von einer derselben für unzulässig erklärt werden. Hierin unterscheidet der Gesetzesentwurf sowohl nach der Regierungsfassung als nach den Vorschlägen der Kommission sich nicht von der obligatorischen Civilehe. Auch nach der gegenwärtigen Gesetzesvorlage wird es lediglich dem Gewissen der Eheschließenden überlassen, zu prüfen, ob sie der bürgerlichen Eheschließung die kirchliche Trauung folgen lassen wollen. Das aber müssen wir dem Institut in beider Form zugestehen: keine von ihnen schließt den nachfolgenden Segen der Kirche aus. Aus den englischen Gesetzen geht daselbst hervor, daß die Civilehe ist dort hervorgerufen worden im Interesse der Nothverhältnisse der zahlreichen Dissidenten, von denen sich dort alle Männen wie bei uns vorfinden; einzelne dieser Männen sind ja von dort zu uns gekommen.

Es ist nicht die Absicht der Regierungsvorlage, der Kirche und ihren Bestrebungen mit entscheidender Feindseligkeit entgegenzutreten; das beweist § 1, der in der Vorlage sowohl wie in dem Vorschlage der Kommission die kirchliche Trauung an die Spitze der Bestimmungen über die Eheschließung stellt. In § 2 wird darauf die Civilehe mit gleicher Berechtigung neben die kirchlich geschlossene gestellt; die Fassung des Regierungsentwurfs sollte daneben ausgesprochen, wie das Bedürfnis zu dem jetzigen Gesetze entstanden sei; sie wollte namentlich im zweiten Satze des § 2 andeuten, daß die Eingebung der Civilehe dem Gewissen der Eheschließenden überlassen werden sollte; es war die bewusste Absicht des Gesetzes, auszusprechen, daß die Civilehe nicht mit irgend einem Mafel befaßt sein solle. Die Kommission hat diese Ansicht nicht getheilt. Welcher Fassung der Vorzug zu geben, ob der der Vorlage oder der der Kommission, darüber wird die Regierung sich bei der Spezialberatung aussprechen; daß aber Ihre Kommission sich mit der Regierungsvorlage nicht in einem prinzipiellen Gegensatz befindet, sondern ihre Abänderungsvorschläge nur als Fassungänderungen bezeichnet, habe ich aus dem Kommissionsbericht mit großer Befriedigung entnommen; das kann ich schon jetzt erklären, daß die Fassung der Kommission mir den Vorzug zu verdienen scheint vor allen bisher vorgeschlagenen. Aus meiner Ausführung kann ich das Resultat ziehen, daß ich Ihnen empfehle, dem System des von der Regierung eingebrachten Gesetzesentwurfs Ihre Zustimmung zu ertheilen. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Kultusminister v. Bethmann-Hollweg: Der Wichtigkeit des legislativen Werkes, welches uns beschäftigt, hat die Unverdorbenheit und, mit einer einzigen Ausnahme, der Ernst Ihrer Beratungen entsprochen. (Bravo rechts.) Dieser Ernst folgt aus dem sittlichen und religiösen Gefühl des Volkes. Allerdings steht dem Gehe der Widerstand eines großen und nicht des schlechtesten Theiles unseres Volkes entgegen. Ich meine nicht den Widerstand jenes antirevolutionären und doch so revolutionären Fanatismus, dem es am meisten darauf ankommt, die Person des Gegners zu vernichten (lebhaftes Bravo rechts); der sich nicht damit begnügt, an jenen friedlichen Kirchenrat zu erinnern, dessen Vorleser gegen sein Ich mir jetzt noch zur Ehre anrechne, sondern der Geistlichkeit und Volk zur Aufregung aufruft; dessen Forderung die Nähe der Selbstvernichtung anzeigt (lebhaftes Bravo rechts). Ich meine vielmehr jenes mit besonderer Wärme von den Abgeordneten Mathis und von Privatitz gebildete, und, wenn ich nicht irre, auch von dem Abgeordneten v. Wandenburg in seiner äußersten Vorstellung vertretenen Gefühl unseres Volkes, daß Staat und Kirche eins sein müssen und daß eine wahre Ehe nur die sei, welche die Kirche schließt. Die Regierung ehrt dieses Gefühl, aber sie weicht der praktischen Nothwendigkeit, einen Conflict aufzuheben, der, je länger er besteht, um desto mehr bedroht mit dem Verluste des Reichthums des Volkes (sehr wahr! rechts). Dieser Conflict nahm seinen Anfang mit der Losreißung der Kirche vom Staate, und damit, daß der Staat die Reform des bürgerlichen Gesetzbuchs unterließ, welche man längst als nothwendig erkannt hatte. Diese Losreißung ist durch Artikel 15 der Verfassung feierlich verbürgt; sie ist noch in jüngster Zeit durch allerhöchsten Erlass vom Februar d. J. sanctionirt und organisiert. Das Mittel der Lösung ist nicht neu,

ist nicht unsere Erfindung. Längst war an erhabener Stelle diese Lösung ins Auge gefaßt. Dieses Mittel, in der Form, in der es heute geboten wird, hat bereits bei Revision der Verfassungsurkunde einer unserer bereitesten Gegner in einer Weise vertheidigt, wie es besser nicht geschehen kann. (Bravo rechts.) Dann ist dieses Mittel der Lösung auch von der liberalen Fraktion der früheren Regierung erstrebt und bleibe der gegenwärtigen Regierung nur das bescheidene Verdienst der Ausführung. Für das Land ist dieses Mittel allerdings etwas Neues. Die Staatsregierung hat es nicht verächtlich, den Weg der Vermittelung zu gehen und indem sie damit dem Sinn des Volkes Rechnung trägt, glaube sie nicht schwach, sondern stark zu sein. — § 1 der Gesetzesvorlage und des Commissionsberichtes stellt die kirchliche Trauung voran. Indem die kirchliche Trauung als das Prinzipale hingestellt wird, hat die Regierung nicht verächtlich, einen Paragraphen des Landrechts anzuführen. Sie hat dieses gethan, indem sie den einfachen Bürgern und Bauern die Continuität des Rechtes zur Anschauung bringen wollte. Wenn die Kommission aus guten Gründen diesen Paragraphen des Landrechts aus dem § 1 des Gesetzes fortgelassen, so kann ich nichts dagegen sagen. Danken kann ich aber der Kommission nur dafür, daß sie nicht, wie vorgeschlagen, § 1 und 2 in eine Gesetzesstelle zusammengezogen und kirchliche Ehe und Civilehe alternativ gemacht. In § 2 fügt die Regierung die Form der bürgerlichen Eheschließung der kirchlichen hinzu. Der Abgeordnete für den Landkreis Köln (Reichensperger) hat hierin eine größere Feindseligkeit als bei der obligatorischen Civilehe gesehen. Nun kenne ich nichts, was feindseliger wäre, wie Ignorieren. Das ist keine Feindschaft, wenn der Staat am Anfang des Gesetzes erklärt, daß er der priesterlichen Einsegnung der Ehe alle bürgerlichen Wirkungen zuerkennt. Daraus wollen wir nicht rütteln. Aber auch derjenige, der die kirchliche Trauung weder nachsuchen will noch kann, dem muß sein bürgerliches Recht werden. Die Fassung des § 2 in der Regierungsvorlage ist indessen nicht gleichgültig. Man hat gesagt, die Motive, selbst geschichtliche, gehören nicht in ein Gesetz. Der abstrakte Ausdruck der Willkür ist aber wohl in einem Gesetze zu vermeiden. Der Eine will im Gefühl seiner Verpflichtung und in seinem Gemüthe getrieben, die kirchliche Trauung nachsuchen; die Kirche verlangt ihm aus irgend welchen confessionellen Gründen die Trauung. Ich gestehe es nun ohne Sehl, die Bestimmungen der Kirche sind keine absolute. Die protestantische Kirche ist eine werbende; ist doch selbst erst die katholische Kirche nach dreihundertjähriger Arbeit zum Abschluß ihres Dogmas gekommen. Nun will jemand, dem die Kirche aus solchen Gründen die Trauung verweigert, sich verbeistehen; wenigstens will er dann doch sein Gelübde vor Gericht ablegen. Ein Anderer erklärt, er könne seinem Gewissen gemäß die Trauung der Kirche nicht nachsuchen, da er mit der Kirche und ihren Satzungen zerfallen sei. Ein Dritter gehört der Kirche an, die Kirche erkennt ihn aber nicht an. In dieser Lage befindet sich der Zwingeraner, der Christkatholik, und ein solcher ist darum noch kein schlechter Mann. Aber deshalb darf man die Willkür nicht geradezu im Gesetze wörtlich sanktionieren. Nun soll es gar nicht geeignet werden, daß auch jetzt der Leichtsinne von dem Gesetze Gebrauch machen könne. Dies hat, in jeder Fassung das Gesetz nicht verächtlich. Auch die Gewissensfreiheit bleibe um deshalb doch noch ein heiliges Gut, wenn sie auch von einem Gewissenlosen mißbraucht werden kann. Ist darum die Civilehe unfittlich, unchristlich, revolutionär, weil sie den Gewissenlosen auch zu Gute kommt? Sie ist vielmehr nichts Anderes, als der Ausfluß eines Konfliktes zwischen Staat und Kirche, sie ist eine Folge des bürgerlichen Eherechts. Sie soll die Ehemannungen achten und schützen, welche der Staat achtet und anerkennt, sie findet ihr letztes Gebot in dieser Materie in dem Gesetz: Du sollst nicht ehebrechen. Aber selbst Moses hat den Grundfals aufgestellt: Wer sich von seinem Weibe scheiden läßt, der gebe ihr einen Scheidebrief. Dieser ist das höchste und erhabenste Beispiel, wie ein strenger Gesetzgeber der Menschlichkeit und Schwäche in seinem Gesetzbuche Rechnung trägt. Dieses treibe die Juristen zu der Anerkennung, daß das bürgerliche Recht nicht einer andern Sphäre dienbar sein solle. Staat und Gesellschaft als Vorstufe betrachtet, finden ihre Erfüllung in der Kirche, welche die höhere Sittlichkeit nicht ist, sondern erstrebt. Dann hat man hier als Schreckbild die Trennung der Kirche vom Staate aufgestellt, während man doch gerade eine Scheidung beider Gebiete erstreben wollte, beide in ihrer berechtigten Wechselwirkung nicht zu beeinträchtigen, sondern ihre naturgemäße Verbindung zu sichern. Der Abg. v. Mallindrot hat sich ganz auf den Boden der katholischen Kirche gestellt, und dem Gesetz-Entwurf entgegen geworfen, daß er bloß protestantisches Kirchenrecht enthalte. Er enthält aber nur bürgerliches Recht. Der Staat ist eine höhere sittliche Ordnung und für diese Welt mit der Kirche gleichberechtigt. Den bürgerlichen Charakter der Ehe erkennt nun vor Allem der Code Napoleon an. Es ist zu bedauern, daß der Abg. v. Mallindrot mit seinen Anschauungen sich nicht zur Consequenz des Abg. Reichensperger (Köln) erhebe, der bei ganz kirchlicher Grundlage und für die Freiheit der Kirche kämpft, doch das Recht so sehr liebt, daß er die Vollerhebung des Staats nicht länger verneinen kann. Dies ist das Grundelement des Gesetzesentwurfes und des Kommissions-Antrages. Daß die staatlich geschlossene Ehe nichts Unchristliches ist, das tritt besonders hervor aus den § 4 und 9 des Gesetzes. Denn nach ihnen erhält die bürgerliche Ehe nicht die Gestalt des Vertrages, sondern des Gelübdes. Die christliche Natur des Gesetzes tritt ferner besonders hervor in dem 2. Titel über die Reform des Scheidungsrechtes, welcher bei der Ehescheidung die Willkür aufhebt. Sie tritt hervor in der Bestimmung über die relativen Ehescheidungsgründe, wonach dieselben nach dem Worte Christi über den Gebrauch gemessen werden sollen. Ich begrüße hierin namentlich einen Fortschritt seit 1844. Anhänger der Ehescheidung von 1794, glaub' ich, sind in dieser Versammlung sehr wenig. Durch die Civilehe wird ein sittlicher Fortschritt intendirt. Ich gedenke der vielen Trauungsverweigerungen, welche in den letzten Monaten durch mein Ressort gegangen sind. Zwar habe ich auch da viele Noth und tiefe Unfittlichkeit gefunden, aber es waren auch oft sittliche Gründe vorhanden, welche das Trauungsgeheuch veranlaßten. Da war z. B. ein armer Tagelöhner, welcher im Concubinate lebte und im Concubinate Kinder erzeugt hatte; nun wollte er sich wieder verheirathen, um der Gefahr zu entgehen, das Concubinat polizeilich getrennt, seine Kinder dem Verwahrern und sittlicher Verwahrlosung ausgesetzt zu sehen. Das waren gewiß sittliche Motive. Dann lag ein anderer Fall vor; es lebte ein Mann in wilder Ehe

warteten Nachfolger seinen bis dahin vollkommen berechtigten Platz zu räumen. Allein bald begann er sich eines Anderen; mit halbabgewandtem Antlitz blieb er, als könnte er sich nicht trennen, auf demselben Fleck stehen, und wenn wir meinten, jetzt müsse er sich doch endlich empfehlen, dann kehrte er sich zudringlich wieder um und hatte uns schnell noch irgend eine neue oder alte Geschichte zu erzählen. Die meisten derselben waren nicht gerade allzu erbaulicher Art: er blies uns Wind ins Ohr, streute uns Sand in die Augen, und so Mancher, der anfangs nicht recht hören mochte, hat zuletzt mit bitterer Reue fühlen dran glauben müssen.

Indes Alles hat ein Ende, und selbst das hartnäckigste Regiment kann sich den gebieterischen Ansprüchen der fortschreitenden Zeit gegenüber auf die Dauer nicht halten. Je zäher sein Leben, desto zäher sein Ende. Diesem ebenso unumstößlichen als trostreichen Gesetze sind alle Erscheinungen auf dem Gebiete der natürlichen wie der sittlichen Welt gleich unterthan. Auch die dauerhafte Regierung des gestrigen und oft recht wetterwendisch verfielen „Ministeriums Winter“ scheint nachgerade zu den „glücklich Beseitigten“ zu gehören: es ist gestürzt und neues Leben blüht aus seinen zerbrockelten Ruinen, seitdem am letzten Mittwoch „den Fuß mit Gold geschmückt, das Haupt mit Rosen“ der erste wirkliche Frühlingsmorgen und mit ihm eine „neue Aera“ keimender Hoffnungen über das Land hereingebrochen.

Wie lange und ungeduldig auch ersehnt, kam sie dennoch so plötzlich und überraschend, daß ihr unangemeldeter Eintritt allerlei Verlegenheit und Verwirrung der heitersten Art erzeugte. Mancher folger Hermelin, der gestern noch eine lange Herrschaft in Aussicht hatte, sieht sich heute plötzlich von der Höhe seines erräumten Glückes gestürzt und hat dem bescheidenen Mantelchen weichen müssen, das leicht auf beiden Schultern nach jedem Winde zu tragen ist. Louis Landbergers journalistische Produktionen von gestern erscheinen heute bereits veraltet und überlebt, und die Sprachgelehrten seines Ateliers zerarbeiten sich die Köpfe, um eine zeitgemäße Bereicherung für die Nomenclatur der männlichen Frühjahrsbekleidung zu erfinden. Der noch spät nachbestellte Winterhut, ein Epigone von Wiebers Phantasie, Jahrgang 1858, ist dem Gatten ein Aergerniß, der theuren Gattin aber eine Thorheit geworden. Die sieben Brüder Gerson klagen über Mangel an arbeitsfertigen Händen, und die Beamten des königlichen Leihamtes beschwerten sich über die heftige Circulation und den gar zu lebhaften Stoffwechsel in den Reservoiren für die Winter- und Frühjahrsgarderobe.

Der plötzlich erwachte Frühling, die lachende Sonne, der blaue Himmel, die milde Luft und das üppig emporprossende Grün lockt, je länger entbehrt, desto mächtiger die Bewohner unserer guten Stadt aus den dumpfen Steinhausen der Residenz hinaus ins freie und macht unseren Vergnügungs- und sogenannten Kunstanstalten eine Concurrenz, deren Gefährlichkeit die Direktionen namentlich unserer Privattheater zwingt, ihre regulären Kräfte durch Heranziehung außerordentlicher Hülfsstruppen zu verstärken. So hat in dem kleinen Wallner-Theater der treffliche Marr aus Hamburg ein Gaspiel begonnen, dem es trotz des etwas veralteten und nicht besonders anziehenden Repertoires gelingt, das Interesse des Publicums zu fesseln. Marr ist für eine bestimmte Gattung von Charakteren der bürgerlichen Komödie, namentlich für die Species diplomatischer Dummlinge, eine musterghige Autorität; und wenn sein Spiel auch des idealen Schwunges völlig entbehrt, so ist seine stets der Aufgabe sich unterordnende und auf das Ganze derselben gerichtete Darstellungsweise, gegenüber dem auf das Herausarbeiten einzelner Effekte sich pointirenden Virtuositenthum unserer Tage doppelt anzuerkennen.

Noch weit lebendiger ist die Theilnahme, welche unser Theater-Publicum den Darstellungen des Mr. Phelps und seiner englischen Gesellschaft zuwendet. Erklärt ist dieselbe außer durch den Reiz der Neuheit, noch durch das besondere Interesse, die Schöpfungen des großen britischen Tragicers in der Sprache und nach den, theilweise bis auf ihn selbst zurückzuführenden Traditionen seines eigenen Landes dargestellt zu sehen. Daß uns durch diese Darstellungen, so weit sie von der Art der auf unserer deutschen Bühne üblichen abweichen, auch nur nach irgend einer Seite hin ein neues Verständnis der Shakespeare'schen Dichtungen eröffnen worden wäre, können wir nicht behaupten; wohl aber, daß wir an Schwung der Darstellung, an Wärme und Innigkeit des Spiels, an ungezwungener Natürlichkeit des Vortrages bei diesen Engländern Manches vermißt haben, was uns von den besseren deutschen Shakespeare-Darstellern, namentlich der älteren Schule, in unergänglicher Erinnerung lebt. Allerdings vermögen wir nicht zu entscheiden, wie viel dabei auf Rechnung nationaler, und wie viel auf die persönlichen Eigenthümlichkeiten der gegenwärtigen Darsteller zu schreiben ist. Mr. Phelps, welcher, wenn man den Zeitungsberichten glauben darf, in England für einen der ersten Darsteller Shakespeare'scher Rollen gilt, ist ein Mann, der den Zenith des Lebens schon hinter sich hat; ein Schauspieler von gediegener formaler Durchbildung, seinem Verständnis und künstlerischen Intentionen, der aber,

so weit man nach so kurzer Bekanntschaft urtheilen darf, seine Thätigkeit mehr einem ernsten Fleiße und selbstverleugnender Arbeit im Dienste seiner Kunst, als einer unmittelbaren künstlerischen Begabung zu verdanken scheint. Mit lebendigem und scharfem Verstandniß seine Aufgabe erfassend und durchdringend und durch eine treffliche Routine vollkommen Herr seiner in vieler Hinsicht höchst schätzenswerthen Mittel, scheint ihm doch das zu fehlen, was den Künstler eigentlich zum Künstler macht: der Flug der Phantasie, die Innigkeit der Empfindung und der Dämon der Leidenschaft. Sein Organ ist wohlklingend aber trocken; es fehlt ihm das Zauchzen und die Thräne. Sein Vortrag ist klar und correct, aber schwunglos und namentlich in der Recitation des Verses oft geizert und schleppend. Sein Mienen- und Gebärdenpiel ist lebendig und charakteristisch, aber nicht frei von dem Vorwurf conventioneller Manier. Was ihn auszeichnet, ist der consequent und im Ganzen geschmackvoll ausgebildete Styl seiner Darstellung — ein Vorzug, um welchen die meisten unserer deutschen Mimen ihn mit Recht beneiden dürfen. Von unmittelbarer ergreifender Wirkung ist sein Spiel selten und fast nur in solchen Momenten, wo er von der unwiderstehlich hinreißenden Gewalt der Dichtung selbst, in Situation seiner Leistungen überragend der des bewußt Erstrebens und Reflectirens; wie denn auch ein älterer Kenner des englischen Theaters uns verifiziert hat, daß Mr. Phelps in seinen Darstellungen Shakespeare'scher Charaktere, und gerade in den gelungensten Momenten derselben, ein treuer, fast slavischer Nachahmer des großen Tragöden Macready sei.

Außer diesem Künstler zählt die englische Gesellschaft nur noch ein Mitglied von hervorragenden Fähigkeiten, Miss Atkinson, die Repräsentantin der weiblichen Nebenrollen, eine höchst glücklich begabte Naturalistin, deren reiches Talent durch die erste Disciplin einer edlen Schule zur Meisterschaft eines großen plastischen Stils hindurchgeführt zu werden, freilich noch bedürftig, aber auch würdig erscheint. Ihr Mienenpiel ist durch den nicht besonders schönen und auch wenig modulationsfähigen Ausdruck ihres Gesichtes einigermaßen beeinträchtigt. Dafür besitzt sie eine Gluth der Empfindung und ein Feuer der Leidenschaft, wie wenige ihrer Kunstgenossinnen. Der aufreißende Schmerz, der rachedürstende Zorn, die zähnefleischende Wuth, die tödtliche Verachtung, die vernichtet zusammenbrechende Verzweiflung; diese äußersten Extreme auf der Leiter der Leidenschaften sind es, deren hinreißender Ausdruck dem Zuschauer mit unwiderstehlicher Gewalt in die Seele bringt und alle die klangverwandten Saiten unseres Herzens erzittern



mit einer Frau, die wegen Ehebruchs mit ihm geschieden war, erzeugte mit ihr Kinder; er erklärte aber, er bereue sein früheres Leben und um sein Unrecht zu sühnen, wolle er jetzt die Person, mit der er Ehebruch getrieben und die jetzt ein Krüppel sei, heiraten. Will man diesen Mann deshalb tadeln? Auch die evangelische Kirche hat in solchen Fällen früher Dispens erteilt. — Der Abg. v. Mallindrodt hat die Civilehe die Legalisirung des Concubinats genannt. Aber im Mittelalter sah ja die Kirche sponsalia de praesenti, selbst claudesina, als eheliche Verhältnisse an und gab ihnen den kirchlichen Segen. Das eine solche Civilehe in der Volksmeinung mit einem Mafel belegt wird, das kann freilich kein Gesetz verhindern. Es ist zu wünschen, daß davon nur in Nothfällen Gebrauch gemacht wird. Dann hat man gesagt, das Gesetz involviere eine Provocation zur kirchlichen Zucht. Die katholische Kirche kennt einen großen und kleinen Bann. Aber eine Verhöhnung ist in der katholischen Kirche eben so wohl möglich wie in der evangelischen, in der nur Ausschluss von den Gnadenmitteln stattfindet. Die Kirche als Anstalt wird von menschlichen Händen verwaltet und selbst vom Urtheil eines Bischofs ist eine Appellation möglich. Das Gesetz, indem es das Gewissen schützt, erzielt dennoch nicht eine Herabziehung der Ehe, sondern die Heiligkeit der Ehe. (Bravo.) Es ist ein gutes, ein notwendiges, ein gerechtes Werk. (Bravo.)

Abg. Fubel: Die Gegner des Gesetzentwurfes hätten zum Theil sehr subjektive Gesichtspunkte geltend gemacht; man müsse aber nur fragen, was der Zweck des Gesetzes sei; der aber sei sehr einfach: Ermöglichung der Ehe für diejenigen, denen die Kirche ihren Segen verweigert. Statt dieses Zweckes stelle man nun ganz andere Forderungen an den Gesetzentwurf; man verlange von ihm, er solle den bestehenden Konflikt so beilegen, daß auch der Konflikt des Einzelnen mit seiner Kirche gelöst würde. Die katholische Kirche habe diesen Konflikt schon abgeschlossen; in ihr sei das Dogma zugleich Gesetz; in der evang. Kirche aber sei das Dogma nicht Gesetz und deshalb bestünde da der Konflikt noch fort. (Der folgende Theil der Rede, in welchem der Abg. F. diesen Gedanken weiter auszuführen scheint, verhallt bis zur Unverständlichkeit in dem lauten Gespräch einer Gruppe Abgeordneter, die unmittelbar unter der Journalisten-Tribüne zusammengetreten sind.) . . . Dann gebe es Gegner, welche die obligatorische Civilehe anpriesen. Ein großes Geschenk! Aber man müsse es ablehnen im Interesse derer, die sich nicht zwingen lassen wollen, eine neue Ehe, die sie bisher nicht gekannt haben, einzugehen. Wir haben sie gar nicht erbeten, würden diese sagen (rechts, sehr gut!); wenn also auch die obligatorische Civilehe die Konsequenz für sich habe, so müsse man doch im Sinne der Bevölkerung auf sie verzichten. — Ein anderer Gegner habe die Abhilfe vorge schlagen, man möge der evangelischen Kirche freies Spiel lassen; wenn aber jene kirchliche Genossenschaft besonders berücksichtigt werden sollte, so möge man bedenken, wie zahlreiche Gesetzesbestimmungen man dann erlassen müsse, eine für die evangelisch-lutherische, eine andere für die evang. reformirte Kirche, und noch eine andere werde wohl für eine neue evangelisch-lutherische Kirche nöthig werden (Heiterkeit). Derselbe Gegner habe auch auf die eblen Frauen Preussens verwiesen und dabei zugleich doch diese Angelegenheit für eine rein kirchliche erklärt; da dürfe er ihm doch wohl das alte Wort entgegenhalten: mulier taceat in ecclesia (großes Gelächter). Der einzig richtige Standpunkt sei der, den die Regierung eingenommen habe. Es sei das der Standpunkt der Rechtsverpflichtung gegen alle Staatsbürger, es sei — namentlich nach den Worten des Kultusministers, die ihm recht zu Herzen gegangen seien — der Standpunkt christlicher Toleranz (Zustimmung rechts); endlich komme der Gesetzentwurf aus einem wahren Interesse für die christliche Kirche (rechts: sehr wahr!). Was man in dieser Beziehung dagegen einwandte, das sei nicht stichhaltig; es gebe gläubige Christen, die aber keine rechtgläubigen seien, die aber darum doch ein Recht auf den Schutz des Staates hätten. Das vorliegende Gesetz werde einzelne Fanatiker beunruhigen (rechts: sehr gut!); und mit dieser Befonnenheit sei schon viel gewonnen. Das Gesetz sei endlich geistig verwandt mit jenem großen Werke, welches den Frieden in der evangelischen Kirche hergestellt habe, mit der Union, für die man dem hochseligen Könige zu dauerndem Dank verpflichtet sei (laute Zustimmung rechts). Aus allen diesen Gründen möge man dem Gesetzentwurf zustimmen.

Abg. Reichensperger (Selbern): Er habe nicht die Absicht gehabt, bei der allgemeinen Diskussion das Wort zu ergreifen, aber der Vortrag des ersten Redners veranlasse ihn doch dazu. Die Gegner des Gesetzentwurfes führten an, es bestünde nicht der Konflikt und ferner, die in der jetzigen Vorlage verjüngte Lösung entspreche nicht der Volksanschauung. Darüber, gebe er zu, lasse sich streiten. Aber jener Redner habe gesagt, man müsse einen Kampf auf Leben und Tod organisieren, das Aufbruchwort der Kirche, man müsse Gott mehr gehorchen, als den Menschen, müsse gebrochen werden. Solche Geistesblitze seien ganz gut; sie reinigten die Luft, und manchem in der Versammlung würde nun wohl das Auge geöffnet sein; wie sei es sonst möglich, daß eine durchdrachte geistreiche Rede so ganz ohne Eindruck habe vorübergehen können. Früher habe man wohl dazu gelächelt, wenn ein anderer Redner die Identität von Zwang und Freiheit behauptet habe, nie aber sei nach dieser Seite hin etwas Stärkeres gesagt worden, als heute. Offener Zwang sei gepredigt, derselbe Zwang, der in der Geschichte blutige Spuren zurückgelassen habe, bei dem man an die Namen Nero, Diocletian, und da hier auf England verwiesen sei, an Heinrich VIII. erinnere werde; derselbe Zwang, der im vorigen Jahrhundert in dem Rufe infame seinen Ausdruck gefunden habe, mit welchem die Encyclopädie gegen Königtum und Aukre zu Felde gezogen sei. Aber die Kirche habe sich stärker gezeigt als ihre Gegner, jenes Aufbruchwort werde leben mit dem alten Buche, aus welchem es stamme, und das Volk werde es sich nicht aus dem Herzen reißen lassen. — Man spreche von der Verfassung, und folgere aus Artikel 19, daß man, wenn man verfassungstreu sein wolle, für die Vorlage stimmen müsse. Aber die Verfassung eines Gesetzes in der Verfassung bedeute nicht, daß unter allen Umständen, und unter jeder Bedingung der betreffende Artikel zur Anwendung zu bringen sei. Man möge nur an den Artikel über die Ministerverantwortlichkeit denken; in der jetzigen Session sei von der Ausführung desselben mit keiner Silbe die Rede gewesen. Das Gerede von Verfassungstreue soll man also bei Seite lassen. Er wolle nur fragen, wenn denn das Gesetz zu Gute kommen werde. Doch nur denen, die in einer Kirche bleiben wollten, und ihr dennoch den Gehorsam verweigerten (links lebhafter Ruf: sehr wahr!).

Es gebe aber andere Auswege: man möge entweder gesetzlich bestimmen, daß wenn der kompetente Pfarrer die Trauung verweigere, dann die Trauung anderswo nachgesucht werden dürfe, oder aber man möge, wie die neulich hier in Berlin gechehen, für die betreffende Trauung dem kompetenten Pfarrer einen Substituten geben, damit werde man sich mehr im Einklange mit dem kirchlichen Volksbewußtsein finden, als mit der jetzigen Vorlage.

Abg. Scheller: Die Nothwendigkeit des vorliegenden Gesetzentwurfes folge weder aus Artikel 15 noch Artikel 19 der Verfassung, noch aus dem allgemeinen Landrecht; den Nachweis habe er in einer besonderen Darlegung gegeben, die er dem Präsidenten zum Abdruck im stenographischen Bericht überreichen wolle. (Präsident Graf Schwerin lehnt das ab.) Sollte ein neues Gesetz eingeführt werden, so bleibe nichts übrig, als die fakultative Civilehe. Gegen die obligatorische Civilehe habe er zwar nicht das hier geltend gemachte Bedenken, daß dieselbe im Lande auf vielfache Mißbilligung stöße, aber ein anderes, daß sie Kirche und Staat ganz trenne. Die fakultative Civilehe dagegen stelle die Interessen von Staat und Kirche völlig in Einklang.

Abg. Eckstein für den Gesetzentwurf: Er wolle sich nur einige wenige Bemerkungen, die durch die vernommenen Redner hervorgerufen seien, erlauben. Zunächst sei zu bemerken, daß diejenige Seite des Hauses, welcher man sonst so häufig Doctrinarismus vorwerfe, sich durchaus auf den praktischen Standpunkt gestellt habe, während die Seite des Hauses, die für sich den praktischen Boden in Anspruch zu nehmen pflege, völlig doctrinär aufgetreten sei. Man habe vom christlichen Standpunkte gesprochen, den man in neuerer Zeit nicht mehr den christlich-gemanischen nenne; ja man sei bis zu dem Zerbröckeln eines jüdischen Präsidenten des Oberkirchenraths gegangen, ein Zerbröckeln, das nur dadurch möglich geworden sei, daß der betreffende Redner den Artikel 12 der Verfassung völlig eskamotirt habe; dieser jüdische Präsident des Oberkirchenraths sei übrigens die einzige neue Zugabe zu der neuen Auflage der früheren Rede gewesen. (Heiterkeit.) Derselbe Redner habe in plastischer Weise ein Zwiegespräch geschildert, welches er mit seinen Wählern, seinen Bauern, werde zu führen haben; er habe gesagt, er werde sich schämen, ihnen sagen zu müssen, daß er ein solches Ehegesetz mitbringe; er habe gar keine Ursache sich dessen zu schämen. Der deutsche Bauer betrachte die Ehe mit dem Auge des Verstandes (Murren links, der Präsident bittet um Ruhe); er betrachte sie als eine Anstalt, das Vermögen zu vergrößern, eine tüchtige Wirthin ins Haus zu bringen; er wolle nur daran erinnern, daß in manchen Gegenden auf dem Lande das Heirathslied ein förmliches Gewerbe geworden sei. Dieses Verhältniß aber werde durch das Zusammenleben, durch die gemeinsame Sorge fester geschlossen als durch den kirchlichen Segen. Diese Anschauung von der Ehe entspreche auch vollständig dem deutschen Alterthum; das Bild der Volks-Anschauung sei die Sprache; „vermählen“ heiße beehren, die Ehe beehren; „Hochzeit“ bedeute eigentlich jeder Festtag, und das Wort sei erst im Laufe der Zeit zu seiner jetzigen Bedeutung gekommen. Der geschichtliche Verlauf lehre, daß die Vorwürfe, welche der Gesetzesvorlage gemacht worden seien: dieselbe rüttelte an der hundertjährigen Sitte, ja man habe sogar gesagt, an der achtzehnhundertjährigen Tradition unseres Landes, unbegründet seien. Ebenso unbegründet sei es, daß die Civilehe ein Produkt der französischen Revolution sei. Schon gestern habe der Abg. v. Britznitz nachgewiesen, daß die kirchliche Einsegnung erst seit dem 16ten Jahrhundert allgemein eingeführt worden sei. In der griechischen Kirche habe erst Kaiser Leo die kirchliche Einsegnung angeordnet; im Abendlande sei die Einführung der kirchlichen Trauung schneller geschehen, namentlich in den germanischen Ländern, wie in Island und Scandinavien. In Deutschland sei das Verlangen der Kirche auf einen heftigen Kampf gestossen; im achten Jahrhundert sei zunächst die öffentliche Beschließung angeordnet worden, entsprechend dem Gange unseres Volkes nach Heftigkeit überhaupt, tam nobiles quam ignobiles solvere ihre Ehen öffentlich schließen, das bedeute aber: Freie und Unfreie. (Heiterkeit.) Die kirchliche Beschließung zerfalle in zwei Theile: Aufgebot und geistliche Einsegnung. Die Nothwendigkeit des geistlichen Aufgebots sei erst 1215 auf einem Lateranconcil für Deutschland erst auf einem Concil zu Trier am Ende des 13ten Jahrhunderts beschloffen worden. In Halle habe man sich noch im 15ten Jahrhundert gegen das kirchliche Aufgebot gestraut. Noch später sei die kirchliche Einsegnung allgemein worden. Das Alter dieser Institution dürfe man also nicht so hoch anschlagen. Noch 1548 habe die katholische Kirche sich gegen diejenigen erklärt, welche die Ehe nicht kirchlich einsegnen ließen; dies beweise, daß damals die kirchliche Einsegnung noch keineswegs allgemein gewesen sei. Eine kirchliche Einsegnung nach der Beschließung, nach dem Beilager, sei damals so häufig vorgekommen, namentlich unter den höheren Ständen. Erst 1420 sei auf dem Salzburger Concil die Einführung der kirchlichen Einsegnung vor dem Beilager beschloffen worden; das Volk aber habe lange Zeit dieser Institution jede Theilnahme verweigert, und die katholische Kirche habe sich damit begnügt, wenn innerhalb eines Monats nach der Beschließung die kirchliche Einsegnung vor Augen vorgenommen worden sei. Luther habe wesentlich dazu beigetragen, die Auffassung von der Allgemeinheit der Einsegnung, auch in der katholischen Kirche zu verbreiten. (Hört! Hört!) In der protestantischen Kirche sei noch 1551 eine Hochzeit ohne Trauung vorgekommen, und die nürnbergische Kirchenordnung von 1553 gestatte noch eine bürgerliche, auf dem Rathhause geschlossene Ehe. Die gegenwärtige Gesetzesvorlage sei daher nur die Anbahnung zur Wiedereinführung einer echten deutschen Volkskirche. Wenn die Kirche Jahrhunderte gebraucht habe, bevor diese alte Sitte verdrängt worden sei, wenn nun die kirchliche Trauung Volkskirche geworden sei, so werde die letztere durch die Einführung der fakultativen Civilehe nicht verdrängt werden, und das von den Gegnern erhobene Zetergeschrei sei grundlos. (Bravo rechts.) So lange es christliche Schulen, christliche Pfarrer, und vor allem, so lange es christliche Eltern gebe, werde es auch eine christliche Ehe geben. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Jonas verzichtet auf das Wort.  
Abg. v. Auerwald (Hofenberg): Der Abg. Reichensperger (Selb.) habe gesagt, die Einführung der Civilehe sei ein Angriff auf eine 1800jährige Tradition; er wundere sich, daß ein so gelehrtes Mitglied dergleichen gesagt habe, da es doch bekannt sei, daß Christen Jahrhunderte lang gelebt hätten, ohne die geistliche Trauung zu kennen. So sei es zu den Zeiten der Kirchenväter, ja, zu den Zeiten der Apostel gewesen; und deren Ehen werde man doch wohl den

Begriff einer wahren Ehe zuerkennen und sie nicht mit dem Abgeordneten für Albus (v. Mallindrodt) für Concubinate halten (Bravo rechts). Der Abg. für Nauarg (v. Wandenburg) habe, wohl nicht ohne bestimmte Personen im Auge zu haben, gemeint, den Verteidigern der Civilehe liege es ob, zwischen ihrem Gewissen und dem leicht zu erzielenden Beifall dieses Hauses zu wählen. Er habe wohl nicht an den schmerzlichen Vorwurf, an die große Härte gedacht, welche in seinen Worten liege, eine Härte, die viele erleuchtete und gewissenhafte Männer außerhalb des Hauses, ja, um ohne Rücksicht zu sprechen, den erhabenen Vizepräsidenten der Kabinettsordre vom 8. Juni 1857 auch treffe, der Vorwurf, daß sie weniger kirchliches, ja weniger christliches Interesse hätten, als die Gegner der Gesetzesvorlage. Er beklage, daß die Vorlegung eines solchen Gesetzentwurfes nothwendig geworden sei; er könne sich darüber nicht so leicht trösten, wie der Vorredner; er beklage es, weil er der Ansicht sei, daß jeder bedeutende Akt, wenn er zum Segen gereichen solle, nicht anders als mit Gott angefangen werden dürfe (Bravo!). — Da sich kein Redner mehr zum Wort gemeldet hat, so ist die Diskussion geschlossen, und es beginnt eine Reihe von persönlichen Bemerkungen, vor deren Eröffnung der Präsident bittet, sich streng innerhalb der Schranken einer persönlichen Bemerkung zu halten, damit er nicht genöthigt sei, die Redner zu unterbrechen.

Abg. Graf Renard: Der Abg. v. Rönne (Westhavelland) habe seinen gestrigen Vortrag indirect als eine Capucinate bezeichnet; er nehme in dieser Frage, in welcher verschiedene Standpunkte möglich seien, den Standpunkt des Gefühls ein; er habe aber geglaubt, von einem preussischen Geheimen Rath eine andere Anschauungsweise erwarten zu dürfen, als die, welche in jenem Abdruck liege; denn die Liebesswürdigkeit, durch welche sich die Sitten unseres Privatlebens auszeichneten, brauche doch auch im öffentlichen Leben nicht zu verschwinden. Der Justizminister habe ihm Inconsequenz vorgeworfen, weil er im Jahre 1849 jenen Antrag wegen Einführung der fakultativen Civilehe mitunterzeichnet habe; man dürfe einen einzelnen aphoristischen Akt nicht aus dem Zusammenhange reißen. 1849 sei hier eine andere Majorität gewesen; die parlamentarische Nothwendigkeit habe damals Manches geboten, was jetzt nicht nothwendig sei. Man werde es ihm, einem alten Manne, nicht zumuthen, daß er sich des ganzen Vorganges noch genau entsinnen solle; es sei möglich, daß er den Antrag zwar unterstützt habe, im Princip aber mit demselben gar nicht einverstanden gewesen sei; es komme ja vor, daß man dies thue, bloß um eine Debatte über den Gegenstand herbeizuführen. Endlich habe der Kultusminister gesagt, die Debatte sei mit Würde geführt worden, mit einer einzigen Ausnahme; wenn mit dieser Ausnahme das geistliche Mitglied für Halle gemeint sei, so habe er nichts dagegen; wenn jene Aeußerung aber sich auf ihn beziehe, so müsse er darauf erwidern, daß er jede Anschauungsweise, die sich in dem Hause geltend mache, für vollkommen gleich halte; die Majorität im Lande sei aber nicht so hoch gebildet, wie der größte Theil des hohen Hauses; er habe im Sinne dieser Majorität, eben so im Sinne der Frauen gesprochen und geglaubt, deren Anschauungen zur Sprache bringen zu müssen.

Abg. Mathis (Barnim): Die Zeitungen hätten irrig berichtet, er habe eine Aeußerung des Abg. v. Wandenburg als einen nichtwürdigen Angriff bezeichnet, während er die Worte „nicht würdig“ gebraucht habe.

Der Präsident bestätigt die Aeußerung des Abg. Mathis.

Abg. v. Wandenburg: Es falle ihm nicht ein, die Christlichkeit der Verteidiger der Civilehe in Frage zu stellen, über die Cabinetsordre vom 8. Juni 1857 werde er sich bei der Spezialdebatte aussprechen.

Abg. v. Rönne (Westhavelland): Seine Aeußerung in Bezug auf die Rede des Grafen Renard habe er nur im lebhaftesten Gefühl für die Würde der Sache gethan; der persönlichen Liebesswürdigkeit des Grafen Renard habe er nicht zu nahe treten wollen.  
Nach einigen weiteren persönlichen Bemerkungen des Abg. v. Ammon gegen eine Aeußerung des Abg. Osterrath und des Abg. Reichensperger (Selb.) beginnt der Berichterstatter Abg. Wenkel sein Schlussreferat: Nach einer zweitägigen Debatte werde man eine Wiederholung der sämtlichen für und gegen den Gesetzentwurf vorgebrachten Argumente von ihm nicht erwarten. Den Gedankengang der Commission habe der Abg. v. Mallindrodt mit großer Schärfe und Präcision, wenn er auch zu einem anderen Resultat komme, dargestellt. Als Ausgangspunkt sehe die Commission den Art. 19 der Verfassung an; dies sei der Haupt- und wichtigste Punkt; er müsse deshalb auf die in dieser Hinsicht erhobenen Einwendungen zurückkommen. Regierung und Commission sehen den Art. 19 als das notwendige Correlat von Art. 15 an. Der Vorschlag der Regierung enthalte die eheliche und offene Ausübung des Art. 19. Man wende dagegen ein, wie dies namentlich vom Abg. Reichensperger (Selbern) gechehen sei, Art. 19 könne nicht ausgeführt werden, da Art. 15 noch nicht ins Leben getreten sei. Darauf sei zu erwidern, der Staat proklamire die Selbstständigkeit der Kirche, indem er dieselbe aus seiner Bevormundung lasse, ihre Organisation müsse die Kirche in sich allein abmachen. Wenn man sich an den Art. 15 halte, so besitze die katholische Kirche bereits ihre Organisation, ein Fundament, so daß sie in der Lage sei, von Art. 15 Gebrauch machen zu können; mit der evangelischen Kirche sei das nicht der Fall; diesen Uebelstand bewende der Gesetzentwurf zu beilegen. Gegen die fakultative Civilehe wende man ferner ein in Beziehung auf Art. 19, jener Verfassungsbestimmung entspreche nur die obligatorische Civilehe; der Justizminister habe aber nachgewiesen, wie bei der Umgestaltung dieses Artikels die Frage über die Form der Civilehe offen gelassen sei, so daß auch die fakultative dem Art. 19 nicht zuwider sei. Der Justizminister habe ferner verschiedene Amendements mitgetheilt, die schon damals für die fakultative Civilehe sich ausgesprochen hätten. Alle Einwände gegen die fakultative Civilehe seien unwichtig, weil sie von dem falschen Gesichtspunkte ausgingen, daß ein Zwang durch sie ausgeübt werden solle.

In dem Berichte wie in den Reden der Staatsminister sei auf einen unerträglichen Konflikt hingewiesen, der eine Lösung unumgänglich nöthig mache. In dem Berichte scheint die Ansicht der Kommission bestimmt niedergelegt, daß Zwang gegen die betreffenden Geistlichen unzulässig sei. Die Thatfache, daß von Staat 2000 Personen nach Lage der Sache nicht den Weg eröffnen könne, von dem geistlichen Rechte der Wiederbekehrung Gebrauch zu machen, beweise das Vorhandensein eines dringenden Bedürfnisses. Das habe man bei (Fortsetzung in der Beilage.)

macht. Die weichen zarten Mitteldöne einer warmen Innigkeit dagegen scheinen der Künstlerin, wo nicht zu verfallen, so doch viel schwerer, und unsicherer anzugeben.

Die übrigen Mitglieder der Gesellschaft sind mehr oder weniger mittelmäßige, aber fast ohne Ausnahme anständige und brauchbare Schauspieler, deren Tüchtigkeit weit über dem Niveau dessen steht, was sonst ausländische Truppen, die um eine hervorragende Künstlergröße geschaart, hierher gekommen sind, uns oft zu bieten gewagt haben. Was uns an den Darstellungen der englischen Gesellschaft am meisten imponirt, ist das sinnige Verständniß, mit welchem alle bisher gegebenen Stücke in Scene gesetzt waren, und die Trefflichkeit des Zusammenspiels, offenbar hervorgegangen aus einer wahrhaft künstlerischen Ehrfurcht gegen die Majestät der Dichtung und einer selbstverleugnenden Unterordnung unter den Zweck des großen Ganzen, in welcher diese Fremden allen mehr oder weniger berühmten Künstlern unserer deutschen Bühne ohne Ausnahme als ein nachahmungswerthes Beispiel hingestellt zu werden verdienen. E. Dohm.

### Kunst und Literatur.

[Ein großer Porträtmaler.] Als solcher wird uns Gustav Ricard in Paris von dem Dichter Moriz Hartmann geschildert. Durch das Portrait der Mad. Sabatier wurde Ricard in Paris über Nacht aus des gloires de la France. Das Bild war noch auf der Staffelei, als man schon in allen Ateliers von der Wiederauffindung der italienischen Farbe sprach. Die Maler eilten herbei, um es zu sehen und um nicht zu gesehen, daß sie es studiren wollten, wie man auf einer italienischen Reise studirt. Kein anderes Bild vermochte die Aufmerksamkeit der Kenner von der Dame mit dem Händchen auf dem Schooße, mit den klaren Augen, mit dem Stumpfnäschen abzuheben. Ricard hatte das Problem gelöst, wie man ein Portrait mit jenem historischen Reiz, mit jener Unfähigkeit ausstattet, die sonst nur die Portraits der großen Zeit auszeichnen. Mit diesem einen Portrait stellte er sich hoch über die meisten Porträtmaler unseres Jahrhunderts; er manifestirte sich darin wie die Giorgione, Titiane, Velasquez, Van Dyck, wie alle größten und wahrhaft großen Porträtmaler als Historienmaler. Der aber ist der wahrhaft große Porträtmaler, der erkennt oder erfühlt, daß sich in jedem Gesichte, wie die Sonne im Taurotropfen, die ganze Zeit abspiegelt; weiß er es mit dieser Widerspiegelung wiederzugeben, dann hat er sich zum Range eines Historienmalers aufgeschwungen, und erzählt uns und der Nachwelt mit einem Gesichte

mehr, als eine große Feinwand voll Haupt- und Staatsaktionen zu erzählen vermag. Moriz Hartmann rühmt von Ricards Studienköpfen den sogenannten deutschen Studentenkopf, den vielbewunderten weiblichen Rothkopf, das Zigeunermädchen, den gefallenen Engel, die unheimliche Dame, ein Bild, welches sogar das Motiv zu einem Roman wurde. Frau von Calergi, von der schwer zu sagen, ob sie mehr Künstlerin oder schöne Frau ist, das trefflichste Modell für die größten Koloristen, die Grine so bizarr als weiße Elefanten, Theophile Gautier nicht minder barok als Symphonie blande besungen hat, malte Ricard zweimal, einmal wie sie, ein andermal wie er es gewollt. Das zweite Exemplar ist ein Bild geworden, dessen sich Paul Veronese gerühmt haben würde. Noch auf ein anderes großes und glänzendes Portrait Ricards kommt Hartmann zu sprechen. Es ist dies das Portrait des Mannes, der den Muth hatte, Tacitus Lügen zu strafen, er, der selber ein großes Stück bestätigenden Commentars des unglücklichen Römers darstellte; es ist das Portrait des Präsidenten des Senats, des Herrn Troplong. Wir sagen Nichts darüber, nur daß Ricard hier mit einem meisterhaften Bilde ein so wahres Stück Geschichte geliefert, wie irgend Jemand, der in diesem Augenblicke im Geheimen taciturne Memoiren schreibt.

[Ueber Land und Meer!] Unter diesem Titel giebt Hackländer eine „Allgemeine illustrierte Zeitung“ heraus, deren vorliegendes erstes Quartal sich durch Reichhaltigkeit des Inhalts und ansprechende Illustrationen auszeichnet. Hackländer's gewandte Feder, welche über einen an Dickens erinnernden Humor gebietet, bringt eine Erzählung: „Tag und Nacht“. Außerdem ist durch die Uebersetzung eines englischen Romans für das Unterhaltungsbedürfnis des Publikums gesorgt. Auch das Notizenbuch, die Chronik des Tages in Kunst und Literatur ist reichlich ausgestattet. Außerdem bringt das „Tagebuch der Redaktion“ Berichte über hervorragende Erscheinungen und Begebenheiten mit dem fashionablen Salonfrüh. Zur Kunde der Volkskisten finden wir angemessene Beiträge und Bilder. So ist die neue „Illustrirte Zeitung“ allen denjenigen zu empfehlen, welche in derartigen Werken nicht nur Belehrung, sondern auch eine durch mancherlei Arabesken doppelt angeregte Unterhaltung suchen.

### Miscellen.

[Sport.] Zu dem wiener Preiswettrennen, welches am 15. Mai eröffnet wird, haben sich folgende Theilnehmer angemeldet: Für das

Eröffnungrennen mit dem Vereinspreise von 100 Dukaten Graf Lazar Hendel von Donnersmarkt, Fürst Franz Liechtenstein, Graf Hugo von Hendel-Donnersmarkt, Graf Alfred Zichy, Graf Octavian Rinský mit zwei Pferden, Fürst Paul Esterhazy mit zwei Pferden, Graf Joseph Hunyady, Graf Gaschin; für den Kaiserpreis von 1000 Dukaten: Graf Lazar Hendel von Donnersmarkt, Graf von Alvensleben, Graf Renard, Graf Arthur Hendel von Donnersmarkt, Graf Stephan Batthyany, Graf Octavian Rinský, Graf Paul Palfy, Graf Joseph Hunyady, Graf Rudolph Bentheim v. Hasberg und v. Heydebrand; für den Liechtenstein-Preis von 500 Fl.: Graf Harrach, Fürst Franz Liechtenstein, Graf H. v. Donnersmarkt, Graf St. Batthyany, Graf Alfred Zichy, Graf Mich. Esterhazy, Graf Oct. Rinský, Fürst Paul Esterhazy, Graf Almay; für den Graf Harrach-Preis von 50 Stück Dukaten nebst Bahnpreise: Fürsten B. Auerberg, F. Liechtenstein, Grafen M. Esterhazy, Oct. Rinský, Rud. Bentheim; für den Wiener-Bürger-Ehrenpreis im Werthe von 3500 Fl.: Fürst Paul Esterhazy, Graf R. Bentheim, Hugo v. Hendel-Donnersmarkt, St. Batthyany, Oct. Rinský, D. Teleki und v. Inkey; für den Kaiserpreis mit 600 Dukaten: Fürsten Auerberg, F. Liechtenstein, P. Esterhazy, Grafen Bentheim, Harrach, H. v. Donnersmarkt, Oct. Rinský, Jos. Hunyady, D. Teleki und Sig. v. Inkey; für den Damenpreis sind 6, für den Handicappreis 17 Theilnehmer angemeldet.

[Die Schönheiten der Krinoline.] Der alte Graf von Grey hat in der letzten Versammlung der British Institution eine Ansprache an die anwesenden Damen gehalten, worin er in humoristischer Weise die Krinoline angreift. „Er tröste sich mit dem Glauben“, sagte er, „daß der Kern besser sei, als die moderne Hülse. Er sei zwar auch ein Freund des schönen Baufleises, allein eine Diertonne sei als menschliche Wohnung gewiß nicht schön; zwar halte auch er einen guten festen Grundbau in Ehren, aber Plattfüße, wie sie die modernen Stahlgitter erzeugen müßten, seien keine Liebhabe nicht.“ Schließlich hat er die Damen, welche eine ganz andere Rede erwartet hatten, um Verzeihung, daß er sie so überumpelt habe, und versichert ihnen, daß sie, trotz Reifrock seine Achtung nicht verlieren, ohne diesen aber sehr in derselben steigen würden.

### Mit zwei Beilagen.



(Fortsetzung.)  
stritten und zugleich auf das in Berlin vorgenommene Faktum verwiesen, wonach ein Geistlicher für den andern zur Vornahme des Aufgebots substituirt worden. Daß gerade der Abgeordnete für Gelnhausen (Reichenperger) dies angeführt, nehme ihn Wunder; er wisse sonst zu schiden, was zu scheiden sei; in der Kirche dürfe der betreffende Unterabene die Befehle seiner Obern nicht unwirksam machen mit dem Spruche: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ keine Kirche sei ohne Obere und Gehorham ihrer Organe gegen diese denkbar. Nun könne man doch nicht den Obern und der Staatsgewalt zumuthen, in jedem einzelnen Falle Ausnahme zu treffen. Dann habe man auf den jedem zustehenden Weg des Austritts aus der Kirche verwiesen. Zwingen man aber einen, aus der Kirche auszutreten, damit er beirathen könne, so sei das gegen die Gewissensfreiheit. Wer das Bedürfnis leugne, müsse einer oder der andern der widerlegten Anschauungen angehören. Im Hause würden diese Anschauungen keinen Anklang mehr finden. — Die Anhänger der obligatorischen Civilehe hätten als politische Männer das zur Zeit nicht gewollt, was nicht zu erreichen sei. Das entbinde ihn, die Kommission dagegen zu rechtfertigen, daß sie die fakultative und nicht die obligatorische Civilehe vorgeschlagen. Sie habe sich hierzu entschlossen, um nicht durch Civilstandsregister-Einführung dem Volke ungelegte Lasten aufzuerlegen. Dem Abg. für Pöppeln müsse er erwidern, daß in jener Gegend die meisten Schulen nicht schreiben könnten, und man ihnen eine so wichtige Arbeit, die auf Jahrhunderte wirksam sei, nicht anvertrauen könne. Die Kommission befände sich mit der Staatsregierung auf gleichem Boden hinsichtlich der fakultativen Ehe. — Der Abg. Mallinckrodt habe der Kommission den schweren Vorwurf gemacht, daß dieselbe einen Hohn gegen die katholische Kirche ausgesprochen. Aber der Staat habe einmal die Anschauung nicht, daß die Ehe ein Sakrament sei. Der bürgerliche Standpunkt der Ehe sei sowohl im Code Napoléon, dem ja der Abg. zugestehet, daß er die Kirche ignore, nicht negire, wie der vorliegende Gesetzentwurf thue, als auch im preussischen Gesetzbuch gewahrt. Der Abg. Graf Renard, der die Grundzüge der Verfassung als Pflichten bezeichne, habe das wohl nur im Jribum gethan, indem er an die Reden für seine Wähler gedacht (Bravo! Gelächter). Seine Wähler würden ihn gewiß mit dem größten Beifall anhören, mit größerem als diese schon vom Stenographen angefertigte Verammlungen; sie würden ihn aber fragen, ob der Grundfah von der Heiligkeit der Ehe auch eine Pflicht sei (Gelächter, Bravo). Den etwaigen Angriffen auf die fakultative Civilehe werde er bei der Spezialdebatte mit genügendem Material entgegenreten. — Schluß der Sitzung 3½ Uhr; nächste Sitzung morgen 12 Uhr; Tagesordnung: der Gesetzentwurf über die Rhein-Nahe-Bahn.

#### L. C. C. Sechszehnte Sitzung des Herrenhauses.

Beginn der Sitzung 12½ Uhr.  
Am Ministertische: Fürst zu Hohenlohe, v. Bonin, v. Patow, v. d. Heydt, Graf Büdler und einige Regierungs-Kommissare.  
Der Präsident Prinz Hohenlohe begrüßt das neu eingetretene Mitglied Prof. Baumgarten; derselbe ist der zweiten Abtheilung zugewiesen.  
Der Handelsminister v. d. Heydt überreicht dem Hause schon heute den Gesetzentwurf, betr. die Zinsgarantie für die Rhein-Nahe-Bahn. Der Entwurf sei dem andern Hause zuerst zugegangen, aber noch nicht erledigt; schleunige Erledigung scheine der Staatsregierung aber wünschenswerth. Der Gesetzentwurf geht an die Finanz-Kommission.  
Der Präsident theilt mit, daß das Gehege demnächst zu erwarten sei; er werde die Wahl der begünstigten Kommission veranlassen. — Der schon erwähnte Antrag des Grafen Jhenpitz, betr. die Matriculation der bäuerlichen Nahrungen, wird verlesen und der Agrar-Kommission zugewiesen. — Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen geht das Haus zum ersten Gegenstand der Tagesordnung über: zu dem Gesetzentwurf, betr. die Erhöhung der Kronrenten. Die Kommission beantragt unveränderte Annahme des Gesetzes.  
Berichterstatte Dr. Brüggemann: Er enthalte sich jeder Motivirung, da er nicht bloß die Hoffnung, sondern auch das Vertrauen habe, daß das Gesetz einstimmige Annahme finden werde.  
Nachdem das Haus ohne Diskussion das Gesetz einstimmig angenommen, erhebt sich der Präsident mit den Worten: Meine Herren! In ungefähr sechs Monaten hat die Landesvertretung zu wiederholtenmalen die Gelegenheit wahrgenommen, durch Einstimmigkeit ihre Treue, ihre Liebe zu dem König, dem Regenten und dem ganzen Königshause an den Tag zu legen. Diese Einstimmigkeit möge erlitten im ganzen Lande, sie mühte getragen werden bis zu jenem fernen Lande, wo der König weilt, damit er sich sagen könne, daß sind die alten Preußen, einig in der Liebe zum König, zu dem von ihm eingekerkerten Regenten und zu dem Königshause. Gott erhalte diese Einigkeit noch lange! (Der Präsident sprach die letzten Worte mit großem Nachdruck.)  
Der neunte Jahresbericht des Handelsministers über den Fortgang des Baues, beziehungsweise des Betriebs der Ost-, Westfälischen und Saarbrücker Eisenbahn wird nach dem Antrag der Finanz-Kommission einstimmig für erledigt betrachtet. — Es folgt der Bericht der vereinigten Justiz- und Handels-Kommission über den Gesetzentwurf wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Rheinischen Handelsgesetzbuches.  
Zur allgemeinen Diskussion empfiehlt Laub die Annahme des Gesetzes, welches in der Rheinprovinz einem tief gefühlten Bedürfnisse abhelfe. Graf Rittberg schließt sich dieser Bitte an, und weist noch darauf hin, daß dieses Gesetz die Rheinische Gesetzgebung mit der in den alten Provinzen geltenden Concurs-Ordnung von 1855, welche sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon vielen Beifall erworben habe, in Uebereinstimmung bringe. Nachdem der Referent v. Daniels den Antrag der Kommission befürwortet, wendet man sich zur Spezial-Diskussion.  
Die Kommission beantragt die unveränderte Annahme der Vorlage in der Fassung des andern Hauses; nur bei Art. 446 will sie die Ablehnung eines im Hause der Abgeordneten beschlossenen Zusatzes, und schlägt folgende Fassung dieses Artikels vor: „Dagegen können diejenigen gültig erworbenen Privilegien, von denen die Art. 2103 und 2111 des Civilgesetzbuches handeln, sowie die Privilegien des öffentlichen Schakes, Art. 2098, innerhalb der zu ihrer Bewahrung gestatteten Fristen auch nach der Fallimentsordnung wirksam eingetragen werden.“  
Bauerband empfiehlt die Fassung des andern Hauses, während Graf Rittberg und Reg.-Commissar Geh. Justizrath Weber der Kommission zustimmen, da die von ihr vorgeschlagene Fassung materiell mit der des andern Hauses übereinstimme, dabei eine präciser Form habe, und Mißverständnissen, wie sie bei der andern Fassung möglich, vorbeuge. Der Antrag der Kommission wird mit großer Mehrheit angenommen. Die übrigen Artikel geben zu keiner Diskussion Anlaß und das Gesetz wird im Ganzen angenommen.  
Vize-Präsident Graf Stolberg übernimmt auf wenige Minuten den Vorsitz.  
Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanz-Kommission über die Petition der Ältesten der Kaufmannschaft zu Magdeburg wegen Ermäßigung der Elbzölle. Die Kommission beantragt einstimmig Ueberweisung der Petition an die Staatsregierung zur Berücksichtigung.  
Berichterstatte Haffelbach (Ober-Bürgermeister von Magdeburg): Die Petition wendet sich gegen die unbillige Belastung einer der besten Wasserstraßen unseres Vaterlandes, die dadurch fortbauert, daß die Regierungen von Hannover, Mecklenburg und Lauenburg sich berechtigt halten, die Zölle fortzuerheben, welche geeignet sind, die Schifffahrt von der Elbe gänzlich zu vertreiben. Die Zölle datiren aus der Zeit der tiefen Zerrüttung Deutschlands, wo die Gewaltthäter den Vorüberfahrenden einen Tribut auflegten. National-ökonomisch sind diese Zölle deshalb nicht gerechtfertigt, da sie nicht den Erwerb, sondern die Mittel zum Erwerb treffen. Die wiener Congreß-Äkte hat in den Artikeln 108 bis 116 die Freiheit der Stromschifffahrt zur Beförderung des Handels ausgesprochen. Für einzelne Flüsse wurden seitdem Vereinbarungen getroffen; was die Elbe anbetrifft, so ist bis auf den heutigen Tag vergeblich verhandelt worden, indem jene drei Regierungen sich berechtigt halten, aus dem Elbzoll eine ergiebige Finanzquelle zu machen, während Oesterreich, Sachsen und Preußen eine erhebliche Ermäßigung der Zölle anstreben. Die Petenten weisen nach, daß auf der Strecke von Hamburg nach Meinit nicht weniger als 1 Thlr. 3 Sgr. und einige Pfennige von dem Zoll-Centner Zoll erhoben wird, ein Betrag, der dem Frachtag der Eisenbahn von Hamburg nach Leipzig übersteigt. Ich will auf die Zahlen nicht näher eingehen, da die Fakta, welche die größten Anomalien erweisen, nicht bestritten werden. Der Artikel 109 der wiener Congreß-Äkte sagt, daß die Flüsse auf ihrem ganzen Laufe frei sein sollen, und Art. 111 bestimmt, daß man die Heilstellung der Tarife durch Erleichterung den Handel zu beleben suchen solle. Ich frage nun, ob man noch von Freiheit des Handels sprechen kann, wenn die Zölle so hoch sind, daß alle diejenigen Artikel, welche dem ganzen Normalzoll, ja auch diejenigen, welche nur dem halben Normalzoll unterliegen, von der Elbe gänzlich verdrängt werden? Diese Zölle kommen einem Verbote fast gleich, wenigstens haben sie dasselbe Resultat zur

Folge: die Verdrängung der Elbe. (Der Redner citirt, um die Abnahme des Elbverkehrs zu constatiren, ein Beispiel, wonach von einem Artikel im J. 1827 über eine Million Centn., 1857 nur 67,000 Centn. die Elbe passirten.) Soll sich, m. H., die preussische Regierung ferner gefallen lassen, daß der Congreß-Äkte zum Trost, der Wohlthat des Elbhandels entgegengehandelt wird? Ich weiß nicht, mit welchem Rechte und auf welche Deductionen gegründet jene Regierungen ihre Zölle noch erheben; den Grund, den ich äußerlich vernommen, daß man sagt; durch die Elbschifffahrts-Äkte sei die wiener Congreß-Äkte ausgeführt, kann ich nicht gelten lassen. Bei der im Herbst des vor. Jahres zusammengetretenen Elbschifffahrts-Revision-Commission hat unsere Regierung leider wiederum vergeblich, eine wesentliche Ermäßigung der Zölle angestrebt; sie kann eine solche Ermäßigung mit um so größeren Rechte fordern, als sie jederzeit der Freiheit der Flußzölle Rechnung getragen und den völlerrechtlichen Verträgen genügt hat; ich erinnere dieherhalb nur an die Uebereinkunft mit den Rheinvertragsstaaten wegen der Rheinbrücke zu Köln, und an die Entschädigungen, welche an die Rheinschiffer gezahlt werden. Es ist gesagt worden, man solle die Regierung nicht drängen. Ja, das „nur nicht drängen!“ scheint gewissermaßen ein Axiom der Staatsweisheit geworden zu sein; aber meiner Ansicht nach kann es der Regierung nur lieb sein, wenn sie den Drang an Diejenigen weiter giebt, denen er eigentlich gilt. Es ist nicht unsere Absicht, die Bestrebungen der Regierung zu durchkreuzen, sondern sie in ihrem Bestreben, die Aufhebung, oder vielmehr die endliche Ermäßigung der Elbzölle herbeizuführen, zu unterstützen. Ich habe die volle Ueberzeugung, daß, wie die Sachlage ist, der Regierung die Mittel nicht fehlen werden, um zum Ziele zu gelangen, und ich habe das Vertrauen, daß sie nichts unterlassen wird, um das vorgedachte Ziel zu erreichen. Ich will es nicht leugnen, es ist für den Vaterlandsfreund schwer auszusprechen, daß auch in dieser Frage wieder sich die Uneinigkeit der deutschen Regierungen zeigt. Die Elbe richtet sich wieder nach England, das der hannoverischen Regierung bereits den Stadel-Zoll gründlich hat, und dessen Presse sich schon jetzt mit dem vorliegenden Gegenstande sehr lebhaft beschäftigt. (Der Redner verliest einige Zeitungstellen.) Mit Schmerz habe ich die Urtheile der englischen Blätter gelesen; denn ich glaube nicht, daß es den deutschen Regierungen Ruhm einträgt, wenn das Ausland sich hineinmischet, um uns zu befreien. Als der Vertreter des wichtigsten Handelsplatzes an der Elbe, der Ober-Bürgermeister Hering, am 29. März 1855 hier auf dieser Tribüne für die Abschaffung des Stadelzolls sprach und dabei sagte: „wenn auch die verschiedenen Provinzen verschiedene Interessen hätten, so mühten wir doch — eingedenk, daß wir nur einen König und ein Vaterland haben — gemeinschaftlich handeln.“; da fand dieser Appell hier Zustimmung, und auch ich widerstehe mich nicht, obwohl ich mußte, daß die Aufhebung des Stadelzolls nicht nur nicht nützlich, sondern nachtheilig auf den Elbhandel einwirken werde. Deshalb, m. H., nehmen Sie sich, nachdem die übrigen Flüßzölle (bis auf den Rhein) vollständig beseitigt sind, der Petition an; constatiren Sie, daß eine Calamität und Nothstand vorbanden, und Abhilfe dringend nothwendig.  
Handelsminister v. d. Heydt: Die Regierung kann es nur mit Befriedigung vernehmen, daß ihre Bestrebungen für Ermäßigung der Elbzölle auch hier Anerkennung finden; sie hält sich verpflichtet, die Erreichung des Zieles auch ferner anzustreben, und stimmt dem Antrage der Kommission zu. — Dieser Antrag wird darauf angenommen.  
Der Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung der Legation-Ordnung für die Grafen von Tecklenburg und Ober-Lingen, ferner der Gesetzentwurf, betr. die Gewährleistung wegen verborgener Mängel bei dem Verkauf und Tausch von Hausstücken im Bezirk des kaiserlichen Appellhofes werden ohne Diskussion in der vom andern Hause beschlossenen Fassung angenommen.  
Schluß der Sitzung 10 Minuten nach 2 Uhr. Nächste Sitzung morgen 12 Uhr.

z Berlin, 8. April. Man kann es sich nicht verhehlen, daß die Friedenshoffnungen, welche die Nachricht von dem Zusammentritt eines Kongresses der europäischen Großmächte hervorgerufen hatte, wiederum bedeutend herabgestimmt sind. Ganz abgesehen davon, ob das Ergebnis des Kongresses die drohenden Kriegsgefahren auch wirklich beseitigen werde, stellt es sich jetzt heraus, daß noch nicht einmal die Vorbedingungen vorhanden sind, um den Zusammentritt desselben zu ermöglichen. Rußland beantragte ihn und England schlug die Grundlagen für seine Beratungen vor, indem es dabei Oesterreich das Versprechen leistete, die Entwaflnung Sardiniens zu bewirken und außerdem vom wiener Kabinett die Zurückziehung der österreichischen Truppen von der piemontesischen Grenze verlangte. Auf letzteres Ansinnen hat die österreichische Regierung bisher noch keine Antwort ertheilt, während es dem Kabinett zu St. James nicht möglich gewesen ist, die Regierung Sardiniens zu der von ihr Oesterreich zugesagten Entwaflnung zu bewegen. Es wird sicherlich keine leichte Aufgabe sein, diese Schwierigkeiten zu heben. Daß man in Wien den Stand der Dinge als einen ausnehmend ernsten auffaßt, bekunden die heute hier auf telegraphischem Wege von dort eingegangenen Nachrichten. Danach setzt Oesterreich seine Rüstungen in größtem Maßstabe fort. Die Grenadierbataillone der italienischen Armee sind unter die Fahne gerufen worden. Das zweite Corps, das gegenwärtig in Wien steht, hat Marschordre nach Italien erhalten und wird gleichfalls durch die Grenadierbataillone verstärkt. In seine Stelle tritt das bisher in Mähren garnisontirende neunte Corps, das zugleich mit dem achten auf Kriegsfuß gestellt ist, mit Einschluß der Grenadierbataillone. Derartige Äkte sprechen vernünftlicher als diplomatische Noten. — Aus Rom und Neapel erfährt man, daß die Souveräne dieser beiden Staaten keineswegs günstig gesinnt sind, für die Absicht des Kongresses: sich mit den inneren Reformen ihrer Länder zu beschäftigen. Indessen ist es nicht begründet, daß sie gegen die Kompetenz desselben ausdrücklich protestirt haben, obwohl kaum zu erwarten ist, daß sie seinen Rathschlägen Folge leisten werden. — Es kann mit Bestimmtheit versichert werden, daß die jetzt tagende pariser Konferenz sich mit der Donaufschifffahrts-Äkte nicht befassen wird. Die Congreß-Wahl wird, wenn auch mit Vorbehalt zu Gunsten der Konvention vom 19. August, jedenfalls eher die Anerkennung der Mächte erhalten.  
z Berlin, 8. April. Die napoleonische Politik scheint Europa an die Launen einer permanenten Napoleon-Witterung gewöhnen zu wollen, in welcher kurze Sonnenblicke bald wieder eisigem Windeshauch und heftigen Hagelschauern weichen müssen. Zur Stunde sind die Kriegsbefürchtungen wieder in vollster Stärke erwacht; sie treten eben so deutlich in dem bewölkten Antlitz der Diplomaten als in der Entmuthigung der Börsen zu Tage. Die Klippe des Augenblicks, an welcher der ganze Kongreßplan noch in der zwölften Stunde zu scheitern droht, ist der Antrag des wiener Kabinetts auf Entwaflnung Sardiniens, ein Antrag, welcher so unbestreitbar in der Lage der Dinge begründet ist, daß Oesterreich ihn mit vollem Recht zur unerläßlichen Bedingung seiner Theilnahme am Kongreß machen durfte. Es steht fest, daß die Forderung des wiener Kabinetts von Preußen und England unterstützt worden ist. Wenn dieselbe nichts desto weniger auf den hartnäckigen Widerstand Piemonts trifft, obgleich dem Grafen Cavour mehrseitige Bürgschaft gegen jeden Angriff von Seiten Oesterreichs geboten worden ist, so wirft diese Weigerung ein nur allzugroßes Licht auf die Ohnmacht aller friedlichen Bestrebungen. Wer wird es glauben, daß ein Wort Cavour's Europa in Schach halten kann? Was dem Trost gegen Europa Nahrung und Kraft giebt, das ist wahrlich nicht die Furcht vor dem piemontesischen Waffens, wären sie auch von dem Muth eines Verzeiwungsfampfes befeuert, sondern die Ueberzeugung, daß es französischer Wind ist, was den Kamm des sardinischen Hochmuthes aufschwellt. Cavour will als Anwalt für die Sache Italiens gelten und stellt Forderungen im Namen Italiens; Cavour will Nichts von einem

europäischen Kongreß wissen und hat keine Neigung, das Werk desselben zu befördern. Wenn nun wirklich der Kongreß gegen Wunsch und Neigung Cavour's zu Stande kommen sollte, wer bürgt dafür, daß die Beschlüsse des diplomatischen Tribunals für die Ruhe Italiens und den Frieden Europas eine Wirkung entfalten können; wenn eben Cavour durch die französische Bundesgenossenschaft in den Stand gesetzt wird, seine Politik auf eigene Hand fortzusetzen? Aus dieser Frage erklärt sich das Mißtrauen der Politiker, und es ist dringend nothwendig, daß die Situation sich noch vor Beginn des Kongresses wesentlich kläre, wenn man auf die Thätigkeit desselben einige Hoffnung setzen soll. — Die pariser Konferenzen beginnen unter trübseligen Auspizien. So viel ich höre, ist die europäische Diplomatie geneigt, die Doppelwahl Cavour's als eine vollzogene und durch den Wortlaut der August-Vereinbarung nicht entschieden verbotene Thatsache gelten zu lassen, zugleich aber die Vorschrift, daß jede der beiden Provinzen auch einen besonderen Hospodaren haben müsse, als unzweideutige Regel hinzustellen. Ob auch dieses Zugeständniß die Regel haltbar machen wird, ist allerdings eine nur allzusehr berechnete Frage.

[Vom Hofe.] Ueber den Sommeraufenthalt der königl. Prinzen verlautet bis jetzt nur so viel, daß Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent in der ersten Hälfte des Mai nach Schloß Babelsberg zu ziehen beabsichtigt, um später, je nachdem die politischen Verhältnisse sich gestalten, die gewöhnliche Brunnkur in Baden-Baden und im Spätsommer einige Seebäder in Ostende zu gebrauchen. Die Frau Prinzessin von Preußen begiebt sich schon im nächsten Monat nach Baden-Baden, woselbst sie sich einer zweimaligen Kur unterziehen und in der Zwischenzeit wahrscheinlich ihren Aufenthalt in Koblenz nehmen wird. Prinz und Prinzessin Friedrich Wilhelm beziehen zu Anfang Juni das neue Palais bei Potsdam, nachdem sie zuvor dem englischen Hofe in Windsor einen Besuch abgestattet haben. Von den übrigen Prinzen geben Prinz Carl und Prinz Friedrich, sobald die Jahreszeit dies zuläßt, nach Carlsbad resp. Homburg und Prinz Georg später nach Ems. Die Frau Prinzessin Carl dürfte im Juli wieder die Bäder von Schlangenbad gebrauchen. Endlich gedenkt Prinz Alexander, welcher während der Wintermonate ausnahmsweise in Berlin zugebracht hat, schon Ende dieses Monats nach seiner gewöhnlichen Residenz La Sarraz bei Vevey am Genfer-See zurückzukehren, woselbst er unter dem Incognito eines Grafen von Tecklenburg mit seinem Adjutanten dem Oberst-Leutnant v. Röder und dessen Familie lebt. (Eberf. Z.)

Ueber die Abreise S. M. des Königs und der Königin, Allerhöchstselbe jetzt in Neapel verweilen, aus Rom wird der ausgb. „A. Ztg.“ noch gemeldet: Im Augenblick der Abreise hatten sich auf dem Capitol viele Preußen eingefunden, um die hohen Reisenden abfahren zu sehen. Der König erkundigte sich, bevor er in den Wagen stieg, freundlich nach diesem oder jenem, ließ sich auch durch den Geh. Medizinal-Rath Dr. Alers die Domherren Prifac aus Aachen und Strauß aus Köln vorstellen. Das Ihre Majestäten nach Neapel geleitende Gefolge besteht aus folgenden Herren und Damen: Oberhofhauptmann v. Meyerind, Minister-Resident Kammerherr v. Reumont, die Flügel-Adjutanten Majors Prinz v. Hohenlohe und v. Treßlow, Hofprediger Heym, Geh. Baurath Stiller, Oberhofmarschall Graf von Keller, Leibarzt Dr. Böger, Kabinet-Sekretär Legationsrath Sasse, Kammerherr Graf v. Zindenstein, Fräulein v. Schumann, die Hofdamen Gräfin v. Dönhoff und Gräfin v. Hade.

Der Oberhofmeister Ihrer Majestät der Königin, Wirtl. Geh. Rath Graf v. Dönhoff, und der Leibarzt Sr. Maj. des Königs, Gen.-Stabsarzt Dr. Grimm, sind gestern Abend nach Paris abgereist, um sich von dort über Marseille zu Ihren Majestäten nach Neapel zu begeben.

Der Wirtl. Geh. Rath Graf v. Blome ist von Salzburg und der Oberst-Lieut. v. Ziegler v. Neuf hier angekommen.

Der Oberst und Director der vereinigten Artillerie- und Ingenieur-Schule Kayser hat sich mit Urlaub auf einige Tage nach Landberg a. B. begeben. — Der Sec.-Lieutenant in der Garde-Pionnier-Abtheilung v. Braunschweig ist behufs Uebertritts zum Fortifications-Dienst nach Posen commandirt worden.

Der Assistenz-Arzt Dr. Boeck vom 6. Kürassier-Regt. (Kaiser Nikolaus I. von Rußland) ist zum Stabs- und Bataillons-Arzt des 3. Bataillons (Schneidemühl) 14. Landwehr-Regts. ernannt worden.

Die seit Jahren im Staatsministerium und in den betreffenden Ressort-Ministerien schwebende Frage bezüglich der Versicherungsanstalten im Allgemeinen und der Feuer-Versicherungs-Anstalten insbesondere, soll nunmehr nach verlässlichen Zusagen ihre baldige Erledigung finden.

Eine junge Chinesin, Namens Alow, für die der hiesige Frauenverein für China seit dem November 1857 Sorge getragen hat, soll Donnerstag, den 14., in der Beihelmskirche getauft werden. Der Pastor Overbeck wird an dem genannten Tage Abends die monatliche Missionssunde des Frauenvereins in der Beihelmskirche abhalten und der Pastor Knat demnächst die heilige Taufe an der Chinesin vollziehen. Der Gottesdienst beginnt um 6 Uhr Abends.

Das zoologische Museum hat vor Kurzem aus Rußland die Haut eines schönen Elennthiers erhalten. Dasselbe wird jetzt ausgestopft.

Gestern Abends wurden durch die königl. Post von der k. Hauptbank 40 Fässer voll geprägten Silbers, jedes 2000 Thlr. enthaltend, nach Koblenz an die k. Hauptkasse expedirt. Ebenso sandte der Banquier Bleichröder 25 solcher Fässer nach Braunschweig an ein dortiges Banquierhaus.

Die Thomas'sche Erbschaftsangelegenheit ist, dem Vernehmen nach, noch keineswegs beendet; es soll vielmehr ein Erbe aus Elberfeld seine sehr nahen Ansprüche geltend gemacht haben. Derselbe gehört auch nicht zu denjenigen Erben, denen bekanntlich der größte Theil ihrer Anrechte von Spekulant für eine verhältnißmäßig geringe Summe abgekauft worden war. (N. Pr. Z.)

#### Deutschland.

München, 6. April. [F. v. Schrenk. — Geset über den Militär-Credit.] Der „A. C.“ schreibt: Die Ernennung des königlichen Bundestags-Gesandten Freiherrn v. Schrenk zum Staats-Minister des Aeußern u. z. scheint nunmehr in sicherer Aussicht zu stehen, doch ist dieselbe bis jetzt noch keineswegs erfolgt; über weiteren Personenwechsel verlautet zur Zeit noch nichts Zuverlässiges. Einem Gerüchte zufolge würde der Ministerwechsel mit dem 1. Mai eintreten, doch kann ich die Richtigkeit dieses Gerüchts vorerst nicht verbürgen. — Das Gesetz, „einen Credit für außerordentliche Bedürfnisse des Heeres“ betreffend, lautet wie folgt:

„Art. 1. Für die Vervollständigung und Beschaffung eines stets zu erhaltenden Reservevorraths an Rüstungs-, Bekleidungs- und sonstigen Gegenständen für den Kriegsbedarf des Heeres wird ein Credit von 3,075,000 Fl., für die Vervollständigung des Bewehrungssystems und für Militärbauten ein solcher von 2,700,000 Fl., endlich für sonstige militärische Zwecke ein Credit von 1,225,000 Fl., zusammen von 7 Millionen Gulden, eröffnet. Artikel II. Für den Fall, daß während der Etatsjahre 1858–59 und 1859–60 die Kriegsgel-



reiterschaft des Heeres einzutreten haben sollte, wird zur Beschaffung der alsdann weiter notwendig werdenden Bedürfnisse ein Credit von 2,690,000 fl. für Vorräthe und Ausrüstungsgegenstände; und von 225,000 fl. für sonstige militärische Zwecke, zusammen 2,915,000 fl., und zur Beilegung der durch die Kriegsbereitschaft veranlaßt werden außerordentlichen Kosten ein weiterer Credit von 2,550,000 fl. eröffnet. Artikel III. Zur Deckung des im Art. I. aufgeführten Bedarfs wird zunächst aus den bereits vorhandenen und den im Laufe der gegenwärtigen Finanzperiode noch etwa weiter auskommenden Einnahmsüberschüssen die Summe von 7 Millionen Gulden bestimmt. Für den in Art. II. eröffneten Credit ist eine weitere Summe von 1½ Millionen Gulden aus den Einnahmsüberschüssen der gegenwärtigen Finanzperiode zu entnehmen und unter Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, für den weiteren Bedarf ein auf die Staatsfonds zu veränderndes Anlehen von 4,000,000 fl. aufzunehmen. Die zur Verzinsung dieses Anlehens erforderlichen Geldmittel werden für die Jahre der laufenden VII. Finanzperiode gleichfalls aus den sich ergebenden Mehreinnahmen dieser Periode entnommen. Die ferner Mittel zur Verzinsung und Tilgung dieses Anlehens werden aus dem allgemeinen Staatsfonds geleistet, über die Zeit und Art der Tilgung wird das jeweilige Finanzgesetz Bestimmungen treffen. Unsere Staatsminister des königl. Hauses und des Aeußern, sowie der Finanzen und des Krieges sind mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt.

**Baden, 6. April.** [Der Agendenstreit.] Es verdient in weiteren Kreisen wohl bekannt zu werden, in welcher Weise das freiburger „Kirchenblatt“, das Organ des Erzbischofs, das die offiziellen Erlasse desselben publiziert, des badischen Agendenstreites Erwähnung thut. In Nr. 10 des bezeichneten Blattes heißt es wörtlich: „Die Broschüren für das neue Kirchenbuch eifern sich sehr darüber, es sei der Vorwurf ganz unbegründet, daß die neue Agende katholisch sei. Wir dagegen sind mit den Gegnern derselben wirklich dahin einverstanden, daß katholische Elemente mit unterlaufen.“ Solcher Elemente werden dann etwelche namhaft gemacht; zuletzt aber heißt es geradezu: „Wir betrachten vorderhand die neue Gottesdienstordnung als neue Abschlageszahlung, in der guten Hoffnung, daß die Aceptirung des ganzen katholischen Kultus nicht mehr so ferne sein möge.“ (Fr. S.)

## Oesterreich.

**Wien, 5. April.** [Die Stellung des wiener Kabinetts zum Kongreß und zur Entzweiung.] Noch vor zwei Wochen waren bei uns diejenigen in der Minderheit, welche hofften, daß der Kongreß den Frieden bringen werde. Heute sind diejenigen in der Minderheit, welche überhaupt an das Zustandekommen des Kongresses noch glauben. Sie sehen, die öffentliche Meinung ist — für diesmal — in Oesterreich um einen Schritt weiter voraus, als in Deutschland. Sieht man dieser pessimistischen Auffassung etwas tiefer auf den Grund, so überzeugt man sich, daß man hier fast allgemein an der aufrichtigen und rückhaltlosen Annahme der von Oesterreich aufgestellten Bedingungen für die Beschickung des Kongresses zweifelt. Diese Bedingungen sind ein öffentliches Geheimniß; sie geben auf allseitige Entzweiung vor dem Kongreß, wenigstens auf Reduktion der Rüstungen, dann auf Annahme der Principien des nachherigen Kongresses vom Jahre 1818 als Basis der Unterhandlungen. Man versichert in diplomatischen Kreisen, es seien das die Bedingungen, die ursprünglich England gestellt hat; Oesterreich habe sie später adoptirt, Preußen und England seien noch heute einig, sie festzuhalten. Will man annehmen, daß Rußland sich, ihnen gegenüber, indifferent verhält, so wäre gleichwohl eine Majorität der Ansichten der Großmächte über die Bedingungen vorhanden. Von dem pariser Kabinete heißt es, daß dieses nicht so sehr gegen die zweite, als gegen die erste Bedingung, die Einstellung der Rüstungen, Schwierigkeiten erhebt. Schon diese Einsprache muß Zweifel anregen, daß es Frankreich ernst sei mit einer friedlichen Lösung, wenn diese Zweifel auch nicht durch andere Thatsachen unterstützt würden. Die Gründe, aus welchen Oesterreich auf einer wenigstens theilweisen Entzweiung der betheiligten Staaten (Frankreich, Oesterreich, Sardinien) besteht, sind auch in diesen Blättern erörtert worden; sie liegen, so zu sagen, auf der flachen Hand. Jeder, der es ehrlich meint, muß sie unterschreiben. Wird die Bedingung von Frankreich nicht angenommen, so beschickt Oesterreich den Kongreß nicht; darauf wird man sich verlassen können. Wie es scheint, ist man in Paris damit beschäftigt, irgend eine phrasenhafte aber inhaltlose Zusicherung auszufädeln, mit der sich Oesterreich, unter Verzichtleistung auf die Entzweiung, begnügen soll. Sie wird hier nach ihrem wahren Werth gewürdigt, sie wird nicht angenommen werden; darauf wird man sich gleichfalls verlassen können. Die französische Regierung muß endlich einmal mit ihrer Farbe herausschauen; die Welt ist es müde, am Narrenseil unausgeseht sich folgender Intriguen zu wandeln. Und wenn der Kongreß wirklich zu Stande kommt, beantworten wir uns einmal aufrichtig die Frage: Kann und wird Louis Napoleon ohne ein Resultat, das ein Triumph seiner Politik, also eine Demüthigung Oesterreichs ist, aus den Unterhandlungen herausgehen? Er kann es nicht, schon wegen der Stimmung der Franzosen und weil er die Sache auf die Spitze getrieben hat. Mit welchem Herzen können unsere Staatsmänner an den Kongreß denken? Es ist wahrlich nicht zu wundern, wenn man in Oesterreich augenblicklich zu den friedlichen Lösungen kein Vertrauen mehr hat und diejenigen keinesweges für die wahren Förderer des Friedens hält, die heute noch unter allen Umständen einer gütlichen Ausgleichung das Wort reden. (N. Pr. S.)

**Wien, 8. April.** Die Friedenshoffnungen beginnen allmählich völlig zu schwinden; Angesichts der kolossalen Rüstungen, welche man hier in den letzten Tagen neuerdings anzuordnen gut fand, muß auch allmählich die Ueberzeugung Platz greifen, daß ein Ausbruch der Feindseligkeit in Italien vor der Eröffnung eines Kongresses keinesweges zu den unmöglichen oder auch nur sehr unwahrscheinlichen Dingen gehören dürfte. Man hat nicht allein die ganze zweite Armee, welche im lombardisch-venetianischen Königreiche stationirt ist, völlig in Kriegsbereitschaft versetzt und überall in der ganzen Monarchie die Regimenter komplettirt und mit einem vierten Bataillon versehen; in jüngster Zeit — vor drei Tagen — wurde auch die Errichtung zweier neuer Bataillone für jedes Regiment angeordnet, das fünfte soll als Grenadierbataillon dienen und das sechste statt des vierten als Depotbataillon verwendet werden. Außer dieser kolossalen Vermehrung der streitbaren Mannschafft wurde für das zweite Armee-corps und die mit diesem nicht zu verwechselnde zweite Armee die Ausbezahlung des Kriegesoldes angeordnet, welchen man bei uns — in der klassischen Heimath der chronischen Finanzklemmen — nur kurz vor einem fatalen Kampfe zu verabschieden pflegt.

Einem bereits früher häufig wiederholten und seit Wochen in den Hintergrund getretenen Gerüchte von einer Anfangs Mai erfolgenden Zusammenkunft zwischen den Kaisern von Frankreich und Rußland legt man hier neuerdings eine große Glaubwürdigkeit bei; man will sogar wissen, daß Kaiser Alexander Paris berühren dürfte. Es scheint hinter diesem „on dit“ etwas mehr als eine bloße Refutation halbvergessener pariser Correspondenzen der „Independance“ zu Grunde zu liegen, so daß es an maßgebender Stelle große Beachtung finden soll.

## Italien.

**Neapel, 30. März.** [Rüstungen. — Pionati.] Der König hat Befehl gegeben, acht Dampfregatten auf Schleunigste auszurüsten. Wie es scheint, um Truppen aufnehmen und überall hinschicken zu können, wenn irgend eine Eventualität es mit sich bringen sollte.

Es gehört denn auch kaum zu den Unmöglichkeiten, daß ein Schwarm von Abenteurern es sich beikommen lassen könnte, einen Handstreich in Calabrien oder in den Abruzzen zu unternehmen, um König Lucian oder König Joachim II. für einen oder zwei Tage zu proklamiren. Drei Schiffe, mit Kanonen beladen, sind nach Sicilien abgegangen. Die Citadelle von Spracis ist verpfändert worden. — Der Justizminister Pionati ist am Nervenleiden gestorben. (N. S.)

## Frankreich.

**Paris, 7. April.** Das „Journal des Debats“ enthält einen Artikel, in welchem es die öffentliche Meinung vor übertriebenen Hoffnungen auf Vermeidung des Krieges warnt, zu denen die Aussicht auf den Zusammentritt eines Kongresses Veranlassung geben kann. Es sei noch keineswegs gewiß, daß aus den bevorstehenden Verhandlungen die Erhaltung des Friedens hervorgehen werde, besonders wenn man von den Vertretern der Mächte die endgiltige Lösung der italienischen Frage verlangen sollte. Der Friede könne nur vermittelt einer gegenseitigen Nachgiebigkeit bewahrt werden, die Europa zu einer glücklichen Gewohnheit geworden wäre, vermittelt einer jener Vergleiche, von denen Niemand vollkommen befriedigt werde, die aber Jedermann erlauben, in ehrenhafter Weise den Schein der Zufriedenheit anzunehmen. Das Blatt kommt dann auf die schon früher von ihm aufgestellte Behauptung zurück, daß sich, wenn der Friedensbruch von Frankreich ausgehen sollte, gegen dasselbe unfehlbar eine neue europäische Koalition bilden würde. Das französische Volk könne sich nur in einen allgemeinen Krieg stürzen, wenn seine wesentlichen Interessen, seine Ehre oder seine Machtstellung bedroht oder verletzt würden. Es dürfe sich aber einem so ungleichen Kampfe nicht einzig wegen des Vortheils oder des Ehrgeizes Sardinien's aussetzen. Diese Auffassung der Lage der Dinge hat den „Debats“ schon früher heftige Angriffe von Seiten der Organe der Kriegspartei oder der demokratischen Prinzipien zugezogen, welche in dieser Richtung zum Frieden nur Beweggründe des Kleinmuthes oder der Selbstsucht erkennen wollten.

## Großbritannien.

**London, 6. April.** [Die Verurteilung an das Land.] Der erste Eindruck, den die Verurteilung an's Land in der Presse hervorbringt, ist dem Ministerium sehr unangenehm. Die „Post“ erinnert die Conservativen an die ominöse Freude, mit der Mr. Bright die Nachricht von einer allgemeinen Wahlabsicht aufnahm; Mr. Bright wisse sehr wohl, daß die Diskussion der Reformfrage jetzt immer tiefer und weiter greifen müsse und daß die Auflösung daher Wasser auf seine Mühle sei. Nächste dem werde die auswärtige Politik auf jeder Wahlbühne die Gemüther erregen und das Paradebrett aller Parteien und Parteisectionen abgeben. Vor einem Monate noch erklärte Mr. Disraeli die auswärtige Lage für so kritisch, daß jedes unbedachte Wort gefährliche Folgen haben könne, und jetzt, wo der Gesundheitszustand des europäischen Friedens sich verschlimmert hat, motivire er die Auflösung mit auswärtigen Fragen und fordere die ganze Nation zu derjenigen Debatte auf, welche er im Parlament sich so ängstlich zu verbitten suchte. Lord Derby werde finden, daß er den Sturz seines Kabinetts nur verzögert und damit vielleicht den Ruin seiner Partei vorbereitet hat. — In einem andern Artikel sagt die „Post“: Die Art, wie Mr. Disraeli, Mr. Walpole und Sir J. Pakington sich über Lord Malmesbury auszusprechen pflegen, ist geradezu lächerlich. Der edle Lord selbst, der ein Mensch von gesundem Verstande und trefflichem Gemüthe, obgleich kein Mann von Geist oder glänzenden Anlagen ist, muß nicht wenig in Verwirrung und Scham gerathen, wenn er seine Bewunderer anrufen hört, daß der Frieden Europas von seinem Erscheinen beim Congresse abhängt. Die außerordentliche Nachsicht, welche die Opposition seit einem Jahre den drei ersten Staatssekreten des Kabinetts Derby bewiesen hat, scheint deren Freunde auf die Idee gebracht zu haben, daß sie alle drei himmelgebotene Minister, jeder Zoll ein Pitt oder Chatham sind. Leider weiß jeder fremde Diplomat, daß unser Minister des Auswärtigen seine Spuren erst noch verdienen soll. Als Redner hat sich Lord Malmesbury noch in keiner großen Frage hören lassen; im Punkte der Geheggebung ist er nur als Vater einer todgeborenen Bill bekannt; soll man von ihm als Diplomaten und Unterhändler sprechen, so hat er Ihre Majestät noch nirgends, nicht einmal auf einem Gesandtschaftsposten dritten Ranges, vertreten; seine Unterschrift steht unter keinem großen Vertrage und seiner Staatschrift, die von Beredsamkeit oder Kenntnissen zeigt. Es ist wahr, der edle Lord ist ein arbeitsamer, ehrenwerther und gewissenhafter Mann, wie man deren schockweise hat, aber ein Bevollmächtigter, der England auf einem europäischen Congresse vertreten soll, bedarf noch anderer Fähigkeiten. — „Daily News“ und „Times“ finden in Disraeli's Adresse und in Lord Derby's Fragestellung an's Land unverkennbare französische Anklänge. Lord Derby, bemerken die „Times“, fragt nicht: „Wollt Ihr die Derby'sche Reformbill?“ oder „Wie viel Reform wollt Ihr?“ oder „Wollt Ihr überhaupt eine Reform?“ Diese Fragen sind alle auf wenigstens ein Jahr verschoben. Seine Frage ist: „Wollt Ihr Lord Derby zum Regenten über Euch haben?“ Jenseits des Kanals antworteten jüngst sieben Millionen freudig Ja auf die ähnliche Frage Louis Napoleon's (doch unter etwas anderen Umständen!), und so viel man sehen kann, haben sie ihre Wahl noch nicht bereut. Kann es eine leichtere Methode geben? Ihr habt bloß Ja zu sagen und Ihr seid die Arbeit los. Seid gewiß, Ihr braucht eine sorgfältigere und conservativere Behandlung. Eure Konstitution ist nicht in Ordnung. Nichts bekommt Euch lange. Vertraut Euch nur seinen Händen an und Ihr werdet nie wieder an diesen Kopfschmerzen, dieser Unruhe, diesen Visionen leiden, sondern essen, trinken, schlafen und gesund sein wie Euer Vieh im Stalle. So wird die Frage an's Land erläutert und dies ist das Ende der Ministerkrise. Es klingt ungefähr wie die Warnung, die wir vor einiger Zeit erhielten, daß „die Repräsentativinstitutionen auf der Probe stehen“. Allein es giebt ein Sprüchwort, daß es gefährlich ist, mit zweischneidigen Messern zu spielen. Liegt nicht ein selbstmörderischer Widerspruch darin, an das Volk zu appelliren, wenn man gerade den Mangel an Vertrauen zum Volke zu seinem Wahlsprüche gemacht hat? Die Appellation richtet sich an mehrere Wählerklassen vom buntesten Charakter. Sie sind nicht das britische Volk, wie die Appellirenden selbst einräumen. Das Urtheil der populäreren unter ihnen ist bekannt; ihnen gilt auch die Frage gar nicht, sie wendet sich, praktisch genommen, an die kleineren Wahlorte; die eben jetzt Gegenstand der Discussion sind und für ihr politisches Schicksal zittern (d. h. durch eine Reformbill die Vertretung verlieren können). Die Verurteilung an diese Wahlorte kann daher einen glänzenden Erfolg haben. Wir können die Genesung einer großen Antireform, einer antirevolutionären Partei erleben, gebildet aus Burgfleckern, die für ihre Griften kämpfen. Gelingt es Lord Derby eine Majorität zusammen zu trommeln, die sich gegen alles verschworen hat, was er revolutionäre Reform zu nennen beliebt, eine Majorität, wie Mr. Disraeli sie wünscht und seinem Gefändnisse nach erwartet, dann haben wir eine Faction, welche den Radikalen viel gerufen käme. Sie würde Lord Derby ruiniren und Mr. Bright zum Premier machen.

**Breslau, 9. April.** [Kirchliches.] Morgen werden die Amtspredigten gehalten werden von den Herren: Subsenior Herbsheim, Dialektus Weingärtner, Propst Schneider, Pastor Gillet, Pastor Legner, Oberprediger Neigenstein, Pred. Mörs, Pred. Donorf, Pastor Stäbler, Pred. David, Pred. Ehler, Anstalts-Prediger Weiste (zu Bethanien). Nachmittags-Predigten: Dialektus, Subsenior Weiß, Dialektus, Hesse, Rand, Schiedewitz (Hofkirche), Pred. Hesse, Ecl. Kutta, Pastor Stäbler. Passions-Predigten: St. Elisabeth: Pastor Girth Mittwoch 2 Uhr, Dialektus Freitag 2 Uhr; Magdalena: Konfirmanden-Kath Heinrich Mittwoch 2 Uhr, Subsenior Weiß Freitag 2 Uhr; Bernhardin: Propst Schneider Mittwoch 2 Uhr, Senior Dietrich Freitag 2 Uhr; Hofkirche: ein Kandidat Donnerstag 9 Uhr; 11000 Jungfrauen-Kirche: Pred. Hesse Mittwoch 2 Uhr; St. Barbarakirche: Ecl. Kutta Mittwoch 8 Uhr; St. Christophori: Pastor Stäbler Mittwoch 8 Uhr; Trinitatiskirche: Pred. David Dienstag 8½ Uhr; St. Salvator (St. Trinitatis): Ecl. Koffert Mittwoch 8 Uhr; Armenhaus: Pred. Kristin Donnerstag 9 Uhr. (Kirchenbl.)

## Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung

am 7. April.

Anwesend 79 Mitglieder der Versammlung. Ohne Entschuldigung fehlten die Herren Bed und Springer.

Zufolge der Einladungen zu den bevorstehenden Schulsprünge deputirte die Versammlung für das Elisabethan die Herren Dr. Günzburg, Hammer, Krause, Schröder, Dr. Weiß; für das Magdalenen die Herren Jäsche, J. Müller, Reichenbach, Trement; für die Neuschule am Zwinger die Herren Verendt, Bod, Dobe, Fritze, Dr. Lemal; für die Neuschule zum heiligen Geist die Herren Marks I., Neugebauer, Strad, Spring; für die höhere Mädchenschule zu St. M. Magdalena die Herren Dr. Davidson, Juch, Neumann, Dr. Paul, Köster; für die Religions-Unterrichts-Anstalt der Spargoggen-Gemeinde die Herren Bed, Gädde, Plehner, Samosch; für die zweite jüdische Religions-Unterrichts-Anstalt die Herren Goldschmidt, Levy, Stetter, Dr. Wimmer.

Nach den Rapporten des Stadt-Baumamts für die Woche vom 4. bis 9. April waren beschäftigt, bei den Bauten 57 Maurer, 23 Zimmerleute, 19 Steinseher, 172 Tagelöhner; bei der Stadtreinigung 48 Tagelöhner.

Magistrat stellte der Versammlung das zur Revision zurückgeordnete Verzeichniß der Bürger-Zubilarer wieder zu mit dem Bemerken, daß dasselbe genau nach der Bürgerrolle vom Jahre 1809 aufgestellt und sonach richtig sei, insofern nicht die Bürgerrolle selbst Unrichtigkeiten enthalte. Das Letztere wäre in Bezug auf das Jubiläum, welches den Revisionsantrag hervorgerufen, der Fall. Die Rolle gebe den 27., der zufällig bekannt geworden Bürgerbrief den 9. März als Datum an, an welchem das Bürgerrecht erworben worden. Da die Richtigkeit des Bürgerbriefes nicht in Zweifel zu ziehen gewesen sei und der Inhaber desselben sein Jubiläum für den 9. März selbst festgestellt habe, so sei, unter der Annahme, daß die Bürgerrolle eine falsche Eintragung enthalte, der Jubilär an dem gedachten Tage in herkömmlicher Weise begünstigt worden. Künftig werde der Versammlung von ähnlichen Differenzen zwischen Bürgerrolle und Bürgerbrief, sobald sie zur Cognition gelangten, rechtzeitig Kenntniß gegeben werden.

Der Stadtverordnete Kaufmann Hr. Krug erklärte seinen Austritt aus der Versammlung wegen anbauender Kränklichkeit und eines Alters von 70 Jahren. Der für die Niederlegung des Amtes angeführte Grund ward als ein geistlich gültiger anerkannt, von der Anordnung einer Ersatzwahl nahm die Versammlung vorläufig Abschied.

Ein Dringlichkeits-Antrag aus dem Schoße der Versammlung proponirte die Veranstaltung einer Feierlichkeit für den 17. April laufenden Jahres als dem Tage, an welchem vor fünfzig Jahren die Stadtverordneten-Breslau's, nach Einführung der Städteordnung vom 19. November 1808, ihre erste Sitzung hielten. Nach Anmerkung der Dringlichkeit und einer kurzen Debatte ward der Antrag zum Beschluß erhoben und dem Magistrat communicirt mit dem Antraden: die Arrangements zu der zu veranstaltenden Feierlichkeit einer gemischten Kommission zu übertragen. Zu letzterer deputirte die Versammlung die Mitglieder ihres Vorstandes mit der Befugniß, nach eigenem Ermessen, durch Zuziehung noch einiger Mitglieder des Kollegiums, sich zu vertheilen.

Die vom Magistrat vorgelegene einjährige Verlängerung des Pacht-Vertrages über die grundbesitzenden Bude Nr. 264 und Nr. 265 auf dem Dingle für den Miethzins von 40 Thalern erhielt die Genehmigung, desgleichen der proponirte Ankauf der grundbesitzenden Bude Nr. 116 A. für den Preis von 1800 Thalern und der Bude Nr. 328, 329 und 331 auf dem Hintermarkte, zusammen für den Preis von 450 Thalern. Die zuletzt bezeichneten drei Buden, sollen nach Abgange des Kaufgeschäfts, sofort abgebrochen werden.

Der Besitzer des Grundstücks 17 der Neuen-Weltgasse verlangte die Ueberlassung der, nach Ausführung der Verbreiterung der Nikolaistraße übrig gebliebenen Parzellen von den Grundstücken 48 der Weißgerbergasse, 18 und 19 der Nikolaistraße im Flächenraume von circa 7 Quadratrußen zum Zwecke der Bebauung, unter Einräumung des Rechts innerhalb der Grenzen der qu. Parzellen und des Grundstücks 17 der Neuen-Weltgasse die Oblau zu überwälzen und zu überbauen. Magistrat befürwortete, im Einverständnisse mit den Deputationen für das Grundeigentum und für das Bauwesen das Eingehen auf den Antrag, unter dem Bauunternehmer gestellten Bedingungen. Nach einer erschöpfenden Erörterung der Vorlage sentirte die Versammlung auch überseits in die Ueberlassung des Terrains, indem sie für das projectirte Abkommen folgende Grundzüge als maßgebend bezeichnete. Die in dem Situationsplane näher bezeichneten Parzellen der Grundstücke Nr. 48 der Weißgerbergasse, 18 und 19 der Nikolaistraße werden dem Besitzer des Grundstücks 17 der Neuen-Weltgasse eigenthümlich überlassen, und zwar a. mit den darauf haftenden Zinsen zusammen von 6 Thalern, und der zu Gunsten des Grundstücks 40 der Neuen-Weltgasse auf dem Grundstück 19 der Nikolaistraße lastenden Abtritts-Servitut; b. unter Einräumung des Rechts, nach genehmigtem Bauplane, innerhalb der Grenzen jener Parzellen und des Grundstücks 17 der Neuen-Weltgasse die Oblau zu überwälzen und zu überbauen. — Dagegen verpflichtet sich der Besitzer von Nr. 17 der Neuen-Weltgasse 1. das Bauprojekt ad b. binnen Jahresfrist seit Uebernahme der Parzellen auszuführen, und dabei mit dem Grundstück 17 der Neuen-Weltgasse in die polizeiliche Fluchtlinie ohne Anspruch auf Terrainvergütung zurück zu treten, und den Bürgerseig vor diesem Grundstück und den ihm überlassenen Parzellen auf seine Kosten mit Platten zu belegen; 2. für den Fall, daß der genannte Besitzer oder ein Nachfolger im Besitz des Grundstücks 17 der Neuen-Weltgasse das Grundstück 18 oder 19 dafelbst entweder selbst erwirbt, und nun bant oder eine bauliche Vereinigung des einen oder des anderen dieser Grundstücke mit Nr. 17 der Neuen-Weltgasse gestatten sollte, verpflichtet Contrahent sich und jeden Nachfolger im Besitz zu bewilligen, daß bei dem gedachten Neubau die polizeiliche Fluchtlinie ohne Anspruch auf Terrainvergütung inne gehalten, und der Bürgerseig vor dem Neubau und in dessen Längenausdehnung mit Platten belegt wird; 3. Contrahent verpflichtet sich, die hypothekarische Eintragung des unter 2. gedachten Onus und des bei a. erwähnten Abtritts-Servituts auf dem Foliolum des Grundstücks Nr. 17 der N.-Weltgasse in Rubrica II. auf seine Kosten zu bewilligen.

Wenn die Verpflichtungen zu 1 und 3 nicht binnen Jahresfrist seit Uebernahme der Parzellen erfüllt worden sind, wird das Abkommen als aufgelöst betrachtet, dergestalt, daß das Eigentum der überlassenen Parzellen von selbst an die Kommune zurückfällt. Werden dagegen innerhalb der gesetzten Frist jene Verpflichtungen erfüllt, so macht sich für diesen Fall die Stadtgemeinde verbindlich, die überlassenen Parzellen von der Zinspflicht zu befreien und deren Lösung auf den betreffenden Foliolum zu bewilligen.

Auf den Antrag eines anderen Bauunternehmers, ihm den Anbau an die Kirchhofmauer in der Friedrich-Wilhelmsstraße zu gestatten, ging die Versammlung, unter den vom Magistrat aufgestellten Bedingungen, ebenfalls ein. Nach diesen Bedingungen hat der Antragsteller für den laufenden Fuß der in Benutzung geogener Mauer eine Entschädigung von einem Thaler zu entrichten, die gemeinshaftliche Mauer auf alleinige Kosten in der erforderlichen Stärke auszuführen, die Benutzung derselben an der Kirchhofseite zu beliebigen Anbauen, Gebäuden oder Erbbegräbnissen unentgeltlich zu gestatten, die Mauer insoweit und so lange sie nicht in gemeinschaftliche Benutzung gezogen ist, auf alleinige Kosten zu unterhalten, die Mauerfläche an der Kirchhofseite mit Fuß zu versehen und darin keine Licht- und Fensteröffnungen anzubringen, jede Beschädigung an Erbbegräbnissen, welche an der in gemeinschaftliche Benutzung gezogenen Mauer liegen oder zu liegen kommen, zu vermeiden, eventuell jede verursachte Beschädigung durch Reparaturen vollständig zu verbessern, endlich die eingegangenen Verbindlichkeiten, mit Ausschluß der Selbst-Entschädigung, auf das Hypotheken-Folium seines Grundstücks vor Beginn des Anbaues auf seine Kosten einzutragen zu lassen.

Bei Verdingung der Maurer- und Erdarbeiten für den Bau eines Kanals in der Leichstraße war die Mindestforderung auf 545 Thlr. bei einem Anlagsbetrage von 600 Thlr. gestellt worden. Die Versammlung erklärte sich für die Ertheilung des Zuschlages an den Mindestfordernden, genehmigte den Abschluß der Material-Lieferung von der Verdingung, die Fortführung des Kanals in Mitte der Leichstraße, weil die ursprünglich projectirte Ausmündung in den gegenüberliegenden Straßengraben als unthunlich sich erwiesen und die



Dehufs künftiger Verbreiterung der Leichstraße an ihrem Ausgange, vorgeschlagene Fluchtlinie. Die Erhaltung der projektirten Fluchtlinie macht Terrain-Erwerbungen notwendig, über welche Verhandlungen eingeleitet werden sollen. Die Veranlassung beantragte deshalb die Ergebnisse der Verhandlungen, sobald dieselben geschlossen sein werden, zu ihrer Kenntniss zu bringen, um erweisen zu können, daß die gewünschte Verbreiterung der Straße auch nicht zu große Opfer von der Commune erfordere.

Der Pächter der dem Hospital zu Giff Tausend Jungfrauen gehörigen Nieder verlangte für die zum Kirchhofe des Krankenhospitals zu Allerheiligen abverkauften zwei Morgen eine Nachremission von 15 Zhlr. und wurde in diesem Verlangen von dem Hospitalvorstande und vom Magistrat unterstügt. Die Veranlassung hielt die Forderung für zu hoch, in Rücksicht der jährlichen Pachtsumme von 100 Zhlr. für eine Acker- und Wiesenfläche von über 62 Morgen, so wie in Rücksicht des Pachtvertrages, welcher in § 9 bestimmt, daß im Falle der Verpächter die Veräußerung einer oder der anderen Realität ganz oder zum Theil für angemessen erachtet wird, Pächter die Abnahme unweigerlich sich gefallen lassen müsse und alsdann keine andere Entschädigung als einen nach dem Umfange des abgetretenen Terrains bemessenen Erlaß am Pachtgelde zu beanspruchen habe. Sie bewilligte daher nur einen Pachtelast von 5 Zhlr. jährlich, wobei sie den Verlust der Gräzerei von der früheren Fläche des Friedhofes mit in Betracht zog, und beantragte, daß, wenn Pächter gegen diese Bonifikation Einwendungen erheben sollte, ihm alsdann nur der nach der Kontratsbestimmung zu bemessene Pachtelast zu gewähren sei.

Die beantragten und beschlossenen Bewilligungen betrafen: eine Summe von 70 Zhlr. zu einer notwendigen, im Etat nicht vorgesehenen Bauausführung in dem, der Kirche zu St. Elisabeth gehörigen Hause Nr. 33 der Oberstraße; die mit 131 Zhlr. erwachsenen Mehrkosten für die Instandsetzung der Kirchhofmauer in der Friedrich-Wilhelmsstraße; die bei der Verwaltung der Kirchstraße zu St. Elisabeth pro 1858 vorgelassenen Staats-Leberbeschreibungen pr. 94 Zhlr.; ein Geschenk von 15 Zhlr. an einen Schlossergesellen zu seiner fünfzigjährigen Jubelfeier und die fünf dienstunfähigen Laternenwärtern gewährten dauernden Unterstügungen.

Zur Feststellung kamen die Etats für das Kinder-Erziehungs-Institut zur Ehrenpforte pro 1857; für das Hospital zu Giff Tausend Jungfrauen pro 1859 und für die Baurath Knorr'schen Stiftungen pro 1859. Der Waisenhausetat ist auf 84 Zölge berechnet, seine Einnahme und Ausgabe sind auf 6100 Zhlr. veranlagt. Der Etat des Giff Tausend Jungfrauen-Hospitals nimmt 24 Zölge in Anspruch und veranlagt die Kosten auf 1946 Zhlr., zu deren vollständiger Deckung ein Kammereinzuloh von 155 Zhlr. in Aussicht genommen ist.

Dr. Gräzer. E. Jurock. Frieße. Hübner.

**Breslau, 9. April.** [Tagesbericht.] Die Baulust ist noch immer eine sehr rege und im stetigen Steigen begriffen. Im Jahre 1857 sind 117 Projekte zu neuen Wohnhäusern genehmigt, und mit geringen Ausnahmen, ausgeführt worden. Nach dem Verhältnisse, wie dies geschehen nehmen die einzelnen Stadttheile nachstehende Reihenfolge ein: Schweidnitzer-Vorstadt (31), Dhlauer-Vorstadt (19), Nicolai-Vorstadt (13), innere Stadt (9), Sand-Vorstadt (9), Ober-Vorstadt (4), auf den zur Stadt gehörigen umliegenden Dörfern (Lehmgruben, Neuborf u.) (32). — Außerdem sind noch an sonstigen Baulichkeiten überhaupt 518 Projekte genehmigt worden. Hierunter sind auch alle Baureparaturen und Veränderungen begriffen, die einer Genehmigung bedürfen. Im Jahre 1858 stellte sich das Verhältniß folgendermaßen heraus. Es sind genehmigt und ausgeführt neue Wohnhäuser im Ganzen 162. Davon: Schweidnitzer-Vorstadt (50), Dhlauer-Vorstadt (28), Sand-Vorstadt (20), innere Stadt (15), Nicolai-Vorstadt (14), Ober-Vorstadt (4), auf den umliegenden Dörfern (32); an sonstigen Baulichkeiten: 678. In demselben stetigen Verhältnisse dürften sich die Neubauten auch in diesem Jahre vermehren. — Es sind also in den letzten zwei Jahren 279 neue Wohnungshäuser entstanden. — Wenn von diesen, wie wir wohl annehmen können, drei Viertel ganz neu entstanden (d. h. auf Plätzen, wo bisher noch kein Gebäude errichtet war), so gäbe dies eine Vermehrung von 209 Wohngebäuden, die im Durchschnitt zu sechs Wohnungen gerechnet, eine Summe von c. 1200 neuerstandener Wohnungen repräsentieren; abgesehen von den Vermehrungen der Wohnungen, die durch den Neubau des vierten Viertels der 279 neuen Häuser, und die sonstigen Neubauten entstanden sind. Wenn Breslau sich stets so erweitert hätte, wäre es heute eine Riesengast.

Alte Buben kassirt und — neue erstehen! Die Verunstaltungen der Stadt durch feste Buben haben schon zu vielfachen Klagen und Wünschen Veranlassung gegeben. Sie sind nicht alle auf unfruchtbaren Boden gefallen, und unsere städtischen Behörden, thun in Unkenntnis der schwierigen und kostspieligen Verhältnisse, unter denen diese Berechtigungen abgelöst werden müssen, — was in ihren Kräften steht. — Erst gestern sind wieder mehrere derartige Ablösungen am Ringe in dieser Zeitung gemeldet. Um so weniger können wir unser Erstaunen nicht unterdrücken, wenn in dem Augenblicke wo man sich bemüht, den erwähnten alten Uebelstand zu beseitigen, in einem andern Theile der Stadt, wieder dergleichen neue entstehen. — In der Bahnhofstraße, unmittelbar an und zwischen neuen theuren Gebäuden, ist, wenn auch auf einem Privatgrundstücke, — doch die Fagade der Straße sehr unsehnlich unterbrochen, ein Compler von Buben entstanden, — zu deren Errichtung hier sicher kein Bedürfnis vorhanden war.

Ein anderes Leinwandhaus. Im Laufe dieser Woche wurde in dieser Zeitung der Vorschlag gemacht, sich noch während des Marktes nach Räumen umzusehen, wo künftig der Leinwand-Markt abgehalten werden könne, da der bisherige Platz, das alte Leinwandhaus, für diesen Zweck verloren gehe. Ein rasches Handeln und eine rasche Einigung sei aber deshalb wünschenswerth, damit nicht durch Zögern dieser nicht unbedeutende Theil des Verkehrs aus Breslau verschwinde. — Nun vernehmen wir, daß der Besitzer des Hauses, Neuschestrasse Nr. 46 (zum Zweifels), die ihm gehörenden Räumlichkeiten, die sich wohl für die Einrichtung eines Leinwandmarktes eignen, den Interessenten angeboten hat. — Hoffen wir, daß eine Einigung schon stattgefunden hat oder doch angebahnt worden ist.

Die erste der Frühjahrsparaden ward heute Vormittag auf dem Exerzierplatze unter großer Theilnahme des Publikums abgehalten. Es waren dazu ausgerufen die beiden hier garnisontirenden Bataillone des 11. Inf.-Regiments, welche sich längs der Promenade in Linie aufstellten, und zwar so, daß das 1. Bataillon den rechten, das Füsilier-Bataillon den linken Flügel bildete. Um 11 Uhr erschien Se. Exc. der kommandirende General des 6. Armee-Korps, General der Inf. v. Lindheim, auf dem Platze, und ging, gefolgt von dem Regim.-Kommandeur Oberst Freih. v. Canstein und begleitet von der gesamten Generalität nebst den hohen Stabs-offizieren, die Front der Truppen entlang. Hierauf wurde der doppelte Vorbeimarsch zunächst in Zügen und dann in Kompagnie-Front ausgeführt. Se. Excellenz soll mit der Haltung der Truppen höchst zufrieden gewesen sein. Die ferneren Paraden werden, dem Vernehmen nach im Laufe künftiger Woche stattfinden, und zwar Mittwoch (13.) beim 19. Inf.-Regim., Freitag (15.) beim 1. Kürass.-Regim., Sonnabend (16.) beim 6. Jäger-Bataillon, der hiesigen Artillerie-Fuß-Abtheilung und den Trammannschaften.

Postkassette. Die in diesen Blättern ausgesprochene Klage über gleiche Farbe und Größe der Frei-Marken zu 3 Sgr. und ½ Sgr. sind allerdings zum Theil begründet, insofern gelb und chamois namentlich des Abends sehr leicht zu verwechseln sind. Auf der anderen Seite dürfte aber die verschiedenartige Inschrift der Marken je nach ihrem Werthe, bei einiger Aufmerksamkeit schon ein Hindernis

bergleichen Verwechslungen im Publikum sein; bei den Postbeamten kommt ein solcher Irrthum jedenfalls nur selten vor. — Für den Augenblick läßt sich übrigens dem vermeintlichen Uebelstande gar nicht abhelfen, denn die Frei-Marken werden bei dem riesigen Bedarfs in solchen Unmengen gedruckt, daß sie für längere Zeit ausreichen — und diese Vorräthe müssen doch erst jedenfalls aufgebraucht werden.

Das letzte diesjährige Invaliden-Konzert verjammelte gestern im Kugnerschen Lokale ein überaus zahlreiches Auditorium, unter dem sich alle Stände vertreten fanden. Von den 23 Nrn. des Programms ragten natürlich die Gesangs-Vorträge der Frau Dr. Mamppe-Babnigg so wie die Solopiecen, welche Herr Musik-Direktor Bilke auf der Violine zu Gehör brachte, besonders hervor; den Glanzpunkt des Abends bildete jedoch das „Kinder-theater“, bei dem von den Geschwistern Meinhold zwei allerliebste Genrestücke vorgeführt wurden. Das Publikum zollte den jugendlichen Darstellern enthusiastischen Beifall. Wie bei ähnlichen Anlässen war das Konzertlokal mit patriotischen Emblemen, Draperien u. g. schmuckvoll decorirt. Die Einnahme zu Gunsten des wohlthätigen Zweckes dürfte, bei der lebhaften Theilnahme, eine sehr erfreuliche gewesen sein.

Das Konzert, welches Herr Dr. Damrosch nächsten Montag im Musiksaale der Universität veranstalten wird, verdient sicher die wärmste Theilnahme Aller, die sich der Musik mit Liebe zugewandt haben. Das gehaltreiche Programm, wir erwähnen nur die „neunte Sinfonie von Beethoven“, die zahlreich aufgeführten musikalischen Mittel, die treffliche Besetzung der Solopiecen u. u. versprechen einen eben so gebienden als seltenen Genuß.

Generalversammlung des Vereins für Stenographie nach Stolze, am 6. d. Mts. Nach Erledigung verschiedener Vereins-Angelegenheiten verliest der Vorsitzende, Herr Nam, die Namen derer, die im verfloffenen Quartal Bestände für die Vereins-Bibliothek schrieben; bringt den noch vorhandenen Vorrath von stenogr. Devisen-Brief-Blättern (144 für 2½ Sgr. käuflich) in Erinnerung und kündigt das baldige Erscheinen der vierten Auflage seines stenogr. Aufgabebuches an, welches Fortschritte zum Vollkommenen nachweisen wird. Die drei Anträge des Herrn Köhn; 1) auf Fortsetzung des stenogr. Sonabend-Kränzchens bis Anfang Mai; 2) auf Anschaffung des Correspondenzblattes, welches das stenogr. Institut zu Dresden (Reg.-Rath Heppel) herausgibt; und 3) auf Anschaffung zweier Exemplare der Anleitung für lateinische Stenographie von Wadernagel, wurden nach gehöriger Begründung der Anträge sämtlich angenommen. — Derselbe berichtet über seine Reise nach Berlin, die er kürzlich zu stenographisch-pökalischen Zwecken unternahm. Die mündlichen Mittheilungen über die berühmtesten dortigen Stenographen: Stolze, Dr. Michaelis, Wadernagel, Kresler, Heidenreich u. u. waren ebenso interessant als die Mittheilung des Herrn Köhn aus Journalen in gabelbergerischer Schrift verfaßt. Schließlich ist noch zu berichten, daß Herr Köhn den Preis im letzten stenogr. Wettschreiben errang.

Der Verein der bresl. Lehrer zur Verbesserung der Lage ihrer Hinterbliebenen wählte in seiner am 3. d. M. abgehaltenen Versammlung nachbenannte Lehrer zu Vorstands-Mitgliedern: Kirchner, Moder, Sonnabend, Thiel, Ed. Scholz und Stephani. Laut Beschluß ist der Verein der „Germania“ (Lebens-Versicherungs-Altkassen-Gesellschaft in Stettin) beigetreten, und erfolgte sogleich die Zeichnungen zum Beitritt resp. die Versicherungen von den anwesenden Mitgliedern. — Nach dem Statut kann jeder Lehrer Breslau's ohne Unterschied der Religion und des Alters Mitglied des Unterstügungs-Vereines werden, wenn er sich zur Mittheilung an der von dem Vereine erwählten Lebensversicherung resp. Sterbe-laffen-Gesellschaft bereit erklärt. In den Kreisen der Provinz Schlesien, wo sich kein total-Verein zu gleichem Zweck ermöglichen läßt, steht der Anschluß an den bresl. Verein offen. — Indem wir Vorstehendes mittheilen, vernehmen wir nicht, auf die Zweckmäßigkeit des Vereines aufmerksam zu machen. Die Beitrittserklärung muß beim Vorsitzenden des Vereines, Herrn Thiel, oder bei den übrigen Vorstands-Mitgliedern erfolgen.

Löwenberg, Anfang April. Mit freudiger Theilnahme hat man hier Kenntniss genommen von der fortschreitenden Besserung Sr. Hoheit des Fürsten von Hohenzollern-Hechingen, nachdem Hochdieselbe mehrere Monate hindurch durch körperliche Leiden an das Krankenlager gefesselt war. In Folge dessen werden die wenigen Wochen bis zu Ende dieses Monats noch mit einigen Konzerten ausgefüllt werden. — Die heutige Stadtverordnetenversammlung genehmigte den Fortstufungs- und Verbesserungsplan für 1859 und die dazu erforderliche Summe von 475 Thln. und beschloß vor Bewilligung des Spezial-Bau-Etats pro 1859, im Betrage von 3253 Thln., während laut Antrages für die dreijährige Statsperiode auf jedes Jahr nur 1800 Thlr. ausgemessen sind, vorher die Begutachtung eines königl. Baumeisters als unparteiischen Sachverständigen nachzusuchen. — Die Koller-Weismannsche Seiltänzer- und Athleten-Gesellschaft produziert seit Anfang dieser Woche ihre außerordentlichen Künste unter großem Jubel und Beifall des Publikums.

SS Schweidnitz, 8. April. [Directorats-Jubelfeier am Gymnasium.] Am gelrigen Tage waren 25 Jahre verflossen, seitdem Director Dr. Julius Held, von 1827—1854 College am Gymnasium zu St. Maria Magdalena in Breslau, das Directorat des hiesigen Gymnasiums übertragen worden war. Es war das erstmal seit Gründung der Anstalt (1708), daß ein Director sein 25jähriges Directorats-Jubiläum feierte. Die Zöglinge des Gymnasiums versammelten sich gestern Morgens 8 Uhr in der Aula. Als der Director, durch eine Deputation eingeleitet, in derselben erschienen war, stimmte der Sängerkhor der Gesang an: „Gebet den Herrn, den mächtigen König der Ehren.“ Nach den Ansprachen seitens eines Primaners und eines Sextaners, wurden demselben die Geschenke überreicht, welche in Liebe und Dankbarkeit die Schüler sämtlicher Klassen als Angebinde vereinten, bestehend in zwei silbernen Armleuchtern und drei Festgedichten, das eine in lateinischer, die beiden anderen in deutscher Sprache, von zwei Primanern und einem Secundaner abgefaßt. Der Director dankte in tiefer Rührung für die Beweise der Liebe, die ihm gesendet worden waren. Mit dem Vortrage des Psalm 34 endete der erste Akt der Feier. Der zweite, die eigentliche Schulfest, nahm des Morgens 10 Uhr ihren Anfang. Bei derselben waren das Lehrer-Collegium und die Zöglinge der Anstalt, die Patronatsbehörde sowie die anderen Behörden der Stadt, die mehr oder weniger mit der Anstalt in Beziehung standen, Väter der Zöglinge, ehemalige Zöglinge, Gönner und Freunde der Anstalt in reicher Anzahl gegenwärtig. Als der Director, von zwei Mitgliedern des Lehrer-Collegiums eingeleitet, die Aula betrat, stimmte die ganze Versammlung den Choral an: „Sei Lob und Ehr' dem höchsten Gut.“ Nachdem die drei ersten Verse des Liedes gesungen, hielt Herr Prorektor Dr. Schmidt eine sehr gebiegene Festrede. Am Schlusse überreichte der Redner dem Jubilar die Namens der Anstalt von ihm verfaßte Jubelschrift: „Der in der luthrandenburgischen Linie der Hohenzollern im Jahre 1613 erfolgte Consecrationswechsel.“ Am frühen Morgen des Tages hatte das Lehrer-Collegium den Jubilar mit einer sinnvollen Gabe überrascht. Nachdem der Prorektor seinen Vortrag beendet, ergriff der Jubilar das Wort, er warf einen Blick auf die Vergangenheit, die sich heute so lebhaft seiner Erinnerung aufdrängte, dankte für die Unterstügung, die ihm seitens der Patronatsbehörde und seitens des Lehrer-Collegiums bisher zu Theil geworden, für alle Beweise des Wohlwollens, die ihm heute so vielfach bereits gesendet worden, und schloß gleichfalls mit einem Gebet. Mit dem Gesänge: „Nun danket alle Gott“ endete die Schulfest, und das Fest nahm nun den amtlichen Charakter an. Es folgten nun die Gratulationen der Behörden, zunächst des Magistrats als Patron, und der Stadt-Commune, durch den Oberbürgermeister Glubrecht dargebracht, dann des Gymnasial-Collegiums (Curatorium der Anstalt) durch eben denselben in seiner Eigenschaft als königl. Compagnons-Commissarius. Als Repräsentant der Stadt-Commune knüpfte er an die Glückwünsche der Commune die Mittheilung, daß dieselbe dem Director eine Gehaltszulage gemacht, deren Nutznießung nach seinem Tode auch auf seine Frau übergehen solle; als Repräsentant des Gymnasial-Collegiums überreichte er demselben als Ertrag einer von den früheren Zöglingen der Anstalt oder deren Eltern und Eltern der dieselbe jetzt besuchenden Jugend veranstaltete Sammlung einen Rentenbrief von 650 Thlr., und ein Sparkastenbuch, lautend auf 37 Thlr. 10 Sgr., für eine zum Besten des Gymnasiums zu begründende Stiftung, die den Namen des Jubilars führen sollte. Es folgten nun die Beglückwünschungen seitens des evangelischen Kirchen-Collegiums durch den Vorsteher desselben, den Stadtrat und Syndikus Fikner, seitens des evangelischen Kirchenministeriums durch den königl. Superintendenten Haake, seitens der katholischen Geistlichkeit im Auftrage des durch Krankheit verhinderten Stadtpfarrers Graue durch den Ober-Kaplan Kiesel, von den Lehrern der ev. Stadtschule durch den Rector Zupfner, von denen der lathol. Stadtschule durch den Rector Köhr, von dem General-Major v. Chappuis im Namen der Philomathie, von dem königl. Landrath v. Gellhorn und dem Gewerbeschul-

Director Großmann, beide letztere ehemalige Zöglinge der Anstalt, von dem Kommandanten Oberst-Lieut. Vartenwerfer u. a. m. — Um 2 Uhr Nachmittags wurde von der Commune dem Jubilar zu Ehren ein Festmahl in dem Saale des Gasthofes „zur Stadt Berlin“, der von dem Fest-Comite in sehr sinniger Weise decorirt war, veranstaltet, bei dem sich mehr als 150 Personen aus den verschiedenen Ständen theilnahmen. Unter den Ehrengästen der Stadt heben wir außer dem Jubilar hervor den Ober-Regierungsrath Eichhorn aus Breslau, und den zur Zeit als Präsidenten des Schwurgerichts fungirenden Appellationsgerichts-Rath Dames eben daher. — Von mehreren Gymnasien der Provinz und von vielen Privatpersonen waren dem Director Gratulations-schreiben zugegangen. Die Zöglinge der beiden obren Klassen brachten dem Director Abends noch ein Ständchen.

Brieg, 8. April. [Abiturienten.] Gestern sollten unter Vorsitz des t. Schulrath Dr. Scheibert zehn Primaner pro abitu geprüft werden. Leider hatten sich zwei von ihnen eines Unterschleifs bei den schriftlichen Probearbeiten schuldig gemacht und mußten daher nach den bestehenden Vorschriften zurückgewiesen werden. Dagegen konnte von den verbleibenden acht Examinanden viere wegen Vortüchtigkeit ihrer Leistungen in den schriftlichen Arbeiten und zur Belohnung ihres in ihrer ganzen Schulzeit bewiesenen Fleißes und ihrer musterhaften sittlichen Haltung die mündliche Prüfung ganz erlassen werden. Die Prüfung der übrigen vier dauerte von 8 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends. Die öffentliche Entlassung wird über 8 Tage stattfinden.

Poslau, 8. April. [Schlechte Wege.] Die Straßen in unserer Umgebung sind durch das letzte Regenwetter hienieden schlecht geworden, welche Nachtheile das erzeugt, lehrte z. B. Folgendes: In letzter Woche mußten alle hiesigen Geschäftsleute, welche den breslauer Jahrmarkt besuchen wollten, von von hier aus schon eine Stunde nach Mittnachts aufbrechen, um zur rechten Zeit, d. h. um 7½ Uhr Morgens, den Bahnhof A. zu erreichen, obgleich dieser nicht über 3 Meilen von uns entfernt und die letzte Strecke von 1¼ Meile sogar chauffirt ist. Wäre dies der ganze Weg von hier nach Ratibor, so würden daraus, wie hier Jedermann weiß, für unsere Stadt unberechenbare Vortheile hervorgehen.

Aus dem Kreise Rosenberg, 8. April. [Reise Sr. Excellenz des Herrn Hausministers.] Zur Inspektion der zu den königl. Familiengütern gehörigen Herrschaft Karmunkau kam Se. Excellenz der Herr Hausminister v. Massow, in Begleitung des Geh. Kammerraths Herrn Schmidt, am 1. April Nachmittags 3 Uhr unter Vorritt des königl. Oberförsters Herrn v. Ziegler in Bisdorf an und stieg im dortigen Schlosse ab. Zum Empfang hatten sich unter Anderen der Baron v. Reifewitz, der Herr Landrath des rosenberger Kreises Schemmel, der Herr Kreisgerichts-Direktor Ciroes, der Herr Rechtsanwalt Willmet, Herr Pfarrer Strauß aus Rosenberg, die Geistlichkeit auf der Herrschaft, der Hüttenbesitzer und Pächter Herr L. Sachs jun. aus Guttentag, der Knappschafte-Art Herr Dr. Goldschmidt eingefunden. Dieselben hatten die Ehre von Herrn Geheimrath Schmidt Sr. Excellenz vorgestellt zu werden, und ein großer Theil der Herren wurde bald zum Diner bei Sr. Excellenz befohlen. Schon den nächsten Tag, Sonnabend, besichtigte Se. Excellenz in Begleitung des Herrn Geheimraths Schmidt, des königl. Bauinspektors Herrn Gottgreu aus Oppeln, des königl. Oberförsters Herrn v. Ziegler, des Rentmeisters Herrn Kaulisch die Güter Purow, Alt- und Neufarmunkau. Sonntag war der Besichtigung des Gutes Bodzanowitz und der dazu gehörigen Vorwerke gewidmet. Der Pächter desselben, Herr Oberamtmann Reggehl, hatte die Ehre, Sr. Excellenz ein Frühstück vorsetzen zu dürfen. An demselben Tage nahm auch Se. Excellenz die ausgedehnte Erzförderung auf den Favor-Jelbfern und in Dblonken in Augenschein. Empfangen wurde Se. Excellenz daselbst von dem Bergverwalter Herrn S. Sachs, der die Ehre hatte, einen Rapport über die Größe der Förderung zu überreichen. Am Steigerbaue in Favor flatterten zum Gruße mächtige Fahnen in den preussischen Farben. Montag besichtigte Se. Excellenz das Gut Groß-Borek und von da fuhr derselbe nach dem Eisenhammer, dann zum Hochofen in Borek und schließlich zum Hochofen in Kugoben. Dem Gefolge hatten sich jetzt noch der königl. Hütten-Inspektor Herr Kestermann und der Maurermeister Herr Hanke aus Rosenberg angeschlossen. Am Eisenhammer wurde Se. Excellenz von dem Hüttenpächter Herrn L. Sachs aus Guttentag und dem Herrn Hütten-Inspektor Dittmann aus Kugoben empfangen. Sowohl in Borek als auch in Kugoben fand in dem Zeitraume von einer halben Stunde unter den Augen Sr. Excellenz ein wohlgeleiteter Abstieg statt. Den Eingang des Kugobener Hochofens schmückte eine Ehrenpforte und das hüttenmännische „Glück auf“, umflattert von Fahnen in den preussischen Farben, leuchtete in Goldbuchstaben weit hin. Herr L. Sachs hatte auch die Ehre, Se. Excellenz mit einem Dejeuner in der Amtswohnung des Herrn Hütten-Inspektors Dittmann bewirthen zu dürfen. Der nächstfolgende Tag war der Inspizierung des Gutes Kosterlitz und Sternalitz, das jetzt in der Pacht des Herrn v. Damitz II. ist, gewidmet. Auch besuchte Se. Excellenz die sternalitzer Erzgruben, wo er zunächst das neue, prachtvolle, für die Bergleute erbaute Wohnhaus in Augenschein nahm und sich zugleich von dem regelrechten, kunstgemäßen wie auch schwierigen Baue der Schächte daselbst überzeugen konnte. Der Bergverwalter Herr S. Sachs hatte die Ehre, Sr. Excellenz einige Verbesserungen zu überreichen, die derselbe dankend annahm. An einem der genannten Tage wurde auch das Dominium Bisdorf besichtigt. Ueberall war die Reise Sr. Excellenz von Alten der Mildthätigkeit bezeugt. Mittwoch Mittag reiste der Herr Minister von Bisdorf ab, zunächst nach Oppeln und Breslau.

Schließlich noch einige Bemerkungen über das hiesige Berg- und Hüttenwesen, die wohl bei den seltenen Berichten aus hiesiger Gegend willkommen sein dürften. Man kann sagen, es ist ein Glück für die hiesige Gegend, daß die Pacht der Erzfelder und Hochöfen in den Händen eines Mannes sich befindet, wie eben der Hüttenbesitzer und Pächter L. Sachs jun. in Guttentag ist. Während man aus allen Gegenden Schlesiens von totaler und partieller Arbeitslosigkeit bei den Hütten und Gruben berichtet, wird hier trotz der ungünstigen Konjunktur des Eisens ungeschwächt fortgearbeitet. Herr L. Sachs beschäftigt hier über 400 Arbeiter und hat noch Keinen entlassen. Freilich mußten die Löhne, die früher durch eine maßlose Konkurrenz in die Höhe geschraubt waren, jetzt zeitgemäß fallen; doch sorgt Herr Sachs noch immer dafür, daß die Arbeiter ihr Auskommen haben. Von der Größe der Erzförderung diene zum Beweise, daß in den letzten 3 Jahren über 77,000 Tennen Eisenstein gefördert wurden. Auch in den Hochöfen wird fortproduziert, ja der Betrieb ist sogar ein starker. Es wäre also zu wünschen, daß die Konjunktur bald zum Besseren umschlage, damit einerseits die Ausdauer und Thätigkeit des Herrn Sachs nicht erlahme, andererseits von gutem Erfolge gekrönt werde.

(Notizen aus der Provinz.) \* Gölzig. Am 6ten d. Mts. hielt Herr Pöppel Fin in dem Saale des Gasthofes zum Hirsch vor einem zahlreichen Publikum seinen ersten Vortrag.

Verichtigung. In der gelrigen Btg. (Nr. 167) ist ein Theil der Nachrichten aus Gölzig unter das Datum „Marlissa“ gekommen. Es ist vor den Sach: „In unserer naturforschenden Gesellschaft u.“ das Datum „Gölzig“ zu setzen.

Glogau. Sowie in Breslau, so sind auch hier Differenzen zwischen den städtischen Behörden und dem Fiskus entstanden, und zwar ebenfalls wegen Schulangelegenheiten. Der Fiskus soll einen Beitrag zu der neu errichteten 7. und 8. Klasse der katholischen Stadtschule nach Analogie der Baufkosten geben. Der Fiskus will sich dazu nicht verstehen und empfiehlt den Rechtsweg. Die Stadtverordneten-Versammlung will ihn auch sofort ergreifen und hat zur nachmaligen Prüfung der Sache eine sachverständige Kommission niedergesetzt.



— Nächsten Mittwoch soll das Oratorium „Sephtha“ durch unsere Singakademie aufgeführt werden. — Dienstag den 12. findet eine Generalversammlung des landwirtschaftlichen Vereins statt.

□ Hirschberg. Neulich wurde ein Schuhmacher und Häusler zu Hohenröhrsdorf in einer Kammer seines Hauses erhängt aufgefunden. — Die Teilnahme am Sparverein ist dieses Jahr so bedeutend, daß in den ersten Wochen schon über 700 Sparbücher ausgegeben und dieselben vollständig vergriffen worden sind. Es können dieses Jahr keine mehr ausgegeben werden. — Unser landwirtschaftlicher Verein veranlaßt sich am 14. April in den drei Bergen. — Die Kosten der Restauration unserer Gnadenkirche belaufen sich auf 7500 Thaler, davon sind bis jetzt circa 3000 Thaler aufgebracht, mithin fehlen noch 4500 Thaler.

## Handel, Gewerbe und Ackerbau.

**Breslau.** [Wochenbericht.] In der Situation unserer Börse hat sich diese Woche nichts geändert. Sie blieb abhängig von den auswärtigen Cursen, das Geschäft war von geringem Umfange. Die Thätigkeit von den auswärtigen Börsen, welche durch die Unentschiedenheit in der politischen Lage verstimmt wurden, bewirkte bei den fortwährend flauen und weichen Notizen einen Rückgang sämtlicher Aktien, wie dies nachstehende Vergleichung ergibt:

Cours vom	2. April.	9. April.
Oberchl. Stamm-Aktien...	126 Gld.	118 1/2 bez.
Breslau-Freiburger...	87 Gld.	84 etw. bez.
Oryeln-Larnowitzer...	41 Gld.	41 Br.
Wilhelmsbahn...	46 1/2 bez.	46 Br.
Deuterr. Credit-Aktien...	88 1/2	79 bez.
Schles. Bank...	80 1/2 Br.	78 Br.
National-Anleihe...	71 1/2 bez.	66 1/2 bez.
Deuterr. Banknoten alte...	96 1/2	93 1/2 Br.
neue...	92	89 bez.
Wiener Wechsel...	90 1/2 Br.	89 1/2

Dem Fondsmarkt wendete sich das Kapital in größerem Umfange zu, welches durch Couponsrealisierungen z. B. beim Quartalswechsel flüssig wurde. Dies wie der Begehr für solide Prioritäts-Obligationen und Fonds an der Berliner Börse rief zu Anfang der Woche eine Steigerung dieser Papiere hervor, welche jedoch nicht bis heute anhält.

\* Der Verwaltungsrath des Nordb. Lloyd in Bremen fordert zur Zeichnung einer Prioritäts-Anleihe auf (s. den Inzeraten-Teil d. Bz.). Diese Anleihe wird in 6000 Antheilscheinen, à 100 Thlr. Gold, mit sechs Prozent verzinslich, bestehen und ist zur Sicherheit dieser Anleihe der Bremer Bank, als Vertreterin der Inhaber dieser Antheilscheine, eine General-Hypothek auf das gesammte bewegliche und unbewegliche Vermögen des Lloyd bestellt worden.

**Berlin.** 9. April. [Wochenbericht über Eisen, Kohlen und Metalle.] In der vergangenen Woche hielt die Geschäftslosigkeit mehr wie zuvor an; der mäßige Abzug, der sich bei den wenigen dringenden Aufträgen nicht zu vergrößern scheint, und nur auf unseren Consumtionsbedarf angewiesen ist, konnte wiederum auf die Preise keinen Eindruck machen. Da Waare immer hinlänglich zu beschaffen ist, so bleibt die Tendenz des Marktes wenig verändert.

Kohleisen, schottisches ab Lager 1 1/2 Thlr. schwimmende Ladungen. Glasgower Brände und auf Lieferung à 48 Sgr. offerirt, untergeordnete Marken 2-3 Sgr. pr. Ctr. billiger und Gartierie à 1 1/2 Thlr. künstlich. Schwedisches, ungarisches, schlesisches Holzstohlen und loco Kohleisen ohne Frage.

Der Umfatz in Stabeisen erstreckt sich einzig und allein auf Detail-Einkäufe zu unveränderten Preisen.

Alte Schienen. Inländische bei Entnahme von Posten zu 2 Thlr. pr. Cassa zu haben. Englische nicht unter 2 1/2 Thlr. zu beziehen.

Blei feiner, 7 1/2-8 Thlr. pr. Ctr.  
Zink behauptet, es wird nichts dringendes zum Verkaufe offerirt, wodurch wenigstens augenblicklich Preise nicht mehr gedrückt werden, einige Posten wurden ab Breslau zu 6 Thlr. 19 Sgr. bez., W. H. à 6 1/2 Thlr., in loco im Detail 7 1/2-7 Thlr. pr. Ctr.

Zinn etwas höher, bei geringem Geschäft in loco im Detail 46 1/2-48 Thlr. Kupfer. Die Frage hat nachgelassen, es sind nur kleine Posten zu billigen Preisen zu geben. Notierungen: russisches 40-43 Thlr., englisches, schwedisches, australisches, amerikanisches 36-39 Thlr. nach Qualität.

Kohlen waren in dieser Woche sehr gedrückt und Verkäufe lassen sich nur durch ein Opfer im Preise erzielen. Notierungen: Engl. Stäbtkohle nach Qualität 21-23 1/2 Thlr., Grubenkohle 21-22 Thlr., doppelt gesiebte Rußkohle 18-21 Thlr. Coals 18-20 Thlr. pr. Last. Schlesische Kohlen zu unveränderten Preisen im Detailhandel umgelegt, in Rahnladungen à 20 1/2 Thlr. pr. Last künstlich, Holzstohlen à 15 Sgr. pr. Tonne.

**London.** 6. April. Am Dienstag, 26. laufenden Monats und darauf folgende Tage werden in Liverpool ca. 9000 Ballen ostindische Wollen, = 5000 = diverse fremde dto. (Buenos-Ayres, ägyptische, peruanische &c.) und = 1000 = englische Haut &c. zur Verfeinerung gebracht werden, wovon wir unsere Freunde unter ergebener Empfehlung unserer Vermittelung zu den Einkäufen, welche sie bei dieser Gelegenheit zu machen willens sein sollten, hiermit in Kenntniß setzen. Die gesunde Lage der einheimischen Manufacturen läßt auf feste Preise schließen.

**Breslau.** 9. April. [Börse.] Die niedrigeren auswärtigen Notierungen übten auf unsere heutige Börse ihre natürliche Rückwirkung, alle Course gingen wesentlich gegen gestern zurück, besonders österr. Credit, die zu 78 1/2-79, und National-Anleihe, die zu 66 1/2-67 gehandelt wurden. Oberchlesische wurden heute mit 119 verkauft. 2 Mt. Wien mit 87 1/2 und Banknoten mit 88 1/2 bezahlt. Auch schles. Bank wurden aus Connivenz billiger ausgeben.

**SS Breslau.** 9. April. [Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.] Roggen höher bezahlt; Rübölungsscheine — loco Waare —, pr. April 38 1/2-39 Thlr. bezahlt, April-Mai 38 1/2-39 Thlr. bezahlt, Mai-Juni 39 Thlr. bezahlt und Gld., Juni-Juli 39 1/2-39 3/4 Thlr. bezahlt, Juli-August 40 Thlr. bezahlt, August-September —, September-October —. Rüböl unverändert; loco Waare 12 1/2 Thlr. Br., pr. April 12 1/2 Thlr. Br., April-Mai 12 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni —, Juni-Juli —, Juli-August —, August-September —, September-October 12 Thlr. Br. Kartoffel-Spiritus höher bezahlt; pr. April 8 1/2-1/2 Thlr. bezahlt, April-Mai 8 1/2-1/2 Thlr. bezahlt, Mai-Juni 8 1/2 Thlr. Gld., Juni-Juli 8 1/2 Thlr. bezahlt, Juli-August 9 1/2 Thlr. bezahlt, August-September —, September-October —.

Zink. In dieser Woche wurde zwar Einiges von loco Waare zu den gemeldeten Preisen begeben; doch war in den letzten Tagen in Folge niedriger auswärtiger Notierungen auch hier eine mattere Stimmung und wurden fernere Verkäufe nur zu reduzierten Preisen zu bewirken sein. Es fehlen jedoch bei den kleinen Beständen dringende Angebote.

**Breslau.** 9. April. [Privat-Produkten-Markt-Bericht.] Vom heutigen Markte haben wir keine wesentliche Veränderung zu berichten. Die Landzufuhren waren sehr gering, die Offerten von Bodensiegeln mäßig, die Auswahl in guten Qualitäten beschränkt und weder für den Konsum noch nach auswärtig eine rege Kaufkraft bemerkbar; beste Qualitäten Roggen und mittlere Sorten gelber Weizen, wenn auch mit etwas Bruch, waren am verkäuflichsten. Erbsen und Widen stark angeboten und niedriger erlassen.

Weißer Weizen	80-90-95-100 Sgr.	
Gelber Weizen	73-78-84-88	
Brenner-Weizen	36-40-45-48	
Roggen	48-52-54-57	nach Qualität
Gerste	36-40-45-48	und
Safer	30-34-37-40	Gewicht.
Roth-Erbsen	66-75-80-83	
Futter-Erbsen	55-58-60-63	
Widen	55-60-63-66	

Delfaaten ohne Handel; die Notierung ist nur nominell. — Winterraps 110-112-114-116 Sgr. nach Qualität und Trockenheit.

Rüböl unverändert; loco und pr. April 12 1/2 Thlr. Br., April-Mai 12 1/2 Thlr. Br., September-October 12 Thlr. Br.

Spiritus behauptet; loco 8 1/2 Thlr. en détail bezahlt. Von Kleesaaten in rother Farbe wurde zu bestehenden Preisen Einiges gehandelt, weiße Saat ohne Frage und billiger offerirt.

Roth-Saat 12 1/2-13 1/2-14 1/2-15 1/2 Thlr. } nach Qualität.  
Weiße Saat 22-24-25-26 Thlr.  
Thymothee 13-13 1/2-14-14 1/2 Thlr.

## Wasserstand.

**Breslau.** 9. April. Oberpegel: 16 F. 3 Z. Unterpegel: 4 F. 4 Z.

**Die neuesten Marktpreise aus der Provinz.**  
Frankenwein. Weizen 57-58 Sgr., Roggen 51-54 Sgr., Gerste 34 bis 37 Sgr., Safer 33-36 Sgr.  
Glas. Weizen 60-103 Sgr., Roggen 40-56 Sgr., Gerste 34-41 Sgr., Safer 32-37 Sgr.  
Neurode. Weizen 55-66 Sgr., Roggen 45-54 Sgr., Gerste 36-40 Sgr., Safer 32-34 Sgr., Erbsen 30-39 Sgr.  
Reichenbach. Weizen 35-85 Sgr., Roggen 40-52 Sgr., Gerste 37-46 Sgr., Safer 31-36 Sgr.

## Theater-Repertoire.

Sonntag, den 10. April. 9. Vorstellung des zweiten Abonnements von 70 Vorstellungen.  
1) Zum ersten Male: „Das Singpiel am Fenster.“ Komische Oper in 1 Akt von Ludovic Halevy. Musik von Gailfain. Müller, Hr. Weiß. Louise, seine Mündel, Fräul. Remond. Franz, Dichter und Komponist, Hr. Meinhold. Friedrich, Maler, Herr Bräuner. 2) „Drei Frauen auf einmal.“ Pöffe in 1 Akt von Alexander Cosmar. 3) „Die Verlobung bei der Laterne.“ Komische Operette in 1 Akt von Michel Carré und Leon Battu. Musik von J. Offenbach. 4) „Ein Maskenball in Paris, oder: Die Polka vor Gericht.“ Komisches Ballet in 1 Akt und 2 Bildern, in Scene gesetzt vom Balletmeister Fr. Böhl.  
Montag, den 11. April. 10. Vorstellung des zweiten Abonnements von 70 Vorstellungen.  
Zum dritten Male: „Montrose, der schwarze Markgraf.“ Trauerspiel in 5 Akten von Heinrich Laube.

## Gewerbe-Verein.

Allgemeine Versammlung Montag den 11. April 7 Uhr in der Börse. Vorstands-Proklamation. Vortrag des Hrn. Fabrik-Kommissar Hofmann über Verfall und Hebung des Gewerbes und der Industrie. Verschiedene Vorlagen und Mittheilungen.

## Das von mir angekündigte Vocal- und Instrumental-Konzert

findet morgen, Abends 7 Uhr, im Musik-Saale der Universität bestimmt statt. Vis-à-vis zu unnummerierten Plätzen à 20 Sgr. sind bei Gainer, Leuckart, Scheffler, Hienz und König, sowie an der Kasse zu haben. [2591]  
**Dr. Leopold Damrosch.**

## Grosses Concert.

Brieg, den 14. April: Aufführung der *Athalia* von Racine, mit Musik von Dr. F. Mendelssohn-Bartholdy. [2574]  
**Reiche,** kgl. Musikdirektor.

**Fr. Krause, pract. Arzt u. Zahnarzt,** Breslau, Messergasse 26, beschäftigt sich vorzugsweise mit Heilung von Krankheiten des Mundes, der Zähne und dem Wiederersatz verloren gegangener Zähne. Das Einsetzen der künstlichen Zähne geschieht schmerzlos. Zeugnisse über die Brauchbarkeit werden auf Verlangen präsentiert. [3885]

## Eisenbahn-Zeitung.

**Breslau.** 9. April. Ueber das lethale in der Gegend zwischen Guben und Jeshitz erfolgte schreckliche Eisenbahn-Unglück vernehmen wir noch Folgendes: Der Unfall trug sich nicht weit von der Wärrerbude 132 zu, trotzdem scheint den Bahnwärter keine Schuld zu treffen, da es jedenfalls noch nicht Zeit war, die Barriere zu schließen. Die Wagen mögen nämlich schon eine geraume Zeit auf dem Schienengleise gestanden sein, bevor sie der Zug einholte. Es sind nämlich in der That zwei Fuhrwerke gewesen, welche den Zug auf der Bahn unbesorgt verfolgten. Die Führer der Letzteren aufmerksam gemacht durch ein fernes Geklirr, verließen aber noch zur rechten Zeit die gefährliche Straße und lenkten mitten auf der Leiste ab, wobei sie in den dort nicht tiefen Straßengraben gerieten. In demselben Augenblicke ergriff aber schon die Locomotive den ersten Wagen, und die Gewalt des Stoßes war so furchtbar, daß jener sofort in kleine Stücke zerfiel, die beide Pferde zermalmt und die Ueberreste bei Seite geworfen wurden, das dritte aber unter den Zug geriet und förmlich gerädert über 200 Schritte mitgeschleppt ward, bis der ganze Train zum Halten gebracht war. Dem einen der drei unglücklichen Passagiere schnitt die Locomotive beide Beine ab. Noch lebend wurde er sofort in das Hospital nach dem nicht allzu fernen Guben gebracht, wo er erst den andern Morgen nach unglücklichen Schmerzen sein Leben aushauchte. — Die Verunglückten sind, wie bereits gemeldet, Pferdehändler und zwar aus Forst gewesen.

\* Am 26. März war bei Spittelndorf (an der niederchlesischen märkischen Bahn) ein Arbeiter verunglückt, der mit dem Zusammen-schieben von Wagen beschäftigt, in dem Augenblicke, als er die Nothketten befestigen wollte, mit dem Kopfe zwischen die Puffer gerieth und so erhebliche Verletzungen davontrug, daß er wenige Tage darauf starb. Ein anderer Arbeiter, auf der Strecke bei Finkenheerd beschäftigt, erlitt neuerdings in Folge eigener Unvorsichtigkeit, indem er sich während der Frühstückszeit an die Puffer eines Wagens anlehnte, gleichfalls eine starke Verletzung am Kopfe; doch ist Hoffnung vorhanden, den allerdings schwer Beschädigten am Leben zu erhalten. Am 8. dieses Monats Abends endlich ereilte den Bahnwärter Grosser bei Sorau, als er eben — wahrscheinlich etwas verspätet — im Begriff war, das Lampensignal zu geben, die Maschine eines heranbrausenden Güterzuges, wodurch ihm beide Beine abgefahren wurden. Der Unglückliche starb nach wenigen Stunden. — Bei dem reulich erwähnten Unglücksfall zwischen Guben und Jeshitz (am 5. April) sind zwei Personen getödtet, eine nicht unerheblich verletzt worden.

## Einnahme der Meißner-Eisenbahn pro März 1859.

I. Für 5177 Personen	2696 Thlr.	— Sgr.	— Pf.
II. Für 87,242 Ctr. Frachtladungen	4178	—	—
III. Extraordinair	482	—	—
Summa	7356	—	—

Im März 1858 wurden eingenommen 8438

Mithin pro 1859 weniger 1082

Hierzu die Minder-Einnahme bis ult. Februar 1480

Ergibt bis ult. März 1859 ein Minus von 2562

## Wilhelmsbahn.

Im Monat März 1859 betrugen die Einnahmen:	
aus dem Personen-Verkehr	4,549 Thlr. 28 Sgr. — Pf.
aus dem Gepäck-Verkehr	209 „ 4 „ 6 „
aus dem Güter- und Frachtladungen-Verkehr	27,286 „ 1 „ 4 „
aus dem Durchgangs-Verkehr, vorbehaltlich späterer Feststellung	2,000 „ — „ — „
Außerdem Extraordinaria	7,493 „ — „ — „
Zusammen	41,538 Thlr. 3 Sgr. 10 Pf.
Im März 1858 wurden eingenommen	39,609 Thlr. 27 Sgr. 4 Pf.

Ratibor, den 8. April 1859.

Königliche Direction der Wilhelmsbahn.

Seine Verlobung mit Marie Baronesse von Ponte Reno, Tochter des Legations-Raths Herrn Baron von Ponte Reno, Ritter mehrerer Orden, aus Götting, zeigt ergebenst an: [3875]

Louis Baron von Lüttich auf Elbuzowo.  
Brag, den 31. März 1859.

Als ehelich Verbundene empfehlen sich:  
H. Brieger. [3900]  
Fanny Brieger, geb. Gottstein.

Als Neuvermählte empfehlen sich bei ihrer Abreise nach Hamburg:  
M. Straus. [3828]  
Zerline Straus, geb. Stern.

[2619] Todes-Anzeige.  
Donnerstag, den 7. d. M. Früh 1 Uhr verschied an einer Unterleibsentzündung nach 9-tägigem Leiden unser innigst geliebter Sohn, Bruder und Schwager, der Tertianer Ernst Kessel zu Brieg. Dies zeigen tiefbetrübt, um stille Theilnahme bittend, an:  
C. Kessel nebst Frau.  
Robert Steinhardt, als Schwager.  
Anna Steinhardt, } als Geschwister.  
Hugo Kessel,  
Paul Kessel  
Brieg, den 9. April 1859.

Heute Abend 7 1/2 Uhr verschied sanft nach langen schweren Leiden unser innigst geliebter Gatte und Vater, der Rittergutsbesitzer Bernhard Scholz. Verwandten und Freunden widmen diese traurige Anzeige um stille Theilnahme bittend:  
Die Hinterbliebenen.  
Dembiohammer, den 7. April 1859. [2577]

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, unsern geliebten Vater, den pens. General-Landwirthschafts-Sekretär Friedrich Josef Wager an Entkräftung, Freitag, den 8. April Nachmittags 3 Uhr, sanft im Glauben an seinen Heiland heimzurufen. Im tiefsten Schmerze zeigen diese allen theilnehmenden Freunden und Bekannten ergebenst an: [3862]  
Die tiefbetrübten Kinder.  
Breslau, den 9. April 1859.

Nach langem Leiden entschlief sanft heut Morgen 6 1/2 Uhr unsere gute Mutter, Großmutter, Schwägerin, Schwiegermutter und Tante, die verw. Km. Car. Guse, geb. Krause, in ihrem 70. Lebensjahre, zum ewigen Frieden. Diese traurige Anzeige widmen allen Verwandten und Bekannten statt besonderer Meldung um stille Theilnahme bittend:  
Die Hinterbliebenen.  
Breslau, den 9. April 1859.

Todes-Anzeige. [3876]  
Gestern gegen Abend entschlief unser guter Vater, der Brauerei-Besitzer Johann Herzig, in dem Alter von 67 Jahren 4 Monaten, an den Folgen einer Lungenentzündung. Seinen zahlreichen Freunden und Bekannten widmen wir diese Anzeige mit der Bitte, unsern gerechten Schmerz durch stille Theilnahme zu ehren.  
Klein-Masseltow, den 9. April 1859.  
Die hinterbliebenen Kinder.  
Die Beerdigung erfolgt Montag, den 11. d. M., Nachm. um 3 Uhr auf hiesigem Kirchhofe.

Mit Bezug auf vorstehende Annonce bleibt die Masseltow'sche Brauerei nebst Schenkwirtschaft Sonntag den 10ten und Montag den 11. April geschlossen.

Durch das gestern Abend um 5 1/2 Uhr erfolgte Ableben unseres verehrten Collegen, des Nebenältesten, Brauereibesitzers Herrn Johann Herzig in Klein-Masseltow hat unsere Innung und deren Vorstand nicht nur einen herben Verlust erlitten, sondern ist der Stütze eines wohlmeinenden Beförderers ihrer Interessen, eines treuen Rathgebers, eines wahren aufrichtigen Freundes und Mittheilers beraubt worden. Unser Gewerbe verliert in ihm den nach Vervollkommen strebenden rastlosen Meister und die Armen einen Wohlthäter.  
Das Andenken an den Verstorbenen wird in unserer Innung, deren Mitbegründer er war, nie erlöschen.

Friede seiner Asche.  
Breslau, den 9. April 1859. [2604]  
**Der Vorstand der Mälzer- und Brauer-Innung.**

Nach langen schweren Leiden wurde uns heut unser vielgeliebter Sohn und Bruder, der Herr Leutnant Franz Gann, im Alter von 27 1/2 Jahren, durch den Tod schmerzhaft entzissen. Dies fernen Verwandten und Freunden zu stiller Theilnahme.  
Glas, den 8. April 1859. [2584]  
Die Hinterbliebenen.

Familien-Nachrichten.  
Geburten: Eine Tochter Hrn. Maurermeister. F. Kirchhoff in Berlin, ein Sohn Hrn. Dr. G. Majier in Berlin, Hrn. Pastor H. Spieler in Löffow.

Todesfälle: Hr. Prof. Dr. F. Kramer in Stralsund, kgl. Steuer-Inspcctor Hr. v. Dufay in Stargard.

Für die bekräftigte Wittve und ihre 6 Kinder des ermordeten Forstbeamten Weiffert haben wir ferner erhalten: N. N. aus Arnswitz 2 Thlr., von Hrn. Thiel 1 Thlr. [2503]  
**Expedition der Breslauer Zeitung.**

Ich wohne jetzt: [3871]  
Ring Nr. 50 (Raschmarktseite).  
Dr. Sachs,  
Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.  
Sprechstunden: Vorm. bis 9 Uhr und Nachm.: von 1 bis 3 Uhr.

Unser Comptoir befindet sich nunmehr Graupenstraße Nr. 9. [3629]  
**M. Schloßmann & Comp.**

Seit dem 4. April d. J. wohne ich Schußbrücke 46, im ersten Stod. [3726]  
**F. Kleemann, Maurermeister.**

Mein Comptoir befindet sich jetzt in der „goldenen Krone“ Ecke Ring und Ohlauerstraße Nr. 29. [3908]  
**Adolph Janber.**

Unsere Parfümerie- und Toilette-seifen-Fabrik, nebst Engros-Verkauf befindet sich jetzt  
Vorwerkstraße 26 a,  
doch sind alle unsere Fabrikate außer bei uns bei  
**E. Meinecke,**  
Schweidnitzerstraße 51,  
und  
**B. K. Schieß,**  
Ring-Ecke, vis-à-vis der goldenen Krone, zu bekannten billigen Preisen zu haben. [3832]  
**Price u. Co.,**  
Vorwerkstraße 26 a.

Am 10. d. Mts. wird an die Abonnenten verandt. [2596]  
**Anzeiger für Musik &c. &c.**  
Nr. 11.

Inhalt: Das Sängerkunst, von L. Schefer. — Musikalische Briefe aus Berlin. — Ein Violin-Konzert in Tabiti, von Sauer. — Correspondenzen. — Ueber Engel's Wintfried, von A. Tschirch. — &c. &c.  
Preis des Blattes pro Quartal 8 Sgr.  
Adolph Appun in Bunzlau.

**Albums**  
in Leder und Sammet empfiehlt in schönster Auswahl die **Papier-Handlung** von **F. Schröder,**  
Albrechtsstrasse 41. [2612]



[3869]

### Das Bureau des Hausfrauen-Vereins

ist jetzt **Schubbrücke Nr. 12**, Ecke des Maria-Magdalenen-Kirchhofes.

### Oberschlesische Eisenbahn.

Höherem Auftrage zufolge sollen die im Bereich der Oberschlesischen Eisenbahn auf den Stapelplätzen Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Kattowitz angefallenen alten abgängigen Werks- und Betriebs-Materialien, als:

alte Schienen, Wagenachsen, Achsen, Roststäbe, Drehpöle, Federstahl, Eisenblech, Siederöhre, diverses Schmiedeeisen, diverse Maschinentheile von 9 zerfallenen Locomotiven, eine Dampfmaschine von 12 Pferdekraft nebst Dampfessel (letztere bei der Werkh. Kattowitz befindlich) u. c.

im Wege der öffentlichen Submission dem Meistbietenden überlassen werden. Die Gebote hierauf sind portofrei und versiegelt und mit der Aufschrift:

„Offerte auf den Ankauf von Metall-Abgängen“

versehen

#### I. für die Station Breslau

bis zum Submissionstermine, den 29. April 1859, Vormittags 10 Uhr, an die Central-Werks-Materialien-Verwaltung daselbst,

#### II. für die Station Oppeln

bis zum Submissionstermine, den 27. April 1859, Vormittags 10 Uhr, an den Herrn Sections-Conducteur Winkler daselbst,

#### III. für die Station Gleiwitz

bis zum Submissionstermine, den 28. April 1859, Vormittags 10 Uhr, an den Herrn Sections-Conducteur Lorenz daselbst,

#### IV. für die Station Kattowitz

bis zum Submissionstermine, den 27. April 1859, Vormittags 10 Uhr, an den Herrn Maschinenmeister Gruson daselbst

einzureichen, wo dieselben in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten eröffnet werden. Das spezielle Verzeichniß nebst den Bedingungen ist bei den vorstehend genannten Verwaltungs-Beamten gegen Erstattung der Copialien zu beziehen. [2558]

Breslau, den 4. April 1859. Der Ober-Maschinenmeister **A. Sammann.**

### Oberschlesische Eisenbahn.

Es soll die Lieferung und Aufstellung von 3 kompletten Drehscheiben, und zwar

- 1) eine für den Bahnhof bei Schwentochlowitz,
- 2) " " " " " Königsbrunn,
- 3) " " " " " Carolinengrube,

im Wege der Submission vergeben werden. Termin hierzu ist auf

**Freitag den 26. April d. J., Vormittags 11 Uhr,**

in unserem Central-Bureau auf diesem Bahnhofe anberaumt, bis zu welchem die Offerten frantirt und versiegelt mit der Aufschrift:

„Submission zur Lieferung von Drehscheiben“

eingereicht sein müssen, und in welchem auch die eingegangenen Offerten in Gegenwart der etwa persönlich erschienenen Submittenten eröffnet werden. Später eingehende Offerten bleiben unberücksichtigt. [2614]

Die Submissions-Bedingungen nebst Zeichnungen liegen im oben bezeichneten Bureau zur Einsicht aus, und können daselbst auch Kopien derselben gegen Erstattung der Copialien in Empfang genommen werden.

Breslau, den 7. April 1859.

**Königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn.**

### Neue Klavierstücke.

Soeben erschienen im Verlage der Buch- und Musikalienhandlung

**F. E. C. Leuckart in Breslau,**

**Kupferschmiedestr. Nr. 13,**

und sind durch jede Musikalienhandlung zu beziehen: [2578]

#### S. Jadassohn,

Op. 12. **Trois Morceaux caracteristiques.** Nr. 1. Scherzino. 15 Sgr. Nr. 2. Valse brillante. 12½ Sgr. Nr. 3. Tarantelle. 20 Sgr.

#### Alfred Jaell,

Hofpianist Sr. Majestät des Königs von Hannover.

Op. 88. **Ballade.** 20 Sgr.  
Op. 89. **La Sirène.** Mélodie. 20 Sgr.

#### A. Löschhorn,

Op. 35. **Ballade.** 20 Sgr.  
Op. 44. **La Rose des Alpes.** Tyrolienne de Salon. 20 Sgr.  
Op. 45. **Deuxième Valse.** 20 Sgr.  
Op. 49. **Les Adieux.** Mélodie. 10 Sgr.  
Op. 50. **Le Diable à quatre.** Galop brillante. 17½ Sgr.

#### Georg Reynald,

Op. 12. **Aus der Rosenzeit.** Zwei Tonstücke. Nr. 1 u. 2. à 15 Sgr.

#### Ignaz Tedesco,

grossherzoglich oldenburgischer Hof-Pianist.

Op. 107. **La Dorade.** Pièce de Salon. 15 Sgr.  
Op. 109. **L'andeln temps.** Menuet. 15 Sgr.  
Op. 110. **Scolle.** Chanson à boire. 20 Sgr.  
Op. 111. **Trois Bluettes.** 22½ Sgr.

Meinem grossen und auf das Vollständigste assortirten

### Musikalien-Leih-Institut

und der damit verbundenen

**grossen deutschen, französischen und englischen**

### Lese-Bibliothek

können täglich Abonnenten zu den billigsten Bedingungen beitreten.

Vollständiger Prospectus gratis.

**F. E. C. Leuckart.**

### Mineral - Brunnen - Anzeige

von diesjähriger frischer Füllung

habe ich jetzt die ersten Sendungen direct von den Quellen erhalten, als: Selter, Fachinger, Emser Kessel und Kränchen, Moisdorfer, Adelheidsquelle, Friedrichshaller Bitterwasser, Homberger und Kreuznacher Elisabethbrunnen, Wildunger und Wyronter Wasser nebst allen schlesischen Mineralwässern, und empfehle diese kräftigen Füllungen, so wie auch echtes Karlsbader Salz, Bilsener Pastillen, Kreuznacher Mutterlauge und Seesalz zu geneigter Abnahme. [2606]

**Carl Friedr. Reitsch,**

Breslau, Kupferschmiedestr. Nr. 25, Stadgassen-Ecke.

**Neuen weißen amerikanischen Pferdehahn-Mais,**  
in Qualität des vergangenen Jahres, — Kleesaaten und Grasfrühereien in diversen Sorten französische und Sand-Luzerne, sowie Sommer-Raps und Sommer-Rübs, offerirt: [3888]

**H. Ekersdorf,** Schmiedebücke Nr. 56.

### Stralsunder Büdlinge und Vliederinge,

frisch aus der Mähderei und deilat, 1½ Thaler pro 80 Stüd incl. Kiste und franco Breslau und nächster Umgegend, oder unfrantirt doch aber incl. Kiste 17½ Sgr. pro 80 Stüd. Imar. Bratheringe pro 80 Stüd incl. Kiste 1½ Thaler. Gefottene Krabben, pro Maß von netto 5-6 Pfund 1 Thaler incl. Gefäß, liefert prompt bei vorheriger fr. Einsendung des Betrages: [2872] **Stralsund, den 9. April 1859.** **Gustav Henneberg.**

### F. Hirt's Königl. Universitäts-Buchhandlung,

Breslau, am Naschmarkt Nr. 47.

Außer den nachstehenden und allen von irgend einer Buchhandlung öffentlich angekündigten, in Catalogen oder durch besondere Anzeigen empfohlenen Gegenständen des Buchhandels, wie des Antiquariats, bietet unser bedeutendes Lager eine wissenschaftlich geordnete Sammlung gediegener und gesuchter Bücher aus den meisten Gebieten der deutschen, französischen, polnischen, englischen und italienischen Literatur.

Im Verlage von Wilh. Kaulen in Düsseldorf ist erschienen und vorrätig in **F. Hirt's** Königl. Universitäts-Buchhandlung und bei Kern in Breslau:

### Die Stamm-Sagen der Hohenzollern und Welfen.

Ein Beitrag

zur deutschen Mythologie und Heldensage

von **Dr. Nicolaus Hoyer.**

Ladenpreis 20 Sgr.

Das obige Buch, welches die uralte Verwandtschaft der beiden ältesten deutschen Fürstengeschlechter wissenschaftlich nachweist, dürfte bei der Geburt des preussischen Kronprinzen, dessen Eltern den Hohenzollern und Welfen angehören, von besonderem Interesse sein. [2586]

Im Verlage der Hahn'schen Hofbuchhandlung in Hannover ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen in Breslau durch **F. Hirt's** Königl. Universitäts-Buchhandlung:

### Fünfstellige

### logarithmisch-trigonometrische Tafeln

vom Professor **Dr. Theodor Wittstein.**

Gr. 8. Geb. 20 Sgr.

Diese Tafeln zeichnen sich durch Größe und Deutlichkeit der Ziffern vor allen bekannten Tafeln aus, und können selbst von schwachen Augen ohne allen Nachtheil gebraucht werden. Sie beschränken sich auf fünf Decimalstellen, welche in den meisten Anwendungen der Mathematik eine hinreichende Genauigkeit geben und über welche auch die Bedürfnisse des Schul-Unterrichts nur in seltenen Fällen hinausgehen. Die Tafeln enthalten: 1) die Briggs'schen Logarithmen der natürlichen Zahlen; 2) die natürlichen trigonometrischen Zahlen von Viertel- zu Viertelgrad; 3) die Logarithmen der trigonometrischen Zahlen von Minute zu Minute; 4) die Längen der Kreisbögen; 5) die Gauß'schen Logarithmen (letztere in neuer vereinfachter Anordnung); 6) die natürlichen Logarithmen. — Als Anhang sind trigonometrische Formeltafeln beigelegt. [2587]

### Die gesammte preuß. Medicinal-Gesetzgebung für 1 Thlr.

unter dem Titel: **Alphabetischer Medicinal-Coder der preuß. Monarchie** von Kreisphysikus **Dr. A. Kruschwitz** (Verlag von Carl Heymann in Berlin) wird bestens empfohlen. [2588]

**F. Hirt's** Königl. Universitäts-Buchhandlung in Breslau.

### Bei gegenwärtiger Stimmung

dürfte für Viele von Interesse sein:

**Dr. A. Rauch's** Parlamentarisches Taschenbuch, 6. Lief., 15 Sgr., enthaltend unter Anderem:

Die deutsche Bundesakte von 1815 und 20, sowie Die Wiener Schlussakte vom 9. Juni 1815.

Ferner erschien vor einigen Jahren in unserem Verlage:

**Funk, J., Klänge aus der Zeit.** Hervorgehoben durch die neuesten politischen Ereignisse und zunächst durch das Bedersche Rheinkied. 8. geh. Zweite Auflage. 8 Sgr.

**Weststimm** eines Deutschen zur allgemeinen Belebung des deutschen Volkes. 16. geh. 15 Sgr.

Beide Schriften verdienen in der That der Vergessenheit entrissen zu werden und sind durch alle Buchhandlungen zu beziehen,

in Breslau durch **F. Hirt's** Königl. Universitäts-Buchhandlung.

[2589] Verlag der Palm'schen Verlags-Buchhandlung in Erlangen.

### Die Handlung

### Adolf Sachs,

**Ohlauerstraße Nr. 5 und 6, „zur Hoffnung“,**

hatte Gelegenheit, „abgepasste Roben“ in neuen Dessins in großen Partien vortheilhaft anzuschaffen, und giebt nachstehendes Verzeichniß zur gütigen Beachtung:

1) **Abgepasste Mouffeline-Roben**, feinstes französisches Fabrikat, moderner Millefleur-Geschmack . . . à 8½ Thlr.  
(Der reguläre Preis ist 12—14 Thlr.)

2) **Batist-Roben à double jupe**, feinstes französisches Fabrikat . . . à 5½ Thlr.  
(Der reguläre Preis ist 7—8 Thlr.)

3) **Batist-Roben à 3 Volants**, ebenfalls feinstes französisches Fabrikat (nicht englisch) . . . à 4 Thlr.  
(Der reguläre Preis ist 6—7 Thlr.)

4) **Abgepasste Zwirn-Barège-Roben** mit vollständigem Ulenmaß zum Doppelrock . . . à 4½ Thlr.  
(Der reguläre Preis ist 7½ Thlr.)

Nächstem kann ein Pöschchen **Zwirn-Barège** vom Stück, in geschmackvollen Dessins, à 4½ Sgr. die Elle, für die Alltags-Toilette als sehr preiswürdig empfohlen werden.

**Adolf Sachs.**

[2599]

Von bestem fein gemahlenem und gebranntem **Stuckatur-Gips** empfangen Commissions-Lager und empfehlen billigt: [3860] **Wendriner und Friedländer,** Karlsstraße Nr. 47.

**Natürlicher Asphalt.**

Arbeiten und Verkauf davon billigt bei

**C. F. Wendner,**

Comptoir: Gartenstraße Nr. 29 a. [3901]

### Ämliche Anzeigen.

#### Bekanntmachung.

[463]

Das Gesetz über die Termine bei Wohnungs-Miethsverträgen vom 30. Juni 1834 (Gesetz-Sammlung für 1834 S. 92) verordnet:

§ 1. Wenn künftig der Anfang eines Wohnungs-Mieths-Vertrages auf Ostern, Johannis, Michaelis oder Weihnachten bestimmt wird, so soll unter diesen Ausdrücken jederzeit der Anfang eines Kalenderquartals, also der 1. April, 1. Julius, 1. October, 1. Januar verstanden werden, wenn nicht der Vertrag ausdrücklich ein Anderes bedingt.

§ 2. Wo es nöthig gefunden werden sollte, bei größeren Wohnungen die gefestigte Räumungsfrist zu verlängern, kann solches unter Berücksichtigung der bestehenden örtlichen Gegebenheiten, durch eine von der Orts-Polizeibehörde zu erlassende Verordnung mit verbindlicher Kraft für alle Einwohner des betreffenden Orts angeordnet werden.

Mit Bezugnahme hierauf wird unter Aufhebung der polizeilichen Bekanntmachung vom 18. Februar 1833, nach Anhörung des Magistrats und mit Genehmigung der Königl. Regierung für den Polizei-Bezirk hiesiger Stadt Folgendes angeordnet:

§ 1. Wohnungs-Räumungen, welche sich an einem Tage beendigen lassen, müssen auch an einem Tage vollendet werden. Für solche Wohnungs-Räumungen aber, welche sich nicht an einem Tage beenden lassen, wird außer dem 1. noch ein 2. Tag und sollte es nöthig sein, noch ein 3. Tag, jedoch mit der Maßgabe bewilligt, daß die Räumung am 1. beginnen und bis zu möglichst baldiger Beendigung fortgesetzt, jedenfalls aber bis zum 3ten Abends beendet werden muß.

§ 2. Trifft ein Sonn- oder Feiertag auf den ersten Räumungstag, so wird der Wohnungswechsel auf den nächsten Werktag verlegt und sofern der Umziehbefehl noch einen zweiten resp. dritten Räumungstag benutzen darf, werden ihm als solche die beiden, diesem Werktag nachfolgenden Werktage bewilligt.

Fällt der 1. auf keinen Sonn- oder Feiertag, so verbleibt er als Räumungstag, auch wenn einer der für die Fortsetzung des Umzugs bestimmten Tage oder beide auf Sonn- oder Feiertage fallen. An die Stelle der letzteren, so weit sie nach § 1 zulässig sind, treten die nächsten Werktage.

Breslau, den 7. April 1859.  
**Königl. Polizei-Präsidium.**  
v. Kehler.

#### Bekanntmachung.

[430]

#### Konkurs - Eröffnung.

**Königl. Stadt-Gericht zu Breslau.**

Abtheilung I.

Den 2. April 1859, Nachm. 1 Uhr.

Ueber den Nachlaß des am 12. Decbr. 1857 hier verstorbenen Wirklichen Geheimen Ober-Finanz-Raths und Provinzial-Steuer-Direktor a. D. von Biegeleben ist der gemeine Konkurs eröffnet worden.

I. Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Rechts-Anwalt Fischer hier bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den **15. April 1859, Vorm.**

11 Uhr vor dem Kommissarius Stadt-Gerichts-Rath Fürst im Beratungs-Zimmer im ersten Stock des Stadt-Gerichts-Gebäudes anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Vertheilung dieses Vermögens oder die Befestigung eines andern einstweiligen Verwalters abzugeben.

II. Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Verwahrung haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, Nichts an dessen Erben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum **30. April 1859** einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte ebendahin zur Konkurs-Masse abzuliefern.

Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

III. Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkurs-Gläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte,

bis zum **7. Mai 1859** einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und demnachst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf den **25. Mai 1859** Vormittags 10 Uhr vor dem Kommissarius Stadt-Gerichts-Rath Fürst im Beratungs-Zimmer im ersten Stock des Stadt-Gerichts-Gebäudes zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechts-Anwälte Poser und Bounek zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Eine erste Hypothek von 3000 Thlr. auf ein Grundstück in Breslau, ist ohne Einmischung eines Dritten zu vergeben. Näheres zu erfahren in der Verhandlung von **Pierre Henry**, Kupferschmiedestr. 29. [3847]



**Öffentliche Bekanntmachung.**

Die im Neumarkter Kreise, 3 Meilen von Breslau und 1 1/2 Meile von der Kreisstadt Neumarkt belegene Domaine Nimkau, welche zu Johanni 1859 pachtlos wird und aus den Vorwerthen Nimkau, Neuworwert, Gr.-Saabor, Lubthal, Heidau und Frobelwitz mit einem Gesamtflächen-Inhalte von 6,862 Mrg. 63 Dk. ausschließlich der zur Abweisung bestimmten Grundstücke besteht, ist behufs anderweitiger Verpachtung in die drei Pachtungen Heidau-Frobelwitz, Nimkau-Neuworwert und Groß- und Klein-Saabor und Lubthal getheilt. — Die Pachtung Heidau-Frobelwitz wird aus den beiden Vorwerthen Heidau und Frobelwitz gebildet, von denen

1) das Vorwerk Heidau		
5 Mrg.	62 Dk.	Hofraum,
5 "	110 "	Gartenland,
1321 "	133 "	Ader,
213 "	82 "	Wiesen,
8 "	18 "	Leede,
5 "	147 "	Gräferei,
29 "	128 "	Unland,

zuf. 1589 Mrg. 140 Dk.

2) das Vorwerk Frobelwitz		
5 Mrg.	42 Dk.	Hofraum,
7 "	71 "	Gartenland,
1192 "	125 "	Ader,
32 "	109 "	Wiesen,
157 "	11 "	Leede,
6 "	110 "	Gräferei,
30 "	6 "	Unland,

zuf. 1431 Mrg. 114 Dk.

mithin die ganze Pachtung 3021 Morgen 74 Dk. enthält.

Die Pachtung Nimkau-Neuworwert besteht aus den Vorwerthen Nimkau und Neuworwert und zwar gehören:

1) zum Vorwerk Nimkau		
7 Mrg.	85 Dk.	Hofraum und Baustellen,
27 "	157 "	Gartenland,
878 "	130 "	Ader,
250 "	114 "	Wiese,
4 "	141 "	Hütung,
9 "	11 "	Busch,
26 "	80 "	Gräferei,
66 "	9 "	Unland,

zuf. 1271 Mrg. 7 Dk.

2) zum Vorwerk Neuworwert		
2 Mrg.	54 Dk.	Hofraum und Baustellen,
— "	69 "	Gartenland,
308 "	28 "	Ader,
80 "	110 "	Wiese,
14 "	5 "	Hütung,
8 "	53 "	Busch,
15 "	159 "	Gräferei,
31 "	47 "	Unland,

zuf. 460 Mrg. 165 Dk.

und es hat daher die ganze Pachtung einen Flächen-Inhalt von 1731 Mrg. 172 Dk. Die Pachtung Groß- und Klein-Saabor und Lubthal ist gebildet aus den Vorwerthen Groß- und Klein-Saabor und Lubthal, von denen

1) das Vorwerk Gr.-u. Kl.-Saabor		
6 Mrg.	42 Dk.	Hof- und Baustellen,
2 "	16 "	Gartenland,
964 "	36 "	Ader,
210 "	114 "	Wiese,
8 "	140 "	Hütung,
24 "	79 "	Gräferei,
43 "	— "	Unland,

zuf. 1259 Mrg. 67 Dk.

2) das Vorwerk Lubthal		
3 Mrg.	18 Dk.	Hof- und Baustellen,
5 "	122 "	Gartenland,
684 "	24 "	Ader,
74 "	114 "	Wiesen,
21 "	117 "	Hütung,
2 "	179 "	Busch,
23 "	30 "	Gräferei,
34 "	46 "	Unland,

zuf. 849 Mrg. 110 Dk., mithin die ganze Pachtung 2108 Mrg. 177 Dk. enthält.

Diese drei Pachtungen sollen, nachdem in dem am 6. December v. J. angestandenen Verpachtungstermine keine angemessenen Gebote abgegeben und nachdem die bisherigen Verpachtungsbedingungen einer Abänderung unterworfen sind, alternativ

- 1) in den drei Pachtungen a. Heidau-Frobelwitz, b. Nimkau-Neuworwert, c. Gr.-u. Kl.-Saabor und Lubthal,
- 2) in den zwei Pachtungen a. Heidau-Frobelwitz, b. Nimkau-Neuworwert, Gr.-u. Kl.-Saabor und Lubthal,
- 3) im Ganzen,

von Johanni 1859 ab auf 24 nach einanderfolgende Jahre, also bis Johanni 1883 meistbietend zur anderweitigen Verpachtung gestellt werden.

Zu diesem Behufe haben wir einen öffentlichen Licitationstermin auf

**Montag den 18. April d. J. Vormittags 11 Uhr**

in dem königlichen Regierungsgebäude hier selbst in unserem großen Sesselsaal vor dem Domänen-Departementsrath, Regierungs-Rath Heermann, anberaumt, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß das Pachtgeld-Minimum für die Pachtung Heidau und Frobelwitz auf 4430 Thlr., für die Pachtung Nimkau und Neuworwert auf 2440 Thlr. und für die Pachtung Groß- und Klein-Saabor und Lubthal auf 3040 Thlr. festgesetzt worden und zur Uebernahme der Pachtung Heidau-Frobelwitz ein Vermögen von 20,000 Thalern, zur Uebernahme der Pachtung Nimkau-Neuworwert ein dergleichen von 14,000 Thlr. und zur Uebernahme der Pachtung Groß- und Klein-Saabor und Lubthal ein dergleichen von 16,000 Thlr., mithin zur Uebernahme der beiden Pachtungen Nimkau-Neuworwert, Groß- und Klein-Saabor und Lubthal ein Vermögen von 30,000 Thlr. und zur Uebernahme sämtlicher drei Pachtungen, sofern dieselben im Ganzen verpachtet werden sollen, ein Vermögen von 50,000 Thlr. erforderlich ist, wobei noch bemerkt wird, daß auf den Wunsch der neuen Pächter ein baarees Geld-Inventarium bei der Pachtung Heidau-Frobelwitz von 5000 Thlr., bei der Pachtung Nimkau-Neuworwert von 3000 Thlr. und bei der Pachtung Groß- und Klein-Saabor und Lubthal von 4000 Thlr., also bei allen drei

Pachtungen zusammen ein dergleichen von 12,000 Thlr. beizulegen werden kann.

Da übrigens das Vorwerk Nimkau dicht an der Nieder-Schlesischen Eisenbahn liegt, die übrigen Vorwerthe nur 1/2 resp. 1/2 Meile davon entfernt sind, und die Chaussee von Breslau nach Neumarkt bei den Vorwerthen Heidau und Frobelwitz vorübergeht, so eignen sich diese Vorwerthe schon ihrer Lage wegen und eben so wegen ihrer sonstigen Befähigung zur Errichtung jeder Art von landwirtschaftlichen Betriebsanstalten; auch befinden sich bereits auf dem Vorwerk Nimkau eine Brau- und Brennerei und eine den Oberamtmann Brauneschen Erben als jehigen Pächtern der Domaine Nimkau zugehörige Ziegelei.

Die Pacht- und Licitations-Bedingungen können jederzeit in unserer Registratur, sowie auf dem Domainen-Amte in Nimkau eingesehen werden, und wird der Administrator der Brauneschen Erben, Hauptmann Fontane, auf Ansuchen bereit sein, die erforderliche Auskunft über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Domainen zu erteilen.

Breslau, den 3. März 1859.

**Königliche Regierung.**  
Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.  
(gez.) von Struensee. [465]

**Bekanntmachung.** [415]  
Wie üblich werden auch in diesem Jahre nach Sonntag Lätare

**Sammlungen für die Kinderhospitäler in der Neustadt und zum heiligen Grabe,**

stattfinden, für jedes in zwei Büschen, von denen je die eine für die Kinder, je die andere für das Institut bestimmt sind.

Indem wir dies hiermit bekannt machen, bitten wir die Einwohner Breslau's, auch diesmal durch reichliche Gaben ihre Theilnahme für das Gedeihen dieser Anstalten bethätigen zu wollen.

Breslau, den 22. März 1859.  
**Der Magistrat.**  
bisheriger Haupt- und Residenz-Stadt.

[460] **Verpachtung**

von Ländereien bei Breslau.  
Die der Stadtgemeinde Breslau gebhörigen, vor dem Oberthore auf dem rechten Ufer der alten Oder belegenen, sogenannten Polinke-Meder, im Flächenraume von 175 Morgen 61 D.-A.-M., sollen von Ende dieses Jahres ab, auf neun Jahre anderweitig verpachtet werden.

Die Pachtbedingungen sind in der Dieners-Stuben des Rathhauses einzusehen.

Zur Abgabe der Gebote steht

**Donnerstag den 28. April d. J.,**

von Vormittags 10 bis 12 Uhr,

im Bureau III. des Rathhauses Termin an, zu welchem Pachtlustige hierdurch eingeladen werden.

Breslau, den 4. April 1859.

**Der Magistrat.**

[459] **Bekanntmachung.**

Der Neubau von vier Eisbedeckern, davon einer am Strauchwehr, drei vor der langen Oberbrücke, soll im Wege der Submission verdingt werden. Die Bedingungen sind während der Amtsstunden im rathhauslichen Bureau V., Elisabethstraße 13, einzusehen. Offerten müssen versiegelt bis zum **15. April d. J.,** Nachmittags 5 Uhr, ebenfalls selbst abgegeben werden.

Breslau, den 5. April 1859.

**Die Stadt-Vau-Deputation.**

[458] **Bekanntmachung.**

Es sollen die Erd- und Maurerarbeiten bei dem Neubau eines Kanals in der Lauenzienstraße im Wege der Submission zur Ausführung vergeben werden.

Die in runder Summe abzugebenden Angebote sind bis zum **15. d. M. Nachmittags 5 U.** in das Bureau der Abth. VII. des Magistrats versiegelt einzulegen, woselbst auch während der Amtsstunden der Anschlag und die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Breslau, den 29. März 1859.

**Die Stadt-Vau-Deputation.**

[422] **Bekanntmachung.**

Bei der städtischen Lichthaus-Schule ist eine Lehrstelle vacant, mit welcher ein Gehalt von 500 Thaler jährlich verbunden ist. Schulamts-Kandidaten, welche facult. docendi für Naturwissenschaften und Geschichte haben, können sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse bis zum **1. Mai d. J.** beim unterzeichneten Magistrats-Melben.

Marienwerder, den 31. März 1859.

**Der Magistrat.**

**Hütungs-Verpachtung.**

Zur anderweitigen Verpachtung der Hütung auf der Viehweide vor dem Nikolaitore hier selbst von 344 Morgen 71 Dk. Gesamtfläche auf ein Jahr von Georgi 1859 bis dahin 1860 ist ein öffentlicher Licitationstermin auf

**Donnerstag den 14. April d. J.,**

**Vormittags von 10—12 Uhr,**

in unserem Amtsallokal (Mitterplatz Nr. 6) anberaumt worden, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerkten hierdurch eingeladen werden, daß die Verpachtungsbedingungen während der Amtsstunden hier zur Einsicht bereit liegen.

Breslau, den 6. April 1859. [456]

**Königliches Rent-Amte.**

**Holzverkaufs-Bekanntmachung.**

Zum meistbietenden Verkauf der in der lgl. Oberförsterei Wobland vor 1859 zum Einschlag gekommenen Brennholzer von

ca. 1500 Klaftern Kiefern Kloben und Knüppel, und

ca. 500 Klaftern Fichten Kloben und Knüppel steht Termin an zu Neuwalde bei Constadt

**am 28. April d. J., Vorm. 11 Uhr.**

Zagelschloß Wobland, den 4. April 1859.

**Königl. Forstverwaltung.** [457]

Mit dem 1. Juli d. J. wird der hiesige **Kammerer-Vocant**, das Gehalt beträgt 144 Thlr. jährlich und die Lantime circa 60 Thlr. An Caution sind 250 Thlr. erforderlich. Meldungen sind bis zum 10. Mai d. J. an unseren Vorsteher, den Apotheker A. F. F., einzulegen.

Böwen, den 7. April 1859.

**Die Stadtverordneten-Versammlung.**

**Bekanntmachung.**

Es wird die Lieferung von 66,220 Zoll-Pfd. gewalzten eisernen Platten und 18,300 Zoll-Pfd. gewalzten eisernen Stäben

hiermit zur öffentlichen Submission gestellt.

Die Offerten sind versiegelt bis zum **21. April d. J. 11 Uhr Vorm.** unter der Aufsicht:

„Submission über die Lieferung von gewalztem Eisen unter den Bedingungen vom 8. April 1859“

an die unterzeichnete königl. Kommission einzulegen, in welchem Termine dieselben, in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten, eröffnet werden sollen.

Die Bedingungen liegen auf den Büchern zu Berlin, Breslau, Köln, Königsberg und Danzig aus und können in Abschrift auch von uns bezogen werden.

Dresden, den 8. April 1859.

**Königl. Kommission**

für den Bau- der Weichsel- und Nogatbrücken

**Auktionen.**

**Auction.**

Mittwoch den 13. d. M., Nachm. 3 Uhr,

sollen auf dem königl. Packhofe im Bürgerwerder, [2610]

a. in der Blümmerschen Concurs-Sache

300 Flaschen Champagner,

b. in der Kallerschen Concurs-Sache

5 Säcke Kaffee,

versteigert werden.

**Fuhrmann, Auctions-Commis.**

**Auction.** [2609]

Mittwoch, den 13. d. Mts., Vorm. 10 Uhr,

sollen im Stadt-Gerichts-Gebäude 2 Dreifüß, 1 Drainröhren- und 1 Siedemaschine, 1 Schrotmühle, 2 franz. Maßsteine, 1 Haferquetsche und 1 Brettmagen versteigert werden.

**Fuhrmann, Auctions-Commis.**

**Auction.** [2611]

Freitag, den 15. und Montag, den 18. d. M.,

Vorm. 9 Uhr, sollen im Stadt-Gerichts-Gebäude in der Guttman'schen Concurs-Sache eine große Partie div. feidener Bänder, Tülls, Spitzen und andere Weißwaaren versteigert werden.

**Fuhrmann, Auctions-Commis.**

**Ebers'sche Auction.**

Die Auction der Bibliothek des verstorbenen

**Seh. Med.-Rath Dr. Ebers**

beginnt nicht Montag den 11., sondern

**Dinstag den 12. April.**

Zu Austragen empfiehlt sich:

**L. F. Wasse's Antiquariat,**

Albrechtsstraße Nr. 3.

Breslau. [2465]

Mittwoch, den 13. d. Mts., wird das

Dom. Schönhaide, Kreis Grottkau, 100 Stück

**Maßschafe** Vormittags 11 Uhr in

einzelnen Partien versteigert. [3817]

[3853] **Aufruf.**

In der Nachlasssache der Kondukteur Franz und Beate Wankewitsch-Gheleute, fordere ich den Kunftbrenner und Brauer Louis Wankewitsch hiermit auf behufs Auszahlung seines elterlichen Erbtheils mit seinen gegenwärtigen Aufenthalt anzuzeigen.

Poln. Wartenberg, den 27. März 1859.

**Sittenfeld,**

königl. Kreisgerichts-Rath.

**Wezwanie.**

W sprawie pozostalości, po nieboszczyku **Franczysku Wankewitsch** i żonie jego **Beaty Wankewitsch**, wzywam gorzelnika i mielcarza **Ludwika Wankewitsch** z Ostrowa, aby mnie dla wyptacenia dziedzizny jego rodzicielskiej pomieszkanie swoje terazniejsze donosił.

Dano w Sycowie, d. 27. Marca r. k. 1859.

**Sittenfeld,**

krol. radca. sadu powiatowego.

**Schulanzeige.**

Der neue Curus bei der hiesigen städtischen Realschule beginnt Mittwoch, den 4. Mai. Die neu eintretenden Schüler werden Dienstag, den 3. Mai, von 8 Uhr Morgens ab, durch den unterzeichneten Director in dem **Conferenz-Zimmer** der Anstalt aufgenommen. [2598]

Ramitz, den 8. April 1859.

**Radowicz.**

**nos by**

Täglich frische Milch und Sahne, Butter, Gäusefett, Janere und Pfefferwürsten, Preiselbeeren, Essig, u. dgl. bei Bertha Singer, Schußbrücke 13 im Gemölbe. [3903]

Die zu Fürstenu gelegenen beiden Grundstücke Nr. 25 mit Garten, so wie Nr. 18 mit 4 M. 90 Dk. Ader, Busch und Gräferei, sind aus freier Hand ohne Einmischung eines Dritten zu verkaufen. Zahlungsfähige Käufer wollen sich persönlich melden bei

Breslau. [3866]

**Eduard Friede,**

Schußbrücke Nr. 71.

Ein Gasthof mit 18 Fenstern Front und dem schönsten Saal im Ort, ausreißenden Fremdenzimmern, Stallungen u., ganz massiv und in gutem Bauhande, in guter Lage in einer lebhaften Kreis- und Garnison-Stadt an der Eisenbahn, gerichtlich auf 16,850 Thlr. ercl. Inventar taxirt, ist mit 3—4000 Thlr. Anzahlung sofort zu verkaufen und zu übernehmen. Anfragen sub H. 100 M. befördert die Expedition der Breslauer Zeitung. [2585]

**Reichwälder**

**Flaschenbier,**

die prk. Art.-Zl. nur 1 Sgr., fortwährend bei

**F. R. Hoffmann, Neue-Junkernstr. 8.**

Ein noch guter Mahagoni-Füßel ist zu verkaufen Mehlgasse Nr. 26, eine Treppe.

**Aufforderung zur Zeichnung**

auf die durch die Bremer Bank zu negociirende

**Prioritäts-Anleihe des Norddeutschen Lloyd**

von

**Sechs Hundert Tausend Thaler Gold.**

Diese Prioritäts-Anleihe besteht in 6000 Antheilsscheinen, ein jeder zu 100 Thaler Gold, von denen je 300 Stück eine Serie bilden; sie wird mit sechs Prozent pr. Jahr, halbjährlich zahlbar, verzinst, und spätestens vom Jahre 1864 an durch Auslosung mindestens einer Serie getilgt.

Der Norddeutsche Lloyd hat der Bremer Bank als Vertreterin der Inhaber dieser Antheilsscheine eine General-Hypothek für den ganzen Betrag der Anleihe an seinem gesammten unbeweglichen und beweglichen Eigenthum bestellt, unter Verzicht irgend einer dieser Anleihe vorgehende Priorität aufzunehmen oder sein bewegliches Vermögen als Faustpfand zu versehen — wörmerei durch den Kapitän eines Schiffes in wirklicher Seenothe ausgenommen.

Die Anmeldung zur Uebernahme von Antheilsscheinen findet am 18. und 1



**Die Pelzwaarenhandlung v. R. L. Kirchner, Neuschestr. 67,**

empfiehlt ihr reiches Lager modernster Frühjahrs- und Sommer-Mützen, garnirte Knaben-Mützen und Hüte, auch Herren-Hüte zu den solidesten Preisen; desgleichen ihre großen zweckmäßigen Räume zur Aufbewahrung von Wintergegenständen, welche dem Mottenfraße ausgesetzt sind, bei denen auch Feuer-Gehaden für den vollen Werth garantirt wird. [3796]

Unter der Firma:

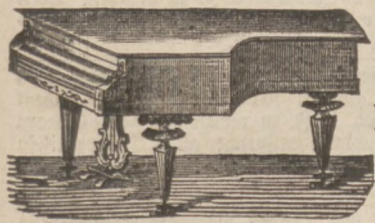
[2592]

**Raschkow und Krotoschiner**

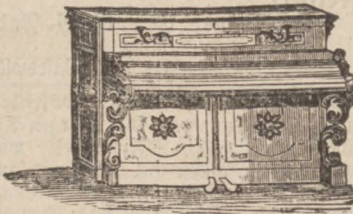
eröffnen wir mit dem heutigen Tage eine  
**Leinwand-, Wäsche- und Schnitt-Waaren-Handlung**  
**en gros und en détail**

und sind wir durch vortheilhafte Einkäufe in den Stand gesetzt, auffallend billig zu verkaufen.

**Raschkow und Krotoschiner,**  
**Nr. 15. Schmiedebrücke Nr. 15, im 1. Viertel vom Ringe.**

**Pianoforte - Fabrik Julius Mager**

in Breslau, am Ringe Nr. 13,  
vis-à-vis der Hauptwache, [2600]  
empfiehlt englische und deutsche  
**Flügel-Instrumente sowie Pianinos**  
(Piano droits) neuester Pariser Construction, nach  
nebenstehenden Zeichnungen  
**unter dreijähriger Garantie.**

**Detail-Mehl-Preise der Phönix-Mühle.**

Versteuert.

25 Pfd. spf. Weizenmehl pr. D. 41 Sgr. 6 Pf.	25 Pfd. f. Roggenmehl 1. Sorte 31 Sgr. 6 Pf.
25 Pfd. f. dito 2. Sorte 34 = - =	25 Pfd. dito Hausb. 27 = 9 =
25 Pfd. dito 3. = 26 = 6 =	25 Pfd. dito 2. Sorte 25 = 3 =
25 Pfd. dito 4. = 19 = - =	25 Pfd. dito 3. = 20 = 3 =
25 Pfd. dito Futtermehl 10 = - =	25 Pfd. dito 4. = 17 = 9 =
25 Pfd. dito Kleie 7 = 6 =	25 Pfd. dito Futtermehl 12 = 6 =
	25 Pfd. dito Kleie 10 = - =

Unversteuert:

50 Pfd. spf. Weizenmehl pr. D. 75 Sgr. - Pf.	50 Pfd. f. Roggenmehl 1. Sorte 55 Sgr. - Pf.
50 Pfd. dito 2. Sorte 60 = - =	50 Pfd. dito Hausb. 47 = 6 =
50 Pfd. dito 3. = 45 = - =	50 Pfd. dito 2. Sorte 42 = 6 =
50 Pfd. dito 4. = 30 = - =	50 Pfd. dito 3. = 32 = 6 =
	50 Pfd. dito 4. = 27 = 6 =

Breslau, den 10. April 1859.

[3819]

Die Direktion. Leopold Neustädt.

**Mein Mode-Waaren-Geschäft**

ist jetzt mit den neuesten Frühjahrs-Kleider-Stoffen auf's Vollständigste  
versehen.

**Frühjahrs-Burnusse,  
Mäntelchen u. Mantillen**

in größter Auswahl empfiehlt zu den bekannt billigsten Preisen:

**S. Kosterlig,**

[2607] Schweidnitzerstraße Nr. 4, im grünen Adler.

Nachdem die Restauration zur „Schießwerder-Halle“ an mich  
übergeben worden, so erlaube ich mir dies einem hochgeehrten Publikum hiermit er-  
gebenst anzuzeigen.

Gleichzeitig empfehle ich diese schönen Räumlichkeiten zur Abhaltung von Hoch-  
zeiten, Ballen, Konzerten, Gartenfesten und andern derartigen Festlichkeiten, mit dem  
Versichern prompter und reeller Bedienung.

**S. Werner, Cafetier zur „Schießwerder-Halle.“**

NB. Die ausgehängten Preis-Courants bitte stets zu beachten. [3821]

Hiermit erlaube ich mir die Eröffnung meines neuen

**Wein-, Bier- und Restaurations-Geschäfts,**

am Ringe Nr. 19 gelegen, genannt **Englischer Keller**, ganz ergebenst  
anzuzeigen und um recht zahlreichen Besuch zu bitten. Ich werde alles aufbieten,  
um mir die Zufriedenheit meiner geehrten Gäste in jeder Beziehung zu erwerben.  
[3822] **Carl Borchardt.**

יין בשר על פסח

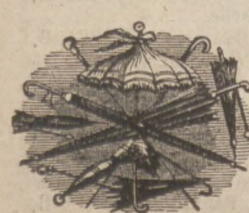
Durch directe Zusendung aus Ungarn bin ich auch dieses Jahr im Stande,  
mein reichhaltiges Lager von **herben und süßen Ungar-Weinen**

in Oberungarn **א. ב. ר. ק. ברעסלוי** u. **א. ב. ר. ק. ברעסלוי** dem geehrten Publikum bestens zu empfehlen.

**Joseph Landau,**

Weinhandlung, Ring Nr. 18.

[2617]



**Verkauf eleganter Sonnen- und Regenschirme**  
und neueste en tous cas zu den allerbilligsten  
aber festen Preisen,

Regenschirme in schwerer Seide, pro Stück 2 1/2 Thlr., 2 3/4 Thlr.,  
3 Thlr., 3 1/2 Thlr., 3 3/4 Thlr., Regenschirme von englischem  
Leber, à 1 1/2, 1 1/2 und 1 3/4 Thlr., Zeug-Regenschirme, à 17 1/2,  
20 und 25 Sgr., Kinderschirme, à 15 und 20 Sgr., ele-  
gante Knicker und Sonnenchirme, à 1, 1 1/2, 2 u. 2 1/2 Thlr.,  
en tous cas in schwerer Seide pro Stück 1 1/2, 2, 2 1/2 u. 3 Thlr. bei **Alex. Sachs**,  
Schirm-Fabrikant aus Köln a/R., jetzt hier im Gasthofe zum blauen Hirsch,  
Dhlauerstraße Nr. 7, eine Treppe. [3537]

Alle Diejenigen, welche an meinen  
verstorbenen Bruder, den Thierarzt 1. Klasse,  
**Karl Friede**, zu Fürstenau, noch Zahlungen  
zu leisten haben, werden hiermit aufgefordert, diese  
an mich, als Testamentsvollstrecker, bis spätes-  
tens den 20. April d. J. einzusenden, nach  
diesem Termin sehe ich mich genöthigt, die  
Säumigen zur Einlagung zu bringen.

Eben so wollen sich in dieser Zeit die bei  
mir melnden, die noch Forderungen an denselben  
haben, um sie nach erfolgter Prüfung der Rich-  
tigkeit in Empfang zu nehmen. [3673]  
**Eduard Friede**, Schulbrücke Nr. 71.

**Die Bannenbäder**

in der Bade-Anstalt an der [2525]

**Matthiasstunft**

(Ende der Schulbrücke) sind eröffnet.

**Für Juwelen, Perlen, Gold**  
und Silber werden die höchsten  
Preise gezahlt **Niemerzeile 9.**

**Für Juwelen, Perlen, altes Gold**  
und Silber zahlt die allerhöchsten Preise:  
[3520] **S. Brieger**, Niemerzeile 19.

**Bleichwaaren**

werden zur Beförderung in's Gebirge ange-  
nommen bei [2350]  
**Ferd. Scholz**, Büttnerstraße Nr. 6.

Wir bringen hiermit in Erinnerung, daß die Erneuerung der Loose zur vierten  
Klasse 119. Lotterie bis incl. den 16. April bei Verlust des Anrechts erfolgen muß.  
Breslau, den 10. April 1859.

Die königlichen Lotterie-Einnehmer.

Frobösch. Schöche. Schmidt. Sternberg. Steuer.

**Auktion von Gold- und Silberwaaren.**

Montag den 11. d. M. Vorm. 9 Uhr und event. den folgenden Tag sollen im  
Stadt-Gerichts-Gebäude die in der Joachim-John'schen Konkurs-Sache noch ver-  
bliebenen bedeutenden Bestände von goldenen, u. silbernen Herren und Damen-Gy-  
linder-Uhren, kurzen und langen Ketten, ganzen Schmucken wie auch einzelnen Bro-  
ches, Broschketten, Colliers, Armabändern, Ringen, Ohrringen, Strickscheiden und Ha-  
ken, Dosen, Löffeln, Messern und Gabeln, sowie noch vielen anderen Gegenständen  
versteigert werden. [2407] **Fuhrmann**, Aukt.-Kommissarius.



Passagiere werden regelmäßig viermal in jedem Monat  
mit schönsten Postdampfschiffen und Dreimastern nach Amerika  
und außerdem nach Australien zu den billigsten Fahrpreisen  
befördert, durch das von k. preuß. Regierung concessionirte  
Auswanderungs-Bureau des **Julius Sachs** in Breslau,  
Karls-Strasse Nr. 27. [2353]  
Auskunft und Prospekt unentgeltlich.

Der große

[3492]

**Tapeten-Ausverkauf**

25 pCt. unterm Fabrikpreise wird fortgesetzt

**Schweidnitzerstr. Nr. 5, eine Treppe.****Hydraulischer Kalk.**

Mit dem Beginn des Frühjahrs eröffne ich in diesem Jahre in dem hiesigen Kommunal-  
Kalkbrennerei wieder die Brennerei des hydraulischen Kalkes. — Indem ich auf dieses zu allen  
Erdb- und Wasserbauten vorzügliche Material, welches bei richtiger Behandlung den Cement er-  
setzt, ergebenst aufmerksam mache, bitte ich — behufs prompter Bedienung — um gefällige  
rechtzeitige Aufträge. — Anweisungen zum Verbrauch und die besten Empfehlungen hoher Ver-  
hördn und bedeutender Techniker über die hydraulische Qualität dieses Kalks ertheilt der unter-  
zeichnete alleinige Pächter des obengenannten Kalkbrennerei. [2601]  
**C. Muhr in Oppeln.**

**Für Nesselkenfreunde.**

Aus meiner Sammlung von 600 Sorten Charakter-Nessen, offerire ich Nr. 0, nur vorzüg-  
lichste Pracht- und Musterblumen, das Duzend 1 1/2 Thlr., Nr. 1 1 Thlr. mit Charakteristik,  
Nr. 2 20 Sgr. Gef. Aufträge und Zahlung nimmt mein Gärtner C. F. Koppin in Neu-  
stadt-Eberswalde entgegen. [3553] **G. A. Held**, Kaufmann in Berlin.

**Während des Jahrmärktes**

Verkauf der anerkannt besten Gummischuhe für Herren, Damen und  
Kinder zu bekannt billigsten Preisen beim Schirmfabrikanten **Alex. Sachs** aus  
Köln a. R., jetzt hier im Gasthof zum blauen Hirsch, Dhlauerstr. 7, eine Treppe.

**Neuen amerikanischen Pferdezahl-Mais  
sowie virginischen Riesen-Mais,**

Commissions-Lager der Herren **J. F. Poppe u. Co.** in Berlin, offeriren in  
vorzüglicher Qualität: [2515] **Gebrüder Staats**, Karlsstraße 28.

**Posener Guano Nr. I. u. II. à 2 Thlr. u. 1 1/2 Thlr. pro Ctr.**

Feinstes Dampfknochenmehl à 2 1/2 Thlr. pro Ctr.

Wiesendünger à 1 Thlr. pro Ctr.

ist für die beigesten Preise sowohl in der Fabrik, als auch  
bei den Herren **C. Hoffmann & Co.** in Breslau, **Blücherplatz Nr. 9,**  
sowie **Rosch & Conrad** in Naumburg bei Glogau,  
**C. Heindel** in Liegnitz,  
**Ferd. Diegel** in Görlitz,  
**Adolph Pollack** in Rawicz  
zu haben. Eben da ist sowohl das Nähere über den Gehalt und Gebrauch der  
Düngersorten zu erfahren, als auch Zeugnisse renommirter Landwirthe vorliegen,  
welche sich über deren Güte und Vorzüge äußern. [2352]

Die Posener Guano- und Dampfknochenmehl-Fabrik.

**Für Fußleidende.**

Hühneraugen, tranke Ballen und eingewach-  
sene Nägel operirt schnell und sicher von Vor-  
mittags 9 Uhr bis Nachmittags 5 Uhr:

**Rudolph Vogel,**[3846] approbirter Hühneraugen-Operateur,  
Schmiedebrücke Nr. 23, im ersten Stod.**Verkauf.**

Ein kupferner historischer Cylinderapparat  
nebst sämmtlichem Zubehör, welcher bloß zehn  
Monate zum Betrieb benutzt wurde und womit  
täglich 2 bis 3000 Quart Maische abgebrannt  
werden können, woraus durchschnittlich ein Spi-  
ritus zu 83—84 pCt. gewonnen wurde, steht  
wegen Umbau des Brennerei-Gebäudes zum  
Verkauf. Die Ansicht des Apparats seitens der  
Kaufwilligen kann bis zum 1. Mai d. J. im  
Brennerei-Gebäude erfolgen; später muß der-  
selbe auseinander genommen werden, wo eine  
Besichtigung schwieriger wird. Zugleich sind  
sämmtliche Utensilien einer Presserei-Fabrik  
mit 6 Pressen zu verkaufen. Nähere Auskunft  
ertheilt auf portofreie Anfragen:  
[3811] **S. Drüding** in Bries.

**Gasthof-Verkauf.**

Veränderungshalber beabsichtige ich meinen  
hier gelegenen, sehr gut frequentirten Gasthof  
„zum schwarzen Adler“ zu verkaufen. Derselbe  
ist massiv gebaut und befindet sich dabei eine  
Regelbahn, Bäckerei und Fleischeri (letzte mit  
einem ebenfalls massiven Schlachthaus). Beson-  
ders zu empfehlen ist dieser Gasthof für die  
Herren „Brauere“, da die bisher hier allein be-  
stehende königl. Domainen-Amts-Brauerei Jo-  
hanni 1860 aufhört und zu andern Zwecken  
verwandelt wird, mein Gasthof sich aber zur  
Brauerei eignet. Gefällige Franco-Offerten  
nimmt entgegen:  
Kloster Leubus, im April 1859.  
[2575] Der Besitzer **Julius Meyer.**

**Richard Rother****Samen-Offerte.**

Zucker-Kunkel-Rüben, 100 Pfd. 14 Thlr.,  
Futter-Kunkel-Rüben, große Klumpen, 100 Pfd.  
14 Thlr., lange Oberndorfer, 100 Pfd. 14 Thlr.,  
Wiener Zeller-Rüben, 100 Pfd. 15 Thlr., Tur-  
nips, 100 Pfd. 12 Thlr., weiße grünpfropfige  
Riesen-Möhren, 100 Pfd. 30 Thlr., das Pfd.  
12 Sgr. 6 Pf., rothe grünpfropfige Riesen-Möh-  
ren, 100 Pfd. 40 Thlr., das Pfd. 15 Sgr.,  
Altringham-Möhren, das Pfd. 20 Sgr., Horn-  
sche Möhren, das Pfd. 20 Sgr., Peterfilien-Wurzel,  
große lange, das Pfd. 15 Sgr., Zwiebeln, ver-  
schiedene Sorten, das Pfd. 1 Thlr., Gurken,  
echte grüne Schlangen, das Pfd. 2 Thlr., neue  
chinesische Gurken, das Loth 10 Sgr., Raigras,  
beste Qualität, direkt bezogen, 100 Pfd. 12 Thlr.,  
sowie andere Küchenträuter, Gemüse, Feld- und  
Blumen-Sämereien in bester Reimfähigkeit  
empfiehlt: [2616]

**Richard Rother**

Samenhandlung, Schulbrücke 75 in Breslau.

**Weiß- und Sämschgerberei-Verkauf,**  
mit alter guter Kundschaft, in einer großen  
Handels-Stadt, ist vortheilhaft zu haben wegen  
Geschäftsaufgabe; auch könnte sich derselbe bald  
einverleihen. Das Nähere franco beim Beauf-  
tragten **C. D. Moritz** in Görlitz. [2534]

Meine Färberei und französ. Wasch-  
Anstalt befindet sich jetzt: [3698]  
**Schmiedebrücke 44** in den 2 Pollafen.  
**M. D. Cohn** aus Berlin.

**Gelder à 3 1/2**

und 3 1/2 % wünsch auf Grundbesitz u. in  
Deutschland unterzubringen und erb. frankirte  
Offerten: **F. Della**, 83. Grange Road, London  
S. E. [3693]

**Eisengießerei und Maschinen-Bau-  
Anstalt**

sehr billig zu verkaufen, welche sehr rentabel  
ist, und in einer Fabrik-Stadt ganz nahe des  
Bahnhofs gelegen ist; das Nähere unter po-  
ste restante H. M. Nr. 40 Görlitz. [2535]

Hiermit zeige ich ergebenst an, daß ich den  
hier selbst gelegenen, dem Hrn. Brauereibesitzer  
Müller gehörigen **Gasthof zum Kron-  
prinz** nachtheilig übernommen habe und nach  
Kräften bemüht sein werde, durch die getroffe-  
nen Einrichtungen den Anforderungen der mich  
besuchenden geehrten Gäste und Reisenden stets  
prompt und streng reell zu genügen. [2277]  
Trebitz, den 1. April 1859. **Lug.**

**Lohgerberei-Verkauf.**

Eine sehr rentable Lohgerberei, welche in einer  
sehr bedeutenden Handels-Stadt nur die allei-  
nige ist, mit Leberauschnitt und guter Kunds-  
schaft, ist, da sich der Besitzer zur Ruhe zu-  
setzen beabsichtigt, billig zu haben. Das Nähere  
franco beim Beauftragten [2533]  
**C. D. Moritz** in Görlitz.

**Kern-Butter,**

à Pfd. 7 Sgr., empfiehlt: [3816]  
**C. A. Haym**, Schulbrücke Nr. 72.

**Kleine Wanduhren,**

richtig gehend, im Preise von 1 Thlr. 10 Sgr.  
an, so wie auch alle andern Arten von Uhren  
zu den billigsten Preisen empfiehlt: [3834]  
**J. G. Weiße**, Bischofsstraße Nr. 8.

100 Stück tragende fehlerfreie Mut-  
tern, 100 Stück starke, junge  
Schöpfe sind auf dem Dom. **Weidenbach**  
bei Bernstadt zu verkaufen. Abnahme nach der  
Schur. [2532]



